

Bernd Hammerschmidt

Die Lengericher Ratsfrauen nach 1945 – Studie zur politischen Partizipation in einem männlich dominierten Umfeld

Inhalt

- 1. Einleitung**
- 2. Darstellung - Die Entwicklung des Frauenanteils im Lengericher Stadtrat zwischen 1946 und 2018**
- 3. Analyse/ Untersuchung/ Hintergründe**
 - 3.1. Juristische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: Gleichberechtigung - Gleichstellung
 - 3.2. Die politische Partizipation der Frauen nach 1945 - allgemeine Aspekte
 - 3.3. Die frauenpolitische Debatte in den Parteien
 - 3.3.1 FDP
 - 3.3.2 CDU
 - 3.3.3 SPD
 - 3.3.4 Bündnis 90 /Die Grünen
- 4. Versuch einer kollektivbiografischen Untersuchung der Ratsfrauen in Lengerich**
 - 4.1 Methodologische Vorbemerkungen
 - 4.2 Der Fragebogen
 - 4.3 Einzelergebnisse
 - 4.4 Auswertung und Analyse
- 5. Kritische Zusammenfassung und Perspektiven für die Zukunft**
 - 5.1 Gründe der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik
 - 5.2 Perspektiven

Quellen- Literatur-, und Abbildungsverzeichnis

Anhang

1. Einleitung

Politik wird immer noch „auf allen Ebenen von Männern dominiert“¹ – zu diesem Ergebnis kam das politische Magazin Panorama 3 des NDR, das am 28. November 2017 über den Frauenanteil in den norddeutschen Länder- und Kommunalparlamenten berichtete. Die Daten, die im Herbst 2017 von der Redaktion erhoben wurden, können auch auf die nordrhein-westfälische Kommunalpolitik übertragen werden. Waren im Jahr 2008 noch etwa 37 Prozent der Ratsmitglieder in den größeren Städten mit über 100.000 Einwohnern weiblich,² betrug nach der letzten Kommunalwahl 2014 der Anteil der Ratsfrauen in den 23 kreisfreien Städten in NRW im Mittel 31,6 Prozent, während der Frauenanteil in allen Gemeindeparlamenten in NRW nur bei durchschnittlich 23,7 Prozent lag.³ Auch in Lengerich wurde in mehr als 70 Jahren seit Ende des Zweiten Weltkriegs niemals eine Geschlechterparität in diesem Kommunalparlament erreicht.

Angesichts dieses Befundes stellen sich wichtige Fragen: Wer oder was hat Frauen daran gehindert, sich stärker in die parlamentarische Arbeit vor Ort einzubringen – Rollenvorstellungen, strukturelle Faktoren, Desinteresse an der Lokalpolitik? Oder ist es eine bewusste Entscheidung zahlreicher Frauen gegen den heutigen „Politikbetrieb“? Was haben Männer unternommen, um die parteigebundene Partizipation von Frauen zu fördern oder zu blockieren? Gibt es Zusammenhänge zwischen der Parteizugehörigkeit und dem Anteil der Frauen, denen der Einzug in das Kommunalparlament gelingt? Diesen Fragen soll im Hauptteil dieser Studie nachgegangen werden; zuvor wird die Entwicklung der Anzahl der Kommunalpolitikerinnen in Lengerich zwischen 1946 und 2014 detailliert dargestellt. Insgesamt soll in dieser Studie der Versuch unternommen werden, die spezifische Situation in Lengerich vor dem Hintergrund des allgemeinen Diskurses über die Rolle der Frau in der Politik zu analysieren.

Zugleich stellt diese Arbeit auch eine Würdigung all der 43 Frauen dar, die seit Kriegsende im Lengericher Stadtrat vertreten waren und sich dort eingebracht haben. Nicht nur früher, sondern auch in der Gegenwart ist es immer noch nicht selbstverständlich, sich als Frau in der Kommunalpolitik zu engagieren. „Kommunalpolitikerinnen sind in der Regel erfahrene, patiente und unerschrockene Frauen, die mit ihrem alltäglichen Engagement in den Kommunen einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft erbringen, der viel zu selten wahrgenommen und gewürdigt wird.“⁴, so eine Studie des Bundesministeriums für Familie,

¹ <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Politik-bleibt-Maennersache,frauenanteil100.html> (Zugriff: 4.1.2017).

² <https://kpv-nrw.de/component/k2/item/1939-kommunale-spitzenverbaende-fuer-mehr-frauen-in-kommunalraeten.html> (Zugriff: 24.8.2018).

³ Information und Technik NRW, Mail vom 24.8.2018. Der Frauenanteil in allen Gemeinden des Kreises Steinfurt betrug durchschnittlich 23,4%.

⁴ Kletzing, Uta, Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, Kurzfassung, hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2014, S. 7.

Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2014. Insofern verdienen die Ratsfrauen der Vergangenheit und der Gegenwart unseren Respekt – dies soll mit dieser Studie auch zum Ausdruck gebracht werden.

Für die Aufarbeitung dieses Diskurses konnte auf eine Reihe von Publikation zur politischen Partizipation der Frauen zurückgegriffen werden; bei der Frage nach den parteipolitischen Diskussionen in der Nachkriegszeit waren die Archive der CDU, SPD, FDP und der Grünen sehr unterstützend.⁵ Die Geschichte der Lengericher Ratsfrauen konnte ich durch Zeitungsausschnitte im Lengericher Stadtarchiv sowie im Zeitungs- und Pressearchiv der Universität Münster erschließen; sehr hilfreich waren auch zahlreiche Ratsprotokolle, die ich in der Stadtverwaltung Lengerich einsehen konnte. Eine breite Unterstützung erfuhr ich durch ehemalige und aktuelle Ratsfrauen, die sich die Zeit nahmen, meinen Fragebogen zu bearbeiten.⁶ Für eine Vertiefung der durch die Analyse aufgeworfenen Fragen hatte ich die Gelegenheit, mit je einer Vertreterin der aktuell im Stadtrat vertretenen Parteien zu sprechen – Renate Hüttemann (SPD), Elke Roggenland (CDU), Kerstin Glindmeyer (FDP) und Anne Engelhardt (Grüne).

Nicht nur diesen vier Damen, sondern allen 28 Ratsfrauen, die mich unterstützt haben, gilt mein herzlicher Dank. Auch für die Unterstützung durch Frau Albers von der hiesigen Stadtverwaltung, durch Frau Rieser vom Tourist-Informationsbüro und durch Herrn Berghoff, unserem Stadtarchivar, bin ich sehr dankbar. Bei der Aufarbeitung der statistischen Daten half mir mein Sohn, Dr. Jan Hammerschmidt.

2 Darstellung - Die Entwicklung des Frauenanteils im Lengericher Stadtrat zwischen 1946 und 2018

Während der Anteil der weiblichen Bevölkerung an der gesamten Einwohnerzahl Lengerichs seit Kriegsende immer über 50 Prozent gelegen hat,⁷ hat sich der Anteil der Ratsfrauen im Lengericher Stadtrat in diesem Zeitraum nur allmählich und in Etappen erhöht, wie aus der nachfolgenden Übersicht hervorgeht. Eine detaillierte, namentliche Auflistung aller Lengericher Ratsfrauen findet sich im Anhang dieser Studie.⁸

⁵ Näheres dazu in der Bibliographie.

⁶ Zu den methodologischen Überlegungen bezüglich der Fragebögen findet sich Näheres im Unterkapitel 4.1.

⁷ Vgl. Tabelle, Anhang 1.

⁸ Vgl. Namentliche Übersicht, Anhang 3.

Kommunalwahlen in Lengerich: Sitze der Parteien, Zahl der Ratsfrauen⁹

	SPD	W	CDU	W	FDP	W	Grüne	W	BHE WfL	W	Total	Total W
15.09.1946	16	2	3	---	2	---					21	2
17.10.1948	11	1	5	---	3	---					19	1
09.11.1952	10	1	5	---	6	---			3	---	24	1
28.10.1956	12	1	6	---	4	---			2	---	24	1
19.03.1961	15	1	8	---	5	---			2	1	30	2
27.09.1964	17	1	9	---	5	---					31	1
09.11.1969	16	1	13	1	4	---					33	2
04.05.1975	21	3	14	1	4	---					39	4
30.09.1979	20	3	15	2+1	4	---					39	6
30.09.1984	18	3	14	2	2	---	5	1			39	6
01.10.1989	20	6	12	2	3	1	4	2			39	11
16.10.1994	18	5	15	3	2	---	4	2			39	10
12.09.1999	13	7	16	4	1	---	2	1			32	12
26.09.2004	10	4	15	3	3	---	3	2			32	9
30.08.2009	10	4	14	3	3	---	4	3	1	1	32	11
25.05.2014	13	5	11	2	3	1	5	3+1			32	12

In den ersten fünf Jahrzehnten nach Kriegsende hatten die Sozialdemokraten in Lengerich ständig eine Mehrheit im Stadtrat.¹⁰ Dazu passt die Feststellung, dass bereits im ersten, am 15. September 1946 gewählten Gemeinderat zwei sozialdemokratische Ratsfrauen waren. Bis zum Ende der 1960er Jahre blieben Frauen im Lengericher Rat jedoch eine Ausnahmeerscheinung. Während die eine Abgeordnete, Alwine Burghardt, bereits nach zwei Jahren ihre Tätigkeit beendete, blieb die andere, Anna Dunkel, bis zu ihrem Tod im Jahre 1959 die einzige Abgeordnete. Symptomatisch für die damalige Zeit ist die folgende Beobachtung: Am 30. Oktober 1956 präsentierte der Tecklenburger Landbote das Ergebnis der Kommunalwahl vom 28. Oktober 1956; unter der Überschrift „Die neuen Stadtväter“ stand für die SPD auch der Name Anna Dunkel.¹¹ Ihr Mandat wurde 1961 von Erna Lüker übernommen, die in den folgenden 23 Jahren in der Lokalpolitik tätig war. Zwischen 1961 und 1965 vertrat zudem Ilse

⁹ Hinweise zum Lesen der Tabelle: In der ersten Zeile steht ‚W‘ für davon weiblich. Der BHE war nur zwischen 1952 und 1964 im Lengericher Stadtrat vertreten, die WfL lediglich von 2009 bis 2014. Nach der Kommunalwahl 1979 gab es eine Nachrückerin bei der CDU und nach der Wahl 2014 eine Nachrückerin bei den Grünen. Zwischen 2004 und 2009 gab es noch einen unabhängigen Ratsherrn.

¹⁰ Vgl. Anhang 2: Zahl der Ratssitze nach Parteien 1946 – 2014.

¹¹ Dieses männlich dominierte Sprachverhalten korrespondiert mit der Erfahrung, die die erste Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt mit dem Bundeskanzler Konrad Adenauer machte (vgl. Abschnitt 3.3.2) und dem Erlebnis, das die Sozialdemokratin Antje Huber vor der Bundestagswahl 1972 hatte: Der SPD-

Staffa die Interessen des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) im Gemeindep arlament.

In den 1970er Jahren stieg der Frauenanteil im Lengericher Stadtrat allmählich an. 1969 zog mit Ingrid Steinbeck die erste Christdemokratin in die Stadtverordneten-Versammlung ein; in den folgenden Jahren steigerte zunächst die SPD ihren Frauenanteil – die Westfälischen Nachrichten titelten am 6. Mai 1975: „Frauen sind die Gewinner der Gemeinderatswahl in Lengerich.“¹² Vier Jahre später gab es auch mehr CDU-Ratsfrauen, so dass 1979 schließlich eine Quote von 15,3 Prozent im gesamten Stadtrat erreicht und die Frauenquote des ersten Nachkriegs-Stadtrates von 1946 erstmalig deutlich übertroffen wurde. Eine neue Situation ergab sich nach der Wahl vom 30. September 1984, als die neue Partei „Die Grünen“ fünf Mandate errang – darunter mit Veronika Wagner-Weiser auch eine Frau. 1989 konnte dann auch die Freidemokratin Helga Schliek, die allerdings nur fünf Jahre im Rat tätig war, einen Sitz erobern; da zudem die SPD – nach dem Quotenbeschluss von Münster 1988¹³ - und die Grünen die Zahl ihrer Ratsfrauen verdoppeln konnten, wurde erstmalig ein Frauenanteil von 28,2 Prozent im Stadtrat erreicht. In den folgenden Jahren steigerten alle Parteien (bis auf die FDP) ihren Anteil an weiblichen Abgeordneten; zugleich wurde vor der Wahl 1989 die Gesamtzahl der Ratsmandate deutlich reduziert, so dass um die Jahrtausendwende der bisherige Höchstwert von 37,5 Prozent erreicht wurde. Seitdem hat sich der Frauenanteil leicht verringert, auch wenn das Bündnis „Wir für Lengerich“ (WfL) zwischen 2009 und 2014 durch Sandra Großholtmann im Rat vertreten war. Aktuell haben alle vier Ratsparteien (SPD, CDU, FDP, Grüne) mindestens eine Abgeordnete; seitdem Britta Hollinderbäumer am 20.3.2018 bei den Grünen nachgerückt ist, beträgt der Anteil der Ratsfrauen derzeit 36,3 Prozent.

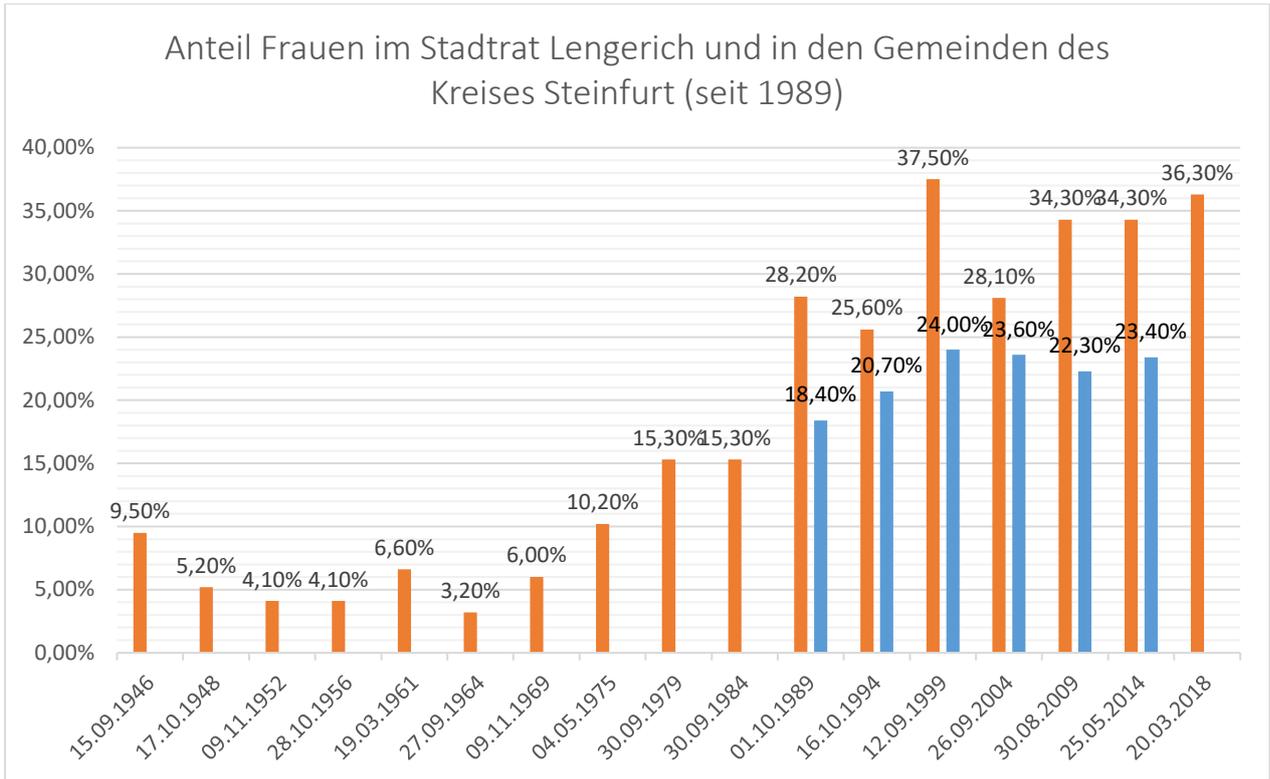
Damit liegt Lengerich deutlich über dem Schnitt aller Gemeinden des Kreises Steinfurt, den es seit 1975 gibt. Die Zahlen des Amtes für IT NRW, die die Jahre ab 1989 umfassen, verdeutlichen, dass der Frauenanteil in den Gemeinderäten des Kreises Steinfurt seit dem Ende der 1980er Jahre wenig Schwankungsbreiten aufweist und seit 1999 nahezu konstant ist.¹⁴

Ortsverband Essenwarb mit dem Slogan „Männer, die wir jetzt brauchen – bei uns: Antje Huber.“ Huber, Antje: Mehr Frauen in der Politik gebraucht – eine Bilanz harter Jahre, in: Huber, Antje (Hg.): Verdient die Nachtigall Lob, wenn sie singt? Stuttgart 1984, S. 17.

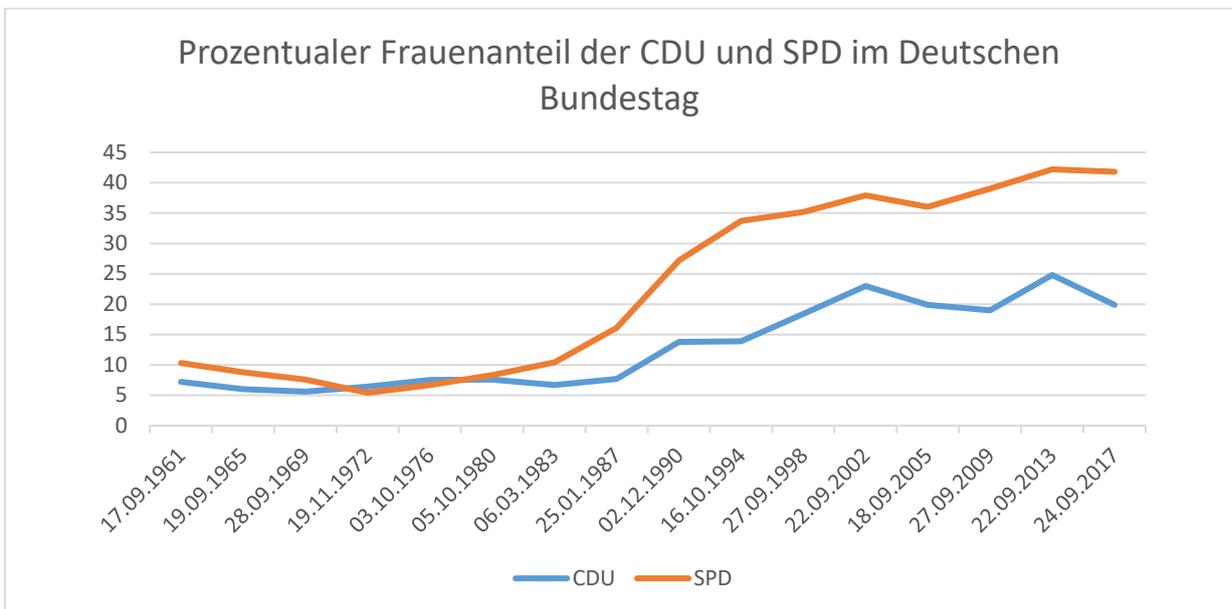
¹² Westfälische Nachrichten vom 6.5.1975, ZPA Münster, Sig.: Ztg Fol 75.

¹³ Vgl. Abschnitt 3.3.3.

¹⁴ In der folgenden Grafik sind die prozentualen Werte für Lengerich in roter Farbe angezeigt, während die Werte der Gesamtheit aller Gemeinden im Kreis Steinfurt in blau erscheinen.



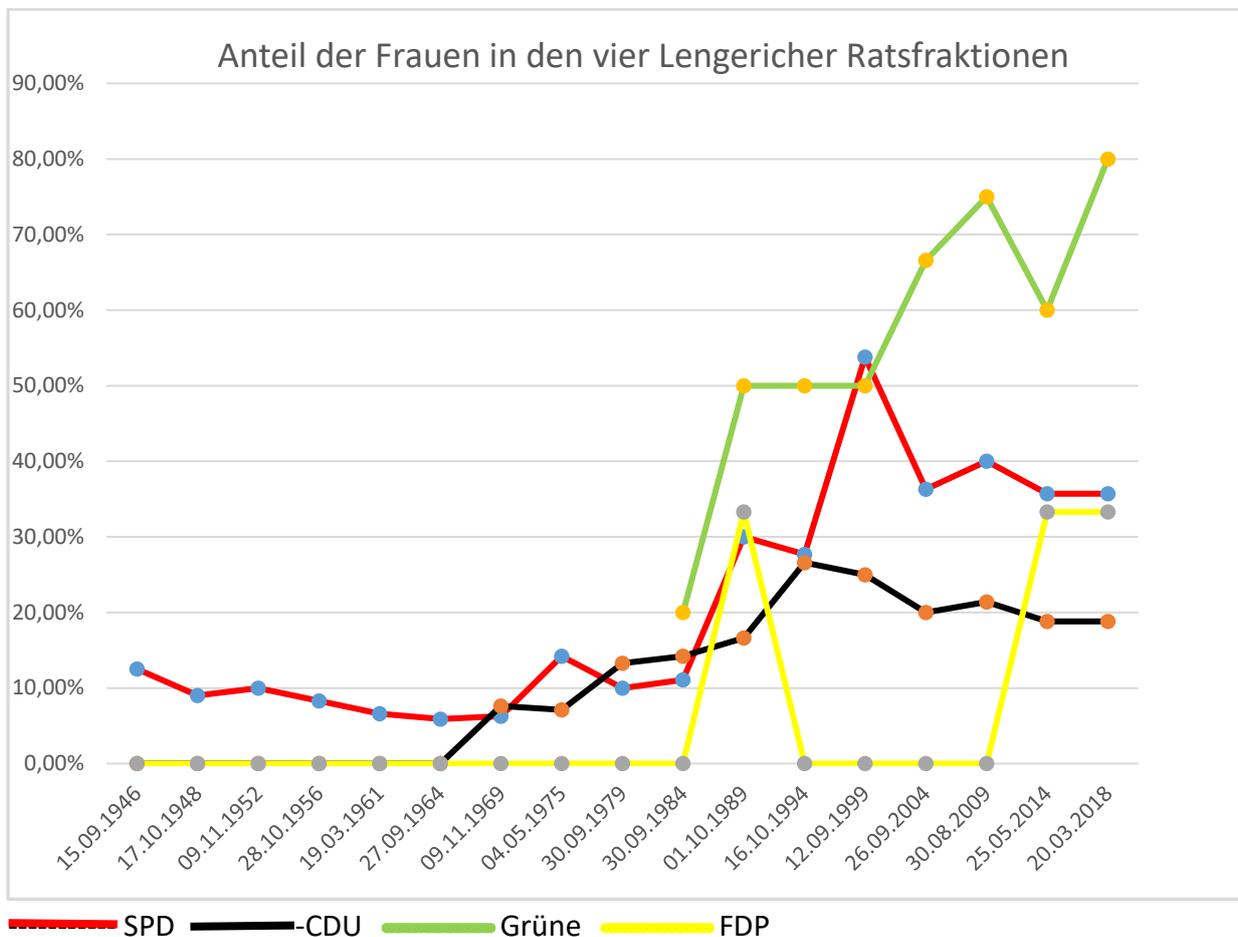
Um den Frauenanteil im Lengericher Stadtrat besser einordnen zu können, habe ich für die Jahre 1961 bis 2017 die entsprechenden Zahlen des Deutschen Bundestages zusammengestellt – allerdings nur für die CDU und die SPD.



Dabei lassen sich zwei Parallelen zwischen dem Lengericher Stadtrat und dem Bundestag beobachten: Während der Frauenanteil der SPD Fraktion Ende der 1990er Jahre deutlich ansteigt, verbleibt derjenige der CDU Fraktion weitgehend im Bereich von 20 Prozent. Ebenfalls

lässt sich feststellen, dass der Frauenanteil der beiden größeren Parteien in den letzten Jahren stagniert bzw. leicht rückläufig ist.

Dieser erste, chronologische Überblick soll nun durch einen Blick auf die einzelnen Parteien vertieft werden. Dabei können die beiden Gruppierungen, die nur eine zeitlich begrenzte Rolle im Lengericher spielten (BHE und WfL), ausgeblendet werden. Die Partei, die seit den ersten freien Wahlen im Jahre 1946 immer mit mindestens einer Frau im Rat vertreten war, ist die SPD. Ihr Frauenanteil, der über lange Jahre eher gering war, stieg 1989 auf 30 Prozent und erreichte um die Jahrtausendwende mit 53,8 Prozent ihren Höhenpunkt; in der letzten Dekade hat er sich bei etwa 35 Prozent eingependelt. Die CDU hatte erst ab 1969 eine Ratsfrau; in den 1990er Jahren war etwa ein Viertel der christdemokratischen Abgeordneten weiblich. Zuletzt ist der Frauenanteil auf 18,8 Prozent abgesackt. Auch die FDP ist seit Kriegsende in Lengerich im Rat; bei ihr gibt es allerdings bisher nur zwei Ratsfrauen – neben der bereits erwähnten Helga Schliek (1989-1994) jetzt Kerstin Glindmeyer, die seit 2014 Ratsmitglied ist. Eine besondere Rolle nimmt die Partei „Die Grünen“ ein; seit ihrem Einzug in den Stadtrat im Jahre 1984 gab es immer mindestens eine weibliche Vertreterin und seit 1989 haben die grünen Frauen mindestens die Hälfte der Sitze – seit März 2018 beträgt der Frauenanteil der Grünen sogar 80 Prozent.



Die bisher dargestellten statistischen Daten geben bereits wichtige Informationen über die Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen im Lengericher Stadtrat, doch sie bleiben primär auf der quantitativen Ebene. Daher soll in einem weiteren Schritt untersucht werden, welche faktischen Möglichkeiten der Politikgestaltung die Lengericher Ratsfrauen im Laufe der Jahre hatten. Dafür ist zu fragen: In welchen Ausschüssen waren die Frauen vertreten? Hatten die Ratsfrauen herausgehobene Positionen (Bürgermeisterin, Fraktionsvorsitzende) inne?

Beim Blick auf die Ausschüsse ist zunächst zu betonen, dass die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowohl in der Fassung vom 21. Oktober 1952 als auch in der revidierten Fassung vom 17. Mai 1994 zwischen Pflichtausschüssen und freiwilligen Ausschüssen unterscheidet.¹⁵ Zu den Pflichtausschüssen zählen der Hauptausschuss, der Finanzausschuss und der Rechnungsprüfungsausschuss;¹⁶ eine besondere Rolle kommt dabei dem Hauptausschuss zu, denn dieser „hat die Arbeiten aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen.“¹⁷ In den 1960er und 1970er Jahren mussten Kreise und Gemeinden wie Lengerich auch einen Beschlussausschuss einrichten.¹⁸

Leider ist das mir vorliegende Datenmaterial – Ratsprotokolle und Zeitungsberichte - nicht vollständig,¹⁹ so dass bezüglich der Mitwirkung der Ratsfrauen in Ausschüssen nur einige Tendenzen aufgezeigt werden können. Die erste Lengericher Ratsfrau, Anna Dunkel, war zwar für eine Legislaturperiode auch im Hauptausschuss, doch daneben besonders in Ausschüssen tätig, die gängigen Geschlechtervorstellungen zufolge thematisch für Frauen geeignet schienen (Volksschulausschuss, Wohlfahrtsausschuss).²⁰ Eine ähnliche Rolle nahm zunächst ihre „Nachfolgerin“, Erna Lüker ein; doch nach einigen Jahren der Mitwirkung etwa im Kultur- und Krankenhausausschuss wurde sie ab 1975 Mitglied im Hauptausschuss und 1989 für eine

¹⁵ GO NRW 1952: § 41; GO NRW 1994: § 41.

¹⁶ „Ein sondergesetzlicher Pflichtausschuss ist zum Beispiel der Wahlausschuss gemäß § 2 Abs. 1 KWahlG NRW, der bei den Kommunalwahlen verbindlich über die Zulassung der Wahlvorschläge und die Einteilung der Wahlbezirke zu entscheiden hat.“ <https://www.juracademy.de/kommunalrecht-nrw/ausschuesse.html> (Zugriff: 20.4.2018).

¹⁷ GO NRW 1994, § 59 (1): https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=6784&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=400251 (Zugriff: 20.4.2018).

¹⁸ Von 1957 bis Ende der 1970er Jahre gab es in Lengerich den gesetzlich vorgeschriebenen Beschlussausschuss – Grundlage dafür war das Erste Gesetz zur Neuordnung und Vereinfachung der Verwaltung vom 23.7.1957. Diesem Ausschuss, geleitet vom Stadtdirektor, gehörten mehrere Ratsmitglieder an; sein politisches Gewicht war aber – anders als es der Name vermuten lässt – nicht mit dem des Hauptausschusses vergleichbar. Seine Beschlüsse befassten sich vielmehr mit Bürgeranträgen, etwa zu Gewerbebetrieben oder zur „Erteilung einer Genehmigung zur Ansiedlung außerhalb einer geschlossenen Ortschaft.“ Hippel, Ernst von, Rehborn, Helmut (Hg.): Erstes Gesetz zur Neuordnung und Vereinfachung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, München 1958, S. 22.

¹⁹ So habe ich derzeit keine diesbezüglichen Informationen zu den Jahren 1946 und 1948. In der Lengericher Stadtverwaltung konnte ich ausgewählte Ratsprotokolle aus der Zeit zwischen 1956 und 2014 einsehen.

²⁰ Eine besondere, aber in diesem Kontext wenig aussagekräftige Rolle spielte die Vertreterin des BHE, Ilse Staffa, die von 1961-1964 im Rat vertreten war. Die BHE Fraktion bestand nur aus zwei Personen; dennoch wurde ihr von der SPD Mehrheit ein Platz im Hauptausschuss eingeräumt, den Ilse Staffa einnahm.

Amtszeit zweite stellvertretende Bürgermeisterin. In diesem Fall darf man wohl annehmen, dass Erna Lüker politisch so stark engagiert war, sich innerhalb der Partei- und Ratshierarchie hochzuarbeiten. Allgemein scheint sich das Klima im Lengericher Stadtrat in den 1970er Jahren allmählich gewandelt zu haben, denn auch die erste CDU Ratsfrau, Ingrid Steinbeck, war ab 1975 Mitglied im Hauptausschuss; die Sozialdemokratin Lieselotte Kröner war zudem Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss. Der Anteil der Ratsfrauen im Hauptausschuss (etwa 20 Prozent) ist seitdem relativ konstant geblieben; im derzeitigen 11-köpfigen Haupt- und Finanzausschuss, der nach der Gemeindeordnung vom hauptamtlichen Bürgermeister geleitet wird, sind erstmals 4 Frauen (1 SPD, 1 CDU, 2 Grüne) vertreten.

Die Frage nach weiblichen Fraktionsvorsitzenden ist schnell zu beantworten – seit 2014 gibt es erstmals eine Fraktionsvorsitzende, Anne Engelhardt bei den Grünen, deren Frauenanteil aktuell bei 80 Prozent liegt. Anders sieht es beim Bürgermeisteramt aus; Lengerich hat nach Kriegsende noch nie eine Bürgermeisterin gehabt. Allerdings hatten seit 1989 Frauen immer wieder den Posten der stellvertretenden Bürgermeisterin inne – in einigen Legislaturperioden (1999 bis 2004, 2009 bis 2014) waren sogar beide Stellvertreterposten weiblich besetzt. Aktuell bekleidet die Sozialdemokratin Renate Hüttemann das Amt der 1. stellvertretenden Bürgermeisterin.

Ein erstes Fazit kann auf der Basis des bisher Gesagten sicherlich gezogen werden: Auch wenn die Besetzung der Ausschüsse und der herausgehobenen Positionen eine allmähliche Steigerung der Möglichkeiten weiblicher Einflussnahme in der Ratsarbeit erkennen lassen, so bleibt doch festzuhalten, dass – mit einer Ausnahme – in Lengerich den Frauen die Übernahme von Spitzenämtern bisher verwehrt worden ist.

Die Soziologin Beate Hoecker, die seit Jahren in der Partizipationsforschung tätig ist, benennt in einem im Jahre 2009 erschienenen Aufsatz fünf Gründe für die „anhaltende[n] Unterrepräsentation von Frauen in der Politik“.²¹

- „Frauen haben weniger Interesse an (institutionalisierter) Politik als Männer.“
Hoecker beruft sich hier auf Umfragen, um nachzuweisen, dass Frauen weniger daran interessiert sind, in eine Partei einzutreten oder politische Ämter anzustreben. Anders sieht es allerdings aus bei Bürgerbewegungen oder beim Engagement etwa in der Schule.
- „Die Formen politischer Arbeit sind männlich geprägt und Frauen eher fremd.“
Hier verweist Hoecker darauf, dass sich in Parteien und Vereinen über Jahrzehnte männlich geprägte Versammlungs- und Kommunikationsstile entwickelt haben, die den Frauen häufig unvertraut sind.

²¹ Hoecker, Beate: Frauen in der Politik, <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49362/frauen-in-der-politik> (Zugriff: 7.5.2018).

- „Politische Karrieremuster erschweren Frauen den Aufstieg.“
Traditionelle Rollenmuster bei der Arbeitsteilung und bei der Erziehung der Kinder machen es Frauen häufig unmöglich, ein zeitintensives politisches Engagement durchzuhalten und dadurch eine eigene Karriere in der Politik zu machen.
- „Frauen sind in informelle Entscheidungsstrukturen weniger eingebunden als Männer.“
Nach wie vor existiert eine subtile Diskriminierung der Politikerinnen durch ihre männlichen Kollegen – manche Entscheidungen werden in inoffiziellen Kreisen vorbereitet; zudem werden Frauen in Leitungsfunktionen häufig kritischer gesehen als ihre Kollegen.
- „Politikerinnen werden in den Medien marginalisiert und trivialisiert.“
Untersuchungen haben gezeigt, dass die Medien in der Regel häufiger über Politiker als über die Frauen in der Politik berichten; zudem wird das Äußere einer Politikerin viel öfter thematisiert als das der Männer, die politische Funktionen innehaben.

Im weiteren Verlauf dieser Arbeit – insbesondere in den Kapiteln 4 und 5 - soll untersucht werden, ob und in welchem Umfang die Thesen, die Beate Hoecker aufgestellt hat, für die Lengericher Frauen in der Politik zutreffend sind.

3 Analyse/Untersuchung/Hintergründe

3.1 Juristische und Gesellschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: Gleichberechtigung – Gleichstellung

Als im September 1948 der Parlamentarische Rat zusammenkam, um ein neues Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland auszuarbeiten, sollte nach dem Willen der Mehrheit des 65 Mitglieder umfassenden Gremiums hinsichtlich der Gleichberechtigung die aus der Weimarer Zeit stammende Formulierung „Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ übernommen werden. Doch die vier „Mütter des Grundgesetzes“²², allen voran Elisabeth Selbert (1896-1986),²³ erreichten nach langwierigen Verhandlungen, dass in den Artikel 3 des Grundgesetzes der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“²⁴ aufgenommen und dadurch zu einem Grundrecht erklärt wurde. „Auf die Initiative von Elisabeth Selbert [ging] auch die Übergangsregelung in Artikel 177 Grundgesetz zurück, nach der alle dem Gleichheitsprinzip entgegenstehenden Gesetze bis Ende März 1953 angepaßt

²² Neben Elisabeth Selbert, die der SPD angehörte, waren dies Friederike Nadig (SPD), Helene Weber (CDU) und Helene Wessel (Zentrum).

²³ Näheres zu Elisabeth Selbert in: Helwig, Gisela, Ausgestaltung des Gleichberechtigungsgebotes, in: Informationen zur politischen Bildung 254/1997, S. 17.

²⁴ <https://lexetius.com/GG/3,2> (Zugriff: 11.3.2018).

sein mußten.²⁵ Aber in einem Nachkriegs-Klima, das von „einer Restrukturierung traditioneller Geschlechterverhältnisse und Re-Familialisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse“²⁶ gekennzeichnet war, brauchte der Bundestag bis 1957, ehe ein Gleichberechtigungsgesetz²⁷ verabschiedet wurde, das dann am 1. Juli 1958 in Kraft trat. Allerdings war in diesem Gesetz die Hausfrauenehe das Leitbild,²⁸ und auch das Letztentscheidungsrecht des Vaters in allen Erziehungsfragen wurde beibehalten.²⁹

Wenn auch damit eine Gleichberechtigung im Sinne einer „formale[n] Rechtsgleichheit“³⁰ erreicht war, so führte dies nicht automatisch zu einer faktischen Gleichbehandlung der Frauen. Daher wurde die Gleichstellung ein neues Ziel der westdeutschen Frauenpolitik – dies hieß aktive Schritte einzuleiten, um die Lebenssituation der Geschlechter einander anzugleichen.³¹ Nachdem der Bundestag in den beiden folgenden Jahrzehnten einige Gesetze – etwa zur Renten-, Ehe- und Familienpolitik – verabschiedet hatte,³² wurde 1994 im Nachgang zur deutschen Wiedervereinigung das Grundgesetz in Artikel 3 erweitert. Die 1949 gefundene Formulierung der Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde ergänzt um den Satz: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“³³; dies wurde damit zum Staatsziel erklärt.

In ihrem 2011 erschienenen Beitrag „Der Ritt auf der Schnecke – Rechtliche Gleichstellung in der Bundesrepublik Deutschland“³⁴ verweist Sabine Berghahn zwar auf eine grundsätzlich positive Tendenz der höchstrichterlichen Rechtsprechung in Deutschland, aber ebenso klar spricht sie nach wie vor bestehende Benachteiligungen von Frauen etwa in der Arbeitswelt an. Dieses in zahlreichen Publikationen dokumentierte Problem unterstreicht, dass auch nach

²⁵ Helwig, Gisela: *Ausgestaltung*, S. 17.

²⁶ Gerhard, Ute: *50 Jahre Gleichberechtigung – eine Springprozession*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2.6.2008, S. 3.

²⁷ https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/text.xav?SID=&tf=xaver.component.Text_0&toctf=&qmf=&hlf=xaver.component.Hitlist_0&bk=bgbl&start=%2F%2F%5B%40node_id%3D%27217797%27%5D&skin=pdf&tlevel=-2&nohist=1 (Zugriff: 11.3.2018).

²⁸ Vgl. die Neufassung von § 1360 BGB.

²⁹ Dieser Teil des Gesetzes ist allerdings am 29. Juli 1959 durch das Bundesverfassungsgericht wegen Verfassungswidrigkeit für nichtig erklärt worden ist. (1 BvR 205/58; BVerfGE [= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts] Bd. 10, S. 59-89; <https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Entscheidungen/Entscheidungen/Amtliche%20Sammlung%20BVerfGE.html>) (Zugriff: 27.2.2019).

³⁰ Berghahn, Sabine: *Frauen, Recht und langer Atem – Bilanz nach über 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland*, in: Helwig, Gisela, Nickel, Hildegard Maria: *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Berlin 1993, S. 89.

³¹ In diesem Kontext wurden auch Maßnahmen der „positiven Diskriminierung“ – wie etwa Quotierungen – in die politische Debatte eingeführt.

³² Einen guten Überblick bietet die Seite: <https://www.uni-.de/gendertexte/chronik.html> (Zugriff: 11.3.2018).

³³ <https://lexetius.com/GG/3,2> (Zugriff: 11.3.2018).

³⁴ http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/gleichstellung/Der_Ritt_auf_der_Schnecke/Ritt-Schnecke-Vollstaendig.pdf (Zugriff: 11.3.2018).

knapp 70 Jahren die völlige Gleichbehandlung von Frauen in Deutschland noch nicht erreicht ist.

3.2 Die politische Partizipation der Frauen nach 1945 – allgemeine Aspekte

Betrachtet man die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland unter dem Aspekt der politischen Partizipation der Frauen, so kann man – Beate Hoecker folgend³⁵ – diese Zeit grob in drei Phasen einteilen:³⁶

- „1960er und 1970er Jahre: Politik als männliche Domäne.“³⁷ Im Bundestag, in den Länder- und Kommunalparlamenten lag der Anteil der weiblichen Abgeordneten damals in der Regel unter 10 Prozent; die Zahl der Ministerinnen blieb ebenfalls überschaubar. Zwar veränderte sich in der Gesellschaft die Einstellung zum politischen Engagement der Frauen und die Zahl der weiblichen Parteimitglieder stieg besonders in den 1970er Jahren an, doch es war besonders die „parteiinterne[n] Nominierungspraxis, die Frauen von politischen Führungspositionen ausschloss.“³⁸
- „1980er und 1990er Jahre: der Aufbruch von Frauen in der Politik.“³⁹ Besonders in den letzten 10 Jahren des 20. Jahrhunderts erhöhte sich die Zahl der weiblichen Abgeordneten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene deutlich. Eine maßgebliche Rolle spielten dabei unterschiedliche „Maßnahmen zur Frauenförderung“ in den einzelnen Parteien;⁴⁰ zudem kam in den Parlamenten eine neue Generation von Politikerinnen zum Zuge, die – fachlich bestens vorbereitet – mit größerem Selbstbewusstsein Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nahm.
- „Seit 2000: Stagnation und Rückschritt.“⁴¹ Obwohl 2005 die Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin ein historisches Ereignis war, bedeutete diese Wahl keineswegs, dass die Frauen in den Folgejahren nun entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in der Politik vertreten waren; auf allen parlamentarischen Ebenen stagniert stattdessen der Anteil der weiblichen Politikerinnen.

Der Begriff der politischen Partizipation hat allerdings mehr Facetten als bisher dargestellt; so unterscheidet Waltraud Cornelissen etwa zwischen „Aktivitäten im politisch-administrativen

³⁵ Hoecker, Beate: 50 Jahre Frauen in der Politik: späte Erfolge, aber nicht am Ziel, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 24-25/2008, S. 10-18.

³⁶ Frau Hoecker spart dabei die 1950er Jahre aus; über die Gründe kann ich nichts sagen.

³⁷ Hoecker: 50 Jahre, S. 11.

³⁸ Hoecker: 50 Jahre, S. 12.

³⁹ Hoecker: 50 Jahre, S. 12.

⁴⁰ Näheres dazu im folgenden Abschnitt 3.3: Die frauenpolitische Debatte in den Parteien.

⁴¹ Hoecker: 50 Jahre, S. 14.

System“ und „politischer Einflußnahme im vorparlamentarischen Raum“ sowie „sozialer Partizipation.“⁴² Zu den Gruppen außerhalb der Parlamente zählt Cornelissen den Deutschen Frauenrat,⁴³ in dem sich inzwischen rund 60 Frauenvereine und Verbände zusammengeschlossen haben, deren Anfänge teilweise bis in die Vorkriegszeit zurückgehen. Weiterhin gehört für sie die „neue Frauenbewegung“⁴⁴ dazu, die besonders in den 1970er und 1980er Jahren aktiv war, sowie das Engagement von Frauen in der Ökologie-, Friedens- und Alternativbewegung. Diese Gruppen, die partiell auch feministische Positionen vertraten, waren für viele Frauen auch deshalb attraktiv, da sie sich mit lebensnahen Themen befassten und noch keine feste hierarchische Organisationsstruktur – wie in den politischen Parteien – aufwiesen. Auch die Mitarbeit in den Frauenausschüssen der Gewerkschaften und das ehrenamtliche Engagement von Frauen in Schulen und kirchlichen Organisationen⁴⁵ zählen für Cornelissen zu den Aktivitäten im vorparlamentarischen Raum.

Auch wenn der erweiterte Partizipationsbegriff sicherlich angemessener ist für die Beschreibung politischen Engagements von Frauen seit 1946, wird sich diese Untersuchung aus Gründen der Machbarkeit und Überschaubarkeit im Wesentlichen auf die Rolle von Frauen in den Parteien und im Lengericher Kommunalparlament beschränken.

3.3 Die frauenpolitische Debatte in den Parteien

Es wird heute von niemandem bestritten – so Silke Kinzig -, „dass der Abbau diskriminierender Strukturen ein gebotenes Ziel demokratischer Gesellschaften ist, [...] doch schlagen Parteien unterschiedliche Wege zur Zielerreichung ein.“⁴⁶ Nach Ansicht der britischen Politikwissenschaftlerin Joni Lovenduski gibt es dabei ein Spektrum, bei dem auf der einen Seite die „rhetorische Strategie“ steht, wobei die Parteiführung lediglich Sympathiebekundungen für eine bessere Frauenförderung äußert. Auf der anderen Seite steht die „Strategie der positiven Diskriminierung“, die das Einführen einer Quote beinhaltet, um die politische Repräsentation der Frauen zu verbessern.⁴⁷ Interessanterweise stützen sich sowohl die Befürworter als auch die Gegner der Quotenregelung auf das Grundgesetz: Während die erste Gruppe die Quote unter Hinweis auf den Paragraphen 3, Absatz 2, also die Gleichberechtigung als zu erreichendes

⁴² Cornelissen, Waltraud: Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Helwig, Gisela, Nickel, Hildegard Maria: Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993, S. 325. Ähnlich ebenfalls Paulus, Julia: Einleitung, in: Gilhaus, Ulrike, Paulus, Julia, Kugler-Mühlhofer, Anne: Wie wir wurden, was wir nicht werden sollten, Essen 2010, S. 101.

⁴³ Vgl. <https://www.frauenrat.de/> (Zugriff: 13.5.2018).

⁴⁴ Cornelissen: Politische Partizipation, S. 326.

⁴⁵ Etwa die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, vgl. <https://www.kfd-bundesverband.de/> (Zugriff: 13.5.2018)

⁴⁶ Kinzig, Silke: Auf dem Weg zur Macht?, Wiesbaden 2007, S. 166.

⁴⁷ Lovenduski, Joni: Introduction: the Dynamics of Gender and Party, in: Lovenduski, Joni, Norris, Pippa (Hg.): Gender and Party Politics, London 1993, S. 1-15.

Staatsziel, fordert, stützen sich die Gegner auf das „im Grundgesetz verankerte Leistungsprinzip.“⁴⁸

Im Folgenden sollen die bundespolitischen Debatten innerhalb der Parteien, die aktuell im Lengericher Stadtrat vertreten sind, in groben Zügen nachgezeichnet werden. Später wird zu erörtern sein, wie stark diese Diskussionen in Lengerich mitgeführt und rezipiert worden sind.

3.3.1 FDP

Die Partei, die sich bisher am deutlichsten gegen eine Quotenregelung ausgesprochen hat, sind die Freien Demokraten (FDP); diese Position wurde vor der Bundestagswahl 2017 noch einmal bekräftigt. Zwar fordert die Partei „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ und setzt sich nach eigenem Bekunden ein für Rahmenbedingungen, in denen jeder sein eigenes Potenzial voll entfalten kann, doch wenig später heißt es: „Eine gesetzliche Quote lehnen wir jedoch ab: So werden Frauen zu Platzhaltern degradiert und nicht entsprechend ihrer Leistungen gewürdigt.“⁴⁹

In den Aufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg stand das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern für die FDP offensichtlich nicht im Vordergrund; auf dem Bremer Parteitag am 11. und 12. Juni 1949 gab es vor allem Beschlüsse, die auf tagesaktuelle Fragen eingingen.⁵⁰ Ähnlich verhielt es sich mit dem Berliner Programm⁵¹ vom 26. Januar 1957, „dem ersten offiziellen Parteiprogramm der FDP“⁵², denn hier taucht die Frau lediglich in ihrer Rolle als Mutter auf. Das änderte sich aber zu Beginn der 1970er Jahre und so beschlossen beim Parteitag der F.D.P.⁵³ in Freiburg im Oktober 1972 die Mitglieder das „F.D.P.-Programm zur Gleichberechtigung der Frau“.⁵⁴ Ausgehend von der These, dass die Frauen „von der gesellschaftlichen Fremdbestimmung“⁵⁵ befreit werden müssten, stellte die Partei eine Reihe von praxisnahen

⁴⁸ Kinzig: Weg, S. 165. Die Gegner stützen sich wohl besonders auf Artikel 33, Absatz 2 des Grundgesetzes und wenden dieses zunächst auf das Beamtentum bezogene Prinzip auf die Besetzung politischer Ämter an. Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/21898/beamte> (Zugriff: 6.1.2019).

⁴⁹ <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf> (Zugriff: 25.2.2018).

⁵⁰ Als Beispiele seien Beschlüsse zur Ostzone, zum Wohnungsbau oder zur Entnazifizierung genannt. Vgl. <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1949bremerplattform.pdf> (Zugriff: 25.2.2018).

⁵¹ Das Berliner Programm der Freien Demokratischen Partei, in: Kaack, Heino: Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei, Meisenheim am Glan 1976, S. 77-87.

⁵² Heinemann, Sylvia: „Frauenfragen sind Menschheitsfragen“, Zur Frauenpolitik der Freien Demokratinnen von 1949 bis 1963, Sulzbach 2012, S. 145.

⁵³ Von 1968 bis 2001 wurde der Parteiname als F.D.P. geschrieben. Näheres dazu: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/liberale-von-der-f-d-p-zur-fdp-a-132276.html> (Zugriff: 10.7.2018).

⁵⁴ Kaack: Geschichte, S. 183-190.

⁵⁵ Kaack: Geschichte, S. 183.

Forderungen für die Bereiche Familie, Beruf und Bildung auf – mit Blick auf die politische Partizipation von Frauen blieb es allerdings bei einer sehr allgemein gehaltenen Perspektive. Erst im Jahre 1987, im „Frauenförderplan der F.D.P.“ vom 6. April 1987⁵⁶, wurden die diesbezüglichen Erklärungen konkreter. Damals beschloss der F.D.P. Bundesvorstand:

„Es ist das Ziel der F.D.P., innerhalb der nächsten 5 Jahre in einem ersten Schritt den Anteil der Frauen in Entscheidungsfunktionen entsprechend ihrer Mitgliederzahl in der Partei (zurzeit 25 Prozent) zu erhöhen.“

Als Maßnahmen auf dem Weg dorthin wurde die Absicht geäußert, Ausschüsse zu gründen, Seminare abzuhalten und Parteiveranstaltungen familiengerechter zu gestalten. Darüber hinaus sollten in den verschiedenen Gremien auf Bundes-, Landes- und Kreisebene regelmäßig Berichte über den aktuellen Stand der Frauenförderung abgegeben werden. Der Frauenförderplan schließt mit dem Satz: „Die F.D.P. hält an dem liberalen Gedanken der Selbstverpflichtung fest und verzichtet deshalb auf starre paritätische Quoten.“⁵⁷

Einigen Frauen in der F.D.P. reichte diese Erklärung nicht, und so kam es 1990 auf Initiative von Irmgard Adam-Schwaetzer⁵⁸ zur Gründung der Bundesvereinigung Liberale Frauen.⁵⁹ Diese der FDP nahestehende Organisation beschloss 2004 ein Grundsatzprogramm mit dem Titel „Für eine gendergerechte Gesellschaft.“⁶⁰ Darin wurde festgestellt, dass es in der Frauenpolitik nicht mehr reiche, „weiterhin bestehende Nachteile aktiv auszugleichen. Vielmehr steht im Fokus der Liberalen Frauen das Anliegen, Gesellschaftspolitik so zu gestalten, dass die spezifischen Ausgangsbedingungen beider Geschlechter berücksichtigt und Frauen wie Männern gleiche Chancen eröffnet werden.“ Dieser Gedanke wurde anschließend genauer entfaltet durch Überlegungen zum demografischen Wandel und zur lebenslangen Bildung – eine explizite Forderung zu mehr Gleichstellung in politischen Ämtern enthielt das Programm aber nicht.

Wie 1987 beschlossen, gab es in den Folgejahren auf verschiedenen Ebenen regelmäßig Berichte zum Stand der Frauenförderung. Am 7. April 2003 konstatierte der Bundesvorstand der FDP:

⁵⁶ Frauenförderplan der F.D.P., in: fdk – freie demokratische korrespondenz, Bonn, 6.4.1987. Von 1968 bis 2001 schrieben die Liberalen ihren Parteinamen F.D.P.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Heute heißt sie Irmgard Schwaetzer. Die 1942 geborene FDP Politikerin war von 1991 bis 1994 Mitglied der Bundesregierung.

⁵⁹ <http://www.liberale-frauen.de/> (Zugriff: 25.2.2018).

⁶⁰ <http://www.liberale-frauen.de/attachments/article/1/grundsatzprogramm1if.pdf> (Zugriff: 25.2.2018).

„Das Ergebnis nach 16 Jahren ist: Der Beschluss des Bundesvorstandes wurde nicht umgesetzt, die Selbstverpflichtung der Partei wurde nicht eingehalten. Angesichts der katastrophalen Lage ist es höchste Zeit zu handeln.“⁶¹

Als Folge dieser Feststellung beschloss man einen „Sieben Punkte Maßnahmen Katalog“, der dazu beitragen sollte, mehr „Frauen in die Führungsebene zu integrieren“⁶² und neue weibliche Mitglieder zu gewinnen. Ähnlich äußerte sich der Bundesvorstand 2007⁶³ und vier Jahre später, am 7. Februar 2011: Als Ziel wurde ein Anteil von 30 Prozent Frauen unter den Funktions- und Mandatsträgern ausgegeben, wozu diverse Maßnahmen beitragen sollten – „starre, pauschale und branchenunabhängige Quotierungen“ wurden allerdings explizit abgelehnt.⁶⁴ Mit Blick auf Wirtschaftsbetriebe wurde dies als Eingriff in die unternehmerische Freiheit kritisiert.⁶⁵

Diesen Gedanken griff Florian Wittrock, der Vorsitzende der Jungen Liberalen Kreis Steinfurt, zu dem Lengerich gehört, in seiner Stellungnahme vom September 2012 auf und fuhr dann fort:

„Außerdem folgt aus einer so gearteten vermeintlichen Besserstellung der Frauen aber eben auch eine Schlechterstellung der Männer, die für die gleichen Positionen in Frage kämen. Das ist geradezu ironisch, denn wie bereits gesagt, soll das Gesetz der Gleichstellung von Frauen und Männern dienen und nicht der Diskriminierung eines Geschlechtes. Des Weiteren könnte diese Regelung nicht unbedingt dem Ansehen der Frauen zuträglich sein, die in einer quotierten Zukunft Führungspositionen besetzen sollen. Vielfach wird man davon ausgehen, dass eine Frau ihre Position nur aufgrund ihres Geschlechts und nicht wegen ihrer Leistungen innehat. Ob dies der Wahrheit entspricht oder ob eine Frau tatsächlich für die Position qualifiziert ist, würde zweitrangig werden. Sie wäre immer nur die „Quotenfrau“, weshalb auch Frauen selbst einer Quote kritisch gegenüberstehen.“⁶⁶

Diese Einschätzung eines Jungen Liberalen enthält wesentliche Aspekte der Argumentation der FDP gegen eine gesetzliche Quotenregelung und findet sich auch heute noch in knapper Form auf der Website der FDP Bundespartei.⁶⁷

⁶¹ https://www.fdp.de/files/653/Offensive_fuer_mehr_Frauen_in_die_FDP_070403.pdf (Zugriff: 25.2.2018).

⁶² https://www.fdp.de/files/653/Offensive_fuer_mehr_Frauen_in_die_FDP_070403.pdf (Zugriff: 25.2.2018).

⁶³ Vgl. <https://www.fdp.de/files/408/BuVo-Frauenfoerderung.pdf> (Zugriff: 25.2.2018).

⁶⁴ <https://www.liberal.de/content/beschluss-des-fdp-bundesvorstands-neue-chancen-fuer-frauen-potenziale-erschliessen-fairness> (Zugriff: 25.2.2018).

⁶⁵ In diesem Sinne äußerte sich im September 2017 auch die FDP-Vizechefin Katja Suding: https://www.fdp.de/arbeit_fuer-bildung-und-neue-arbeitskulturen-statt-quoten (Zugriff: 26.2.2018).

⁶⁶ <http://fdp-kreis-steinfurt.de/content/frauenquote-der-privatwirtschaft> (Zugriff: 25.2.2018).

⁶⁷ Vgl. <https://www.fdp.de/wp-modul/btw17-wp-a-86> (Zugriff: 11.2.2018).

Ob der Weg der FDP wirklich zum Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am politischen Leben führt, ist inzwischen auch innerhalb der Partei nicht mehr unumstritten. Manche Parteimitglieder verweisen darauf, dass es – auch ohne Quotenregelung – einige Frauen wie Irmgard Adam-Schwaetzer oder Hildegard Hamm-Brücher⁶⁸ bis in die Parteispitze geschafft haben, doch gleichzeitig wird eingeräumt, dass es „in der Breite“ an Frauen in der FDP mangelt. Selbst innerhalb der Frauen in der FDP sind die Meinungen geteilt: Während einige weiterhin die Quote ablehnen, sagt die „Europa-Abgeordnete Silvana Koch-Mehrin: ‚Man sollte offen sein für Frauenquoten.‘ Irmgard Schwaetzer, Ex-Bundesbauministerin, weiß: ‚Gegen Männerbünde helfen nur administrative Maßnahmen‘“.⁶⁹

Ein gutes Beispiel für die innerparteiliche Diskussion ist der Beitrag zur Frauenquote in der „Liberalen Depesche“ vom Februar 2011.⁷⁰ Während die damalige Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen, Doris Buchholz, offen für eine Quote wirbt, da der bisherige Appell zur Selbstverpflichtung nichts gebracht habe, erklärt die Frauen-Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Nicole Bracht-Bendt: „Als Liberale halte ich Zwangsregelungen für den falschen Weg. Qualität setzt sich durch.“⁷¹ Mit diesem Standpunkt der Parteiführung hat sich Barbie Haller, Mitglied im Bundesvorstand der FDP, bereits einige Jahre vorher kritisch auseinander gesetzt.⁷² Sie bezweifelt, dass es in der Partei überhaupt einen fairen Wettbewerb zwischen Frauen und Männern gibt, und benennt dafür zwei Gründe: Einerseits gebe es eine strukturelle Benachteiligung von Frauen, die durch ein traditionelles Familienbild zementiert werde, andererseits verhinderten „männliche“ Strukturen und Rituale innerhalb der Partei eine nachhaltige Förderung des parteipolitischen Engagements von Frauen.⁷³

3.3.2 CDU

Bei einer Partei, die seit 2005 die Bundeskanzlerin stellt, die 18 Jahre lang von der Bundesvorsitzenden Angela Merkel geleitet wurde und nun mit Annegret Kramp-Karrenbauer erneut eine Frau an die Spitze gewählt hat, könnte man vermuten, dass sie Vorkämpferin für die politische Teilhabe von Frauen ist. Allerdings tat sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands über Jahrzehnte schwer mit der Gleichstellung von Frauen in der Politik.

⁶⁸ Hildegard Hamm-Brücher (1921-2016), FDP Mitglied, von 1976 bis 1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt, kandidierte 1994 für das Bundespräsidentenamt.

⁶⁹ <http://www.taz.de/!5127019/> (Zugriff: 16.2.2018).

⁷⁰ Brauchen wir in der FDP eine Frauenquote – pro und contra, *elde liberale depesche* 2/2011.

⁷¹ Brauen wir in der FDP eine Frauenquote.

⁷² Haller, Barbie: Die heutige Situation von Frauen in der FDP – Ein kritisches Wort, in: Schwaetzer, Irmgard: *Die liberale Frauenbewegung – Lebensbilder*, Berlin 2007, S. 183-200.

⁷³ Auf beide Aspekte soll an anderer Stelle in der Arbeit noch genauer eingegangen werden.

Anders als die SPD konnte die CDU bei ihrer Neugründung 1945 nicht auf Vorkriegs-Strukturen zurückgreifen, sondern verfolgte das Ziel, „eine christlich orientierte Volkspartei mit Mitgliedern beider Konfessionen und Angehörigen unterschiedlicher sozialer Schichten zu vereinen.“⁷⁴ Selbstverständlich waren auch Frauen an der Gründung der CDU beteiligt; einige von ihnen formierten sich in der zonenübergreifenden Frauenarbeitsgemeinschaft, die für die Gleichberechtigung der Frau eintrat. Vorsitzende dieser Gruppierung wurde am 18. August 1948 Helene Weber, eine der sogenannten vier „Mütter des Grundgesetzes.“⁷⁵ Die Forderungen der Frauenarbeitsgemeinschaft fanden allerdings keinen Niederschlag in den CDU Programmen der Nachkriegszeit, denn die Mehrheit der Partei hielt am traditionellen Rollenbild der Frau als Ehefrau und Mutter fest.



Abb. 1: Wahlplakat Kommunalwahl NRW 1946.
ACDP, Plakatsammlung, 10-017-3, CC-BY-SA 3.0 DE

⁷⁴ Vom Hofe, Ina: Die Frauenpolitik der CDU, Traditionen – Entwicklungen – Einflüsse 1945 bis 2013, Sankt Augustin 2017, S. 67.

⁷⁵ Vgl. https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/111109_MDGG_Flyer_klein_f_mailing.pdf (Zugriff: 10.8.2018).

So heißt es am 15. Dezember 1946 in den CDU-Monatsblättern in einem Artikel unter der Überschrift „Die Frau in unserer Zeit“:

„Gerade diese Zeit fordert wahrhaft große und königliche Frauen. Mütter brauchen wir, die wie Priesterinnen in ihren Familien stehen, Frauen, die dem Mann den Glauben an Reinheit und sittliche Größe wiedergeben, die neues Leben gebären aus der Kraft des Glaubens, die die Grundzelle des Staates, die Familie, mit neuem Geiste beleben, die so unter Hingabe der persönlichen Freiheit den Staat in seinen Grundfesten erneuern.“⁷⁶

Auffallend ist bei dieser Textstelle, dass der Frau zwar eine herausragende Stellung zuerkannt wird – aber nur in den beiden Bereichen der Familie und der Kirche.⁷⁷ Symptomatisch für die Frauenpolitik der damaligen CDU war auch die Tatsache, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer erst 1961 mit Elisabeth Schwarzhaupt die erste Frau ins Bundeskabinett berief, nachdem die CDU die absolute Mehrheit im Bund verloren hatte.⁷⁸

Bedingt durch die Frauenbewegung der 1970er Jahre, durch die Diskussionen in der SPD, das Aufkommen der Grünen und „beunruhigt durch Stimmverluste besonders bei jungen Frauen“⁷⁹ beschloss der Bundesparteitag in Essen 1985 einen grundlegenden Antrag zur Frauenpolitik. In der Präambel heißt es u.a.: „Die CDU ist davon überzeugt, daß das Ziel einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht nur erreicht werden kann, wenn Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen an verantwortlicher Stelle mitwirken.“⁸⁰ In insgesamt 44 Artikeln werden im Folgenden wichtige Aspekte zur Situation von Frauen abgehandelt, z.B. unter der Überschrift „Gleiche Chancen in der Politik“.⁸¹ Vieles hat aber reinen Aufforderungscharakter und „schützt [dadurch] die innerparteiliche Praxis vor Überprüfung.“⁸² Ähnlich verhielt es sich mit den Empfehlungen, die der Bundesparteitag 1988 unter dem Titel „Richtlinien zur politischen Gleichstellung der Frauen in der CDU“⁸³ verabschiedete.

Erst 1994, also nach der deutschen Wiedervereinigung, vollzog die Partei – auf Betreiben der Frauen-Union und der Parteispitze – eine Kehrtwende und beschloss, statt der freiwilligen Selbstverpflichtung „ein sogenanntes ‚Quorum‘ einzuführen, wonach mindestens ein Drittel

⁷⁶ CDU-Monatsblätter, 15.12.1946, ZPA Münster, Sig.: Ztg Fol 84.

⁷⁷ Im allgemeinen Sprachgebrauch spiegelte sich diese konservative Vorstellung bezogen auf die Frau in der Redewendung der „Drei K“ wider: Kinder, Küche, Kirche.

⁷⁸ Diese Berufung hinderte ihn aber nicht daran, weiterhin die Kabinettsitzungen mit den Worten „Morjen, meine Herren“ zu eröffnen. Vgl. vom Hofe: Frauenpolitik, S. 75.

⁷⁹ Reichart-Dreyer, Ingrid: Partizipation von Frauen in der CDU, in: Maleck-Lewy, Eva, Penrose, Virginia: Gefährtinnen der Macht – politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland, eine Zwischenbilanz, Berlin 1995, S. 41.

⁸⁰ Konrad-Adenauer-Stiftung, KAS/ACDP_07-001-9566: CDU: Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, 1985, S.4.

⁸¹ Konrad-Adenauer-Stiftung, KAS/ACDP_07-001-9566: CDU: Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, 1985, Artikel 35-37.

⁸² Reichart-Dreyer: Partizipation, S. 42.

⁸³ Hoecker, Beate: Lern- und Arbeitsbuch Frauen, Männer und die Politik, Bonn 1998, S. 128.

aller Listenplätze bei Wahlen von Frauen besetzt werden soll.“⁸⁴ Dieser Beschluss wurde auf dem Bundesparteitag mit nur knapper Mehrheit gefasst; auf dem folgenden Parteitag im Herbst 1995 fand der Beschluss dann aber keine Mehrheit. Zahlreiche weibliche Parteimitglieder verweigerten ihre Stimme, weil sie sich „als ‚Alibifrauen‘ diskriminiert fühlten.“⁸⁵ Es bedurfte eines neuen Anlaufs, ehe das „Quorum“ schließlich beim Bundesparteitag in Hannover am 21. Oktober 1996 mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde.⁸⁶ Diese Regelung sollte für alle Wahlen – von der Kommunalwahl bis zur Europawahl – gelten.⁸⁷ Im Unterschied zur SPD wurde nicht der Begriff „Quote“ verwandt, denn, so Rita Süßmuth, das Quorum habe „nichts mit starren Vorgaben wie in anderen Parteien gemein,“ sondern sei vielmehr „ergebnisbeeinflussend im Sinn einer Mindestabsicherung.“⁸⁸ Zunächst wurde die Gültigkeit des Quorums auf fünf Jahre begrenzt;⁸⁹ daher stand das Thema im Dezember 2001 in Dresden wieder auf der Tagesordnung des Bundesparteitages und nach längerer Debatte wurde die unbefristete Einführung des Quorums mit absoluter Mehrheit beschlossen.⁹⁰

In ihrer im Jahre 2017 veröffentlichten Dissertation kommt Ina vom Hofe zu dem Schluss, dass die „Einführung des Quorums zwar eine Annäherung in der gleichberechtigten Partizipation“ gebracht habe, „jedoch konnte das Ziel – die Ämter und Mandate mit einem Drittel Frauen zu besetzen – nicht in allen Bereichen realisiert werden.“⁹¹ Und im Anschluss an die britische Politologin Joanna McKay konstatiert sie: „Die Einführung von Quoten führt nicht automatisch zum gleichen Machtzugang für beide Geschlechter.“⁹²

Diese These kann durch einen Blick auf die Anzahl der CDU-Frauen im aktuellen Bundestag belegt werden: Während der Frauenanteil im gesamten Bundestag bei derzeit 30,9 Prozent liegt, besteht die CDU/CSU Fraktion nur zu 19,9 Prozent aus Frauen.⁹³ Das wiegt umso schwerer, da im vorhergehenden Bundestag noch 24,8 Prozent der Unions-Abgeordneten Frauen waren.⁹⁴ Vor diesem Hintergrund sind die Reden zu sehen, die anlässlich der 70-Jahr Feier der Frauen Union in Frankfurt am 5. Mai 2018 gehalten wurden. Die Vorsitzende, Annette Widmann-Mauz, beklagte, dass Frauen durch „politische Strukturen in den Parteien [...] faktisch

⁸⁴ Hoecker: Lern- und Arbeitsbuch, S. 128.

⁸⁵ Hoecker: Lern- und Arbeitsbuch, S. 129.

⁸⁶ 8. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, 21./22.10.1996, Niederschrift, S. 86, Konrad-Adenauer-Stiftung, o. Sig.

⁸⁷ 8. Parteitag: Niederschrift, S. 262f.

⁸⁸ Vom Hofe: Frauenpolitik, S. 287f.

⁸⁹ 8. Parteitag: Niederschrift, S. 263.

⁹⁰ vom Hofe: Frauenpolitik, S. 293f.

⁹¹ vom Hofe: Frauenpolitik., S. 300.

⁹² vom Hofe: Frauenpolitik., S. 301. Diese Schlussfolgerung wird in einem späteren Kapitel noch genauer zu diskutieren sein.

⁹³ https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner/529508 (Zugriff: 21.8.2018).

⁹⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Frauenanteil_im_Deutschen_Bundestag_seit_1949#Tabelle_2:_Frauenanteil_des_Deutschen_Bundestags_seit_1949_nach_Fraktionen/Gruppen (Zugriff: 21.8.2018).

an eine gläserne Wand stießen oder ausgeschlossen seien.“⁹⁵ Daher forderte sie verbindliche Regelungen, die auch im neuen CDU Grundsatzprogramm verankert werden müssten.⁹⁶ Dies griff die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf und sprach von neuen Instrumenten, durch die der Frauenanteil bei den Mandaten vergrößert werden sollten. „Helmut Kohl musste mich noch anstupsen, damit ich dem Quorum zustimme. Aber heute reicht das Quorum nicht mehr.“⁹⁷ Es bleibt also abzuwarten, wie die CDU den Wunsch nach mehr politischer Partizipation von Frauen im nächsten Grundsatzprogramm konkret formulieren wird.

3.3.3 SPD

Die frauenpolitischen Debatten innerhalb der SPD reichen weit zurück bis in die Zeit vor den beiden Weltkriegen. Schon im 1891 verabschiedeten Erfurter Programm wurde die Forderung für ein Stimmrecht für alle „ohne Unterschied des Geschlechts“⁹⁸ aufgenommen; später war es die Sozialistin Clara Zetkin (1857-1933), die maßgeblich beteiligt war am Kampf für das Frauenwahlrecht.⁹⁹ Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war es u.a. die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert, die als eine der „Mütter des Grundgesetzes“ die Formulierung des Artikels 3 erkämpfte.¹⁰⁰ Dies schlug sich auch in einem Wahlplakat zur Bundestagswahl am 14. August 1949 nieder.¹⁰¹

⁹⁵ 70 Jahre Frauen Union der CDU, in: Frau & Politik, Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands, Ausgabe 3/2018, S. 12.

⁹⁶ Vgl. auch die Resolution der Frauen Union vom 5.5.2018, https://www.frauenunion.de/images/stories/docs/Resolution_BuVo_Politische_Teilhabe_5.5.2018.pdf (Zugriff: 21.8.2018).

⁹⁷ 70 Jahre Frauen Union, a.a.O., S. 13.

⁹⁸ Weis, Petra: Hürdenlauf an die Macht? Politische Partizipation von Frauen in der SPD und die Quote, in: Maleck-Lewy, Eva, Penrose, Virginia: Gefährtinnen der Macht – politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland, eine Zwischenbilanz, Berlin 1995, S. 67.

⁹⁹ Clara Zetkin schloss sich 1918 der KPD an.

¹⁰⁰ Vgl. <https://www.zeit.de/online/2009/20/grundgesetz-selbert/komplettansicht> (Zugriff: 28.5.2018).

¹⁰¹ Bei diesem Wahlplakat muss allerdings die Frage gestellt werden, ob die Bildgestaltung und der Slogan wirklich zueinander passen. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Frau doch in ihrer traditionellen Rolle an der Seite des Mannes gezeigt wird.



Abb. 2: Wahlplakat Bundestagswahl 1949.

Abbildung: SPD /AdsD

Die formale Gleichstellung von Frauen und Männern blieb allerdings in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten innerhalb der SPD ohne nennenswerte praktische Konsequenzen. Im Godesberger Programm, das auf einem außerordentlichen Parteitag vom 13. bis 15. November 1959 beschlossen wurde, widmete man dem Thema Gleichstellung gerade einmal einen Abschnitt mit fünf Sätzen.¹⁰² Anders sah es dann im Orientierungsrahmen '85 aus, der 1975

¹⁰² https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf (Zugriff: 28.5.2018).

in Mannheim verabschiedet wurde – hier gab es immerhin ein eigenes Kapitel unter der Überschrift „Die Gleichstellung der Frauen.“ Dieser Abschnitt endete mit den Worten: „Die SPD wird diese Politik nur glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftlichen Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen ernst macht.“¹⁰³

Diese Entwicklung ist sicherlich durch zwei Faktoren begünstigt worden: In der BRD hatte sich in den 1970er Jahren die „Neue Frauenbewegung“¹⁰⁴ gebildet, und im Umfeld der SPD war 1973 in Ludwigshafen die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)¹⁰⁵ mit der ersten Bundeskonferenz in Erscheinung getreten. Diese Frauenorganisation innerhalb der SPD – laut Satzung gehören ihr alle Frauen der SPD an -, die sich „die Gleichstellung von Frauen und Männern in Partei und Gesellschaft zum Ziel“¹⁰⁶ gesetzt hat, war eine maßgebliche Stimme in der innerparteilichen „Quotendebatte“, die schließlich im Jahr 1988 auf dem Bundesparteitag zum Beschluss von Münster führte.

Die Forderung nach einer Quotenregelung bei der Entscheidung über Kandidatenlisten und Mandate war auch innerhalb der ASF anfangs nicht unumstritten. Ein entsprechender Antrag wurde bei der ASF-Bundeskonferenz in Siegen 1977 mit knapper Mehrheit abgelehnt; die „Quotengegnerinnen setzten weiterhin auf den gemeinsamen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß zwischen Männern und Frauen und die Absicht, sich ihren Platz in der Partei zu erkämpfen, alles andere sei gewissermaßen antiemanzipatorisch.“¹⁰⁷ Innerhalb der Gesamtpartei wurden regelmäßige Rechenschaftsberichte zur Gleichstellung der Frauen verpflichtend gemacht, und auf Vorschlag der ASF wurde 1977 eine Arbeitsgruppe „Gleichstellung der Frau“ unter Leitung von Willy Brandt¹⁰⁸ und der ASF-Vorsitzenden Elfriede Hoffmann eingesetzt, die untersuchen sollte, „wie eine ihrer Bedeutung entsprechende Beteiligung [der Frauen] an Ämtern und Mandaten der Partei erreicht werden kann.“¹⁰⁹

Obwohl Willy Brandt die Ziele der ASF explizit unterstützte,¹¹⁰ führten die Vorschläge der Gleichstellungskommission nicht zu nachhaltigen Veränderungen. Inzwischen waren auch Die Grünen auf der politischen Bühne angekommen; für die ASF war damit 1985 der Zeitpunkt gekommen, eine verbindliche Quotenregelung für die SPD zu fordern. Nach einem positiven Grundsatzbeschluss auf dem Bundesparteitag in Nürnberg 1986 wurde zwei Jahre später in Münster mit großer Mehrheit beschlossen, „nach skandinavischem Vorbild eine Bestimmung

¹⁰³ ASF-Bundesvorstand: Die Frauen im Programm der SPD – von Godesberg bis Bremen, in: ASF-Bundesvorstand: Materialien „Frauen brauchen mehr!“, Beiträge zur sozialdemokratischen Programmdiskussion, Bonn 1989, S. 37.

¹⁰⁴ Cornelissen: Politische Partizipation, S. 326f. Ebenfalls Weis: Hürdenlauf, S. 71.

¹⁰⁵ <https://asf.spd.de/> (Zugriff: 30.5.2018).

¹⁰⁶ <https://asf.spd.de/ueber-uns/ueber-die-asf/> (Zugriff: 30.5.2018).

¹⁰⁷ Weis: Hürdenlauf, S. 73.

¹⁰⁸ Willy Brandt (1913-1992), Vorsitzender der SPD von 1964-1987.

¹⁰⁹ Weis: Hürdenlauf, S. 74.

¹¹⁰ Weis: Hürdenlauf, S. 75.

in die Parteisatzung aufzunehmen, nach der in den Entscheidungsgremien sowie bei der Besetzung von Funktionen und Mandaten mindestens 40 Prozent eines jeden Geschlechts vertreten sein müssen.“¹¹¹ Die damalige Vorsitzende der ASF, Inge Wettig-Danielmeier, war maßgeblich am Zustandekommen dieses Beschlusses beteiligt; sie begründete auch, warum dieser „Durchbruch in Sachen Gleichstellung der Frauen“¹¹² an einen Stufenplan gekoppelt war.¹¹³ Für Listenkandidaturen¹¹⁴ sah der Beschluss ein dreistufiges Verfahren vor: „ab 1990 sollte ein Viertel, ab 1994 ein Drittel der Mandate an Frauen vergeben werden.“¹¹⁵ Von 1998 an sollte dann die vollständige Umsetzung des Beschlusses erfolgen. Die vorherige verfassungsrechtliche Prüfung des Leitantrages des Parteivorstandes führte u.a. dazu, dass der Beschluss mit dem Satz endete: „Die Mindestabsicherung von Männern und Frauen in Funktionen und Mandaten der Partei über den jeweiligen Mitgliederanteil hinaus endet am 31. Dezember 2013.“¹¹⁶

Diese zeitliche Begrenzung wurde auf Antrag der ASF beim Bundesparteitag der SPD in Bochum 2003 aufgehoben. Nach nur einem [!] Redebeitrag der damaligen ASF-Vorsitzenden Karin Junker wurde die Änderung des Organisationsstatuts bei wenigen Gegenstimmen „mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.“¹¹⁷ In ihrer kurze Rede nannte Frau Junker im Wesentlichen zwei Begründungen: Zum einen gehe es nicht um eine Frauenquote, sondern in Wahrheit um „eine Mindestabsicherung für beide Geschlechter.“ Im Zweifelsfall sei die verbindliche Quote „auch eine Garantie für Männer, ihren geschlechtergerechten Anteil an Funktionen und Mandaten zu erhalten.“¹¹⁸ Zum anderen sei die Befristung hinderlich, weil sie die notwendige Verlässlichkeit und Rechtssicherheit für die Frauen und die Männer erschwere – im Jahre 1988 sei man hinsichtlich der Umsetzung der Quotierung zu optimistisch gewesen.

Der Quotenbeschluss von Münster führte weit über die SPD hinaus zu sehr unterschiedlichen Reaktionen. Zu Beginn des Parteitages kommentierte die Stuttgarter Zeitung: „Ein Gespenst geht um. Unbedarf und ohne Weitblick für das Wesentliche kommt es auf Stöckelschuhen

¹¹¹ Weis, Hürdenlauf, S. 75. Vgl. auch Leitantrag des Parteivorstandes vom 31.5.88 zur Gleichstellung von Frauen und Männern zum Parteitag in Münster, in: Jahrbuch der SPD 1988-1990, Archiv der Sozialen Demokratie Bonn, S. C227-C229.

¹¹² Wettig-Danielmeier, Inge: Die Quote. Eine ‚Erfolgsstory‘ auf dem Prüfstand, in: Leif, Thomas: Die politische Klasse in Deutschland, Bonn 1992, S. 423.

¹¹³ Wettig-Danielmeier, Inge: Die Quotendebatte in der SPD, in: Archiv der Sozialen Demokratie Bonn, Sozialdemokratischer Pressedienst, 23.12.1987, S. 4f.

¹¹⁴ Für die Wahlen von Delegierten und Vorständen wurde ein zweistufiger Plan beschlossen.

¹¹⁵ Hoecker: Lern- und Arbeitsbuch, S. 126.

¹¹⁶ Leitantrag des Parteivorstandes vom 31.5.88, a.a.O., S. C228.

¹¹⁷ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/2003_bpt_bochum_protokoll.pdf, S. 201 (Zugriff: 31.5.2018).

¹¹⁸ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/2003_bpt_bochum_protokoll.pdf, S. 201 (Zugriff: 31.5.2018), S. 200. Mit dieser Interpretation sollten die verfassungsrechtlichen Bedenken, die verbindliche Quote bevorzuge die Frauen, entkräftet werden.

daher, lehrt selbst den mannhaften Bürger das Fürchten: die Quotenfrau.¹¹⁹ Dieses Zitat arbeitet mit verschiedenen stilistischen Mitteln, um die SPD in Deutschland in eine linke Ecke zu drängen und die Entscheidung der Partei als Bedrohung darzustellen: Der Anfang erinnert unüberhörbar an den Beginn des Manifestes der Kommunistischen Partei aus dem Jahre 1848;¹²⁰ die folgende Wortwahl stellt die Frauen als ungebildete und nur auf Äußerlichkeiten bedachte Menschen dar, die den Bürger – der natürlich ein Mann ist – „das Fürchten“ lehren. Dahinter steht offenbar die Furcht, dass die Männer im Laufe der Zeit ihren jahrzehntelang zementierten Einfluss auf das politische Geschehen verlieren könnten.

In den späteren Beurteilungen der verbindlichen Quote reicht die Spanne von einer fundamentalen Ablehnung – „Eine bittere Bilanz: 25 Jahre Frauenquote in der SPD“¹²¹ – bis hin zu der Feststellung, dass die Quote ein notwendiges Mittel zum Ziel sei, langfristig eine „paritätische Besetzung“ von Gremien und Kommissionen zu erreichen.¹²² In ihrer Zwischenbilanz kommt Inge Wettig-Danielmeier 1992 zu dem auch in den Folgejahren gültigen Schluss: „Der typische Platz für die Spitzenfrau in der SPD ist bis jetzt die ‚Stellvertreterin‘ geblieben.“¹²³ Erst 30 Jahre nach dem Beschluss von Münster hat dieser Satz mit der Wahl von Andrea Nahles zur SPD-Bundesvorsitzenden am 22. April 2018 seine Gültigkeit verloren.

3.3.4 Bündnis90/Die Grünen

Die jüngste der hier untersuchten Parteien ist Bündnis90/Die Grünen¹²⁴, die hinsichtlich der Frauenquote eine eindeutig positive Position vertritt; dies hat sicherlich stark mit ihrer Entstehung Ende der 1970er Jahre zu tun. Damals bildeten sich in verschiedenen Städten der Bundesrepublik grüne und bunte Listen für kommunale und regionale Wahlen, auf denen Frauen sehr stark vertreten waren. Im Januar 1980 kam es dann in Karlsruhe zur Gründung der Partei „Die Grünen“.¹²⁵

Schon in der in Karlsruhe verabschiedeten Satzung der Bundespartei finden sich zwei Hinweise auf eine Frauenquote: „Alle Parteigremien, Vorstand, Kommissionen und besonders die

¹¹⁹ Zitiert nach: Wettig-Danielmeier: Die Quote, S. 242. Ebenfalls Protokoll der Bundestagssitzung am 8.9.1999, S. 4397. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/14/14052.pdf> (Zugriff: 3.6.2018).

¹²⁰ „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/marx_manifestws_1848?p=3 (Zugriff: 13.11.2018).

¹²¹ <https://www.heise.de/tp/features/Eine-bittere-Bilanz-25-Jahre-Frauenquote-in-der-SPD-3400363.html> (Zugriff: 31.5.2018). Beitrag von Klaus Funken, ehemaliger wirtschaftspolitischer Referent der SPD Bundestagsfraktion.

¹²² Ferner, Elke: Gleichstellungsbericht für den SPD-Bundesparteitag 2017, https://asf.spd.de/fileadmin/asf/Gleichstellungsbericht_2017_final_21.11.2017.pdf (Zugriff: 31.5.2018), S. 5.

¹²³ Wettig-Danielmeier: Die Quote, S. 246.

¹²⁴ Nachfolgend wird diese Partei als „Grüne“ bezeichnet.

¹²⁵ Näheres zu den Anfängen der Partei findet sich unter: <https://www.gruene.de/ueber-uns/1977-1979.html> (Zugriff: 8.3.2018).

Wahllisten sollen möglichst paritätisch von Frauen und Männern besetzt sein.¹²⁶ Eine ähnliche Aussage findet sich wenig später mit Blick auf den Bundesvorstand.¹²⁷ Auch wenn in diesen Aussagen nur eine Empfehlung vorliegt, ist die grundsätzliche Position pro Frauenquote bereits von Anfang an erkennbar.

Dass solche reinen Empfehlungen nicht den Vorstellungen der aktiven weiblichen Parteimitglieder entsprachen, liegt auf der Hand. Im März 1983 zogen Grüne zum ersten Mal in den Bundestag ein und wählten einen nur aus Frauen bestehenden Fraktionsvorstand, das Feminat.¹²⁸ Die nächste Satzung der Bundespartei vom September 1986¹²⁹ enthielt dann auch verbindlichere Bestimmungen und „formale Absicherungen“¹³⁰: „Alle Bundesorgane, -kommissionen und Bundesarbeitsgemeinschaften sind zu mindestens 50 Prozent mit Frauen zu besetzen. [...] Wahllisten sind grundsätzlich alternierend mit Männern und Frauen zu besetzen.“ Für weitere Regelungen wurde auf das Frauenstatut verwiesen, das der Satzung angehängt war. Darin finden sich nähere Ausführungen zu Wahllisten (dort sollen die Frauen immer die ungeraden Plätze besetzen), zur Redezeit auf Bundesversammlungen und zur Einstellungspraxis der Grünen als Arbeitgeber.¹³¹ Damit war im Kern die Position formuliert, die Grüne bis heute vertreten.

Eine schwierige Situation für die Grünen entstand nach der deutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990, denn das aus der früheren DDR stammende Bündnis90 teilte zwar grundsätzlich das gleichstellungspolitische Ziel der Grünen, hatte aber abweichende Vorstellungen hinsichtlich dessen Umsetzung. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen, bis schließlich im November 1994 eine gemeinsame Satzung verabschiedet werden konnte.¹³² Darin wurde die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der Grundwerte aufgeführt und im Frauenstatut - inzwischen Teil der Satzung - wurden die Formulierungen aus dem Jahre 1986 aufgegriffen.¹³³ Auch in der aktuell gültigen Satzung der Grünen finden sich im Frauenstatut die schon früher festgelegten Bestimmungen.¹³⁴

Renate Künast, die frühere Fraktionsvorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, äußerte sich 2011 zur Frauenquote: „Eins haben wir Grüne mit der Einführung der Quotenregelung ganz klar gezeigt: Sie führt dazu, dass starke Frauen in die Positionen kommen, für die sie qualifiziert sind. [...] Für mich ist klar: Die Quote ist kein Selbstzweck, sondern ein gutes Werkzeug,

¹²⁶ Satzung der Bundespartei Die Grünen, Januar 1980, Archiv Grünes Gedächtnis, Grün 051-2, S. 3.

¹²⁷ „Es wird empfohlen, Frauen paritätisch zu beteiligen.“ Ebd., S. 5.

¹²⁸ Vgl. dazu: Die Hälfte der Macht den Frauen – Meilensteine der Frauenbewegung, Archiv Grünes Gedächtnis, Gend 780-78.

¹²⁹ Satzung der Bundespartei Die Grünen, September 1986, Archiv Grünes Gedächtnis, Grün 051-8.

¹³⁰ Beucker, Pascal, Krüger, Anja: Die verlogene Politik, München 2010, S. 183.

¹³¹ Beucker, Krüger: Politik.

¹³² Näheres dazu in: Hoffmann, Jürgen: Die doppelte Vereinigung, Wiesbaden 1998, S. 234-236.

¹³³ Satzung der Bundespartei Die Grünen, November 1994, Archiv Grünes Gedächtnis, Grün 051-8 (1994-11).

¹³⁴ Grüne Regeln, Satzung des Bundesverbandes, Stand 27.1.2018, https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Satzung/Satzung_Bundesverband.pdf (Zugriff: 8.3.2018).

um männlich dominierte Strukturen, egal ob in der Wirtschaft oder in der Politik, aufzubrechen.“¹³⁵ Einen Schritt weiter ging Bettina Jarasch, aus Berlin stammendes Mitglied des grünen Bundesvorstands, in einer Rede vor dem Katholischen Deutschen Frauenbund in Berlin am 3. Juli 2017.¹³⁶ Zwar hob sie hervor, dass der Frauenanteil der Parteimitglieder „mit knapp 39 Prozent der höchste unter allen Parteien in Deutschland“ sei, doch sie bekräftigte, dass es mit der Einführung der Frauenquote nicht getan sei, da eine größere Zahl von Politikerinnen in Führungspositionen nicht automatisch zu einer besseren Politik für die Gesellschaft führe; außerdem sei die Umsetzung in der Praxis immer wieder mit Problemen verbunden. Darauf hatte auch schon Anne-Laurie Briatte-Peters in einem Beitrag für das Jahrbuch „Grünes Gedächtnis 2014/2015“ hingewiesen; häufig hätten sich bei der Besetzung von Gremien nicht genügend Frauen gefunden, die bereit oder fähig waren, die von der Quote vorgesehene Positionen zu übernehmen, so dass am Ende wieder die männlichen Parteimitglieder zum Zuge gekommen seien.¹³⁷

4 Versuch einer kollektivbiografischen Untersuchung der Ratsfrauen in Lengerich

4.1 Methodologische Vorbemerkungen

Die Kollektivbiographie – gelegentlich auch als Prosopographie bezeichnet¹³⁸ –, die Bezüge zur Politologie, zur Soziologie und zur Geschichtswissenschaft hat,¹³⁹ ist ein methodischer Ansatz, der besonders im anglo-amerikanischen Raum im 20. Jahrhundert entwickelt und theoretisch fundiert wurde. Ein prominenter Vertreter ist der englische Historiker Lawrence Stone (1919–1999), der in seinem 1971 erschienenen Aufsatz „Prosopography“ die folgende grundlegende Definition der „collective biography“¹⁴⁰ liefert:

„Prosopography is the investigation of the common background characteristics of a group of actors in history by means of a collective study of their lives. The method employed is to establish a universe to be studied, and then to ask a set of uniform questions

¹³⁵ Die Hälfte der Macht den Frauen – Meilensteine der Frauenbewegung, Archiv Grünes Gedächtnis, Gend 780-78, S. 4.

¹³⁶ <http://bettina-jarasch.de/frauen-und-macht-und-gruene-quoten/> (Zugriff: 8.3.2018).

¹³⁷ Briatte-Peters, Anne-Laurie: Die Grünen auf die Probe gestellt – die Geschlechterparität zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Jahrbuch Grünes Gedächtnis 2014/2015, S. 55, https://www.boell.de/sites/default/files/boell-stiftung_gruenes-gedaechtnis-2015_v01_kommentierbar.pdf (Zugriff: 8.3.2018).

¹³⁸ Zu den terminologischen Problemen dieser Gleichsetzung vgl. Schröder, Wilhelm Heinz: Kollektivbiographie: Spurensuche, Gegenstand, Forschungsstrategie, in: Historical Social Research, Supplement 23, 2011, S. 127, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-337699> (Zugriff: 2.7.2018).

¹³⁹ Vgl. Gallus, Alexander: Biographik und Zeitgeschichte, in: APuZ 2005, <http://www.bpb.de/apuz/29309/biographik-und-zeitgeschichte?p=all> (Zugriff: 2.7.2018).

¹⁴⁰ Stone benutzte die Begriffe „prosopography“ und „collective biography“ synonym.

*– about birth and death, marriage and family, social origins and inherited economic position, place of residence, education, amount and source of personal wealth, occupation, religion, experience of office, and so on. The various types of information about the individuals in the universe are then juxtaposed and combined, and are examined for significant variables. They are tested both for internal correlations and for correlations with other forms of behavior or action.*¹⁴¹

Wesentliche Beiträge zur Weiterentwicklung der kollektivbiographischen Methode lieferte in den 1970er und 1980er Jahren auch die feministische Biographik in den USA.¹⁴²

In Deutschland war es der Historiker Wilhelm Heinz Schröder (*1946), der - am Kölner Zentrum für Historische Sozialforschung tätig – maßgeblich zur steigenden Akzeptanz des kollektivbiographischen Ansatzes unter den deutschen Historikern beitrug. Nach seiner Auffassung ist die Kollektive Biographie zu verstehen als „theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung eines historischen Personenkollektivs in seinem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext.“¹⁴³ Dabei verfolgt dieser Ansatz in Schröders Worten eine doppelte Erkenntnisrichtung:

„Kollektivbiographie lässt einerseits Rückschlüsse auf das Typische, das Allgemeine zu, d.h. auf allgemeinere gesellschaftliche Aggregate oder auf die Gesamtgesellschaft selbst – und dies ist zweifellos die eindeutig dominierende Erkenntnisrichtung in der Forschungspraxis.

*Andererseits lässt Kollektivbiographie auch den Rekurs auf das Untypische, das Abweichende, das Individuelle zu, d.h. auf kleinere gesellschaftliche Aggregate oder auf den individuellen Lebenslauf selbst.*¹⁴⁴

Diese doppelte Zielsetzung soll bei der nun folgenden Auswertung der Fragebögen an die Lengericher Ratsfrauen erkenntnisleitend sein.

¹⁴¹ Zitiert nach Schröder: Kollektivbiographie, a.a.O., S. 102. Übersetzung: „Prosopographie ist die Untersuchung der gemeinsamen Hintergrundmerkmale einer Gruppe von Akteuren in der Geschichte mittels einer kollektiven Studie über ihre Lebensläufe. Die angewandte Methode soll eine Grundgesamtheit herstellen und dann eine Reihe gleichartiger Fragen ermöglichen – nach Geburt und Tod, Heirat und Familie, nach sozialer Herkunft und ererbter ökonomischer Position, nach Wohnsitz, Bildung, Umfang und Quelle persönlichen Reichtums, Beruf, Religion, Berufserfahrung usw. Die verschiedenen Typen von Informationen über Individuen in der Grundgesamtheit werden dann vergleichend nebeneinandergestellt und kombiniert und nach signifikanten Variablen untersucht. Sie werden sowohl auf ihre inneren Korrelationen als auch auf ihre Korrelationen mit anderen Verhaltens- oder Aktionsformen hin getestet.“

¹⁴² Schröder: Kollektivbiographie, S. 83.

¹⁴³ Zitiert nach: Schüller, Elke: Politik- und Karriereverläufe von Kommunalpolitikerinnen, Eine Kollektive Biografie am Beispiel der Frankfurter Nachkriegspolitikerinnen, in: Gilhaus, Ulrike, Paulus, Julia, Kugler-Mühlhofer, Anne: Wie wir wurden, was wir nicht werden sollten, Essen 2010, S. 137.

¹⁴⁴ Schröder, Wilhelm Heinz: Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung, in: Schröder, Wilhelm Heinz (Hg.): Lebenslauf und Gesellschaft, Stuttgart 1985, S. 9.

Ein besonderes Problem, das bei der Auswertung der Fragebögen zu berücksichtigen ist, ist in der Tatsache begründet, dass es sich bei ihnen um „autobiographische Quellen“¹⁴⁵ handelt, die teilweise eine eher persönliche Einschätzung erfragen. Abgesehen davon, dass bei Fragen zur Vergangenheit die Erinnerung nicht immer mit der damaligen Wirklichkeit übereinstimmen muss, gilt es zu berücksichtigen, dass besonders die Antworten auf die Fragen, die eine Einschätzung verlangen, sehr subjektiv gefärbt sein können. Es stellt sich die Frage, wie ehrlich diese Fragen beantwortet werden: Möchte eine Ratsfrau auf aktuelle Fraktionskollegen Rücksicht nehmen? Möchte eine ehemalige Ratsfrau mit früheren Parteifreunden „abrechnen“?

Zur Minimierung dieser möglichen subjektiven Verzerrung wurden im Vorfeld einige Maßnahmen ergriffen: Das anonyme Ausfüllen des Fragebogens¹⁴⁶ und die Abgabe in einer städtischen Einrichtung sollten zur größtmöglichen Ehrlichkeit motivieren; bei der Anordnung der Antwortoptionen - bei den Fragen 9 und 10 - wurde darauf geachtet, dass tendenziell positive und negative Antworten gemischt aufgelistet waren, so dass die Befragten nicht einfach schematisch ankreuzen konnten. Darüber hinaus muss bei der Auswertung der einzelnen Fragebögen darauf geachtet werden, ob die Antworten in ihrer Gesamtheit im zweiten Teil zueinander passen.

4.2 Der Fragebogen

Der an 31 Ratsfrauen versandte Fragebogen¹⁴⁷ umfasst ein Anschreiben, in dem der Hintergrund der vorliegenden Studie und die Modalitäten der Abgabe und der Auswertung dargestellt werden, und den eigentlichen Fragebogen, bestehend aus dreizehn Fragen. Die ersten sechs Fragen sowie die achte Frage zielen auf Sachinformationen und überprüfbare Fakten bezüglich der einzelnen Frauen. Gefragt wird nach dem höchsten erreichten Bildungsabschluss (1), nach der beruflichen Tätigkeit (2) und dem Alter bei Eintritt in den Stadtrat (3) sowie nach ehrenamtlichen Tätigkeiten vor Eintritt in den Stadtrat (4). Weiterhin geht es um die Parteizugehörigkeit (5), den Zeitraum der Ratstätigkeit (6) und um die Dauer der Parteimitgliedschaft vor Eintritt in den Stadtrat (8). Bis auf Frage drei (Alter) gibt es Antwortvorgaben, wobei bei den Fragen eins, zwei, fünf und acht nur eine Antwort gegeben werden soll, während bei den Fragen vier und sechs Mehrfachantworten möglich sind.

Dies gilt auch für die Fragen nach den Motiven für die Kandidatur (7), nach Veränderungen, die die Mitarbeit im Stadtrat erleichtern würden (11) und – an ehemalige Ratsfrauen gerichtet – nach den Gründen für das Ausscheiden aus dem Stadtrat (12). Bei diesen drei Fragen gibt

¹⁴⁵ Schröder: Kollektive Biographien, a.a.O., S. 12.

¹⁴⁶ Interessanterweise gab es mehrere ehemalige Ratsfrauen, die den Fragebogen mit ausdrücklicher Nennung ihres Namens abgegeben haben.

¹⁴⁷ Vgl. Anhang 4.

es auch die Möglichkeit, weitere Gesichtspunkte unter „Sonstiges“ zu benennen. Die Fragen neun und zehn sind Skalenfragen. „Die Skalenfrage schafft die Möglichkeit die Zustimmung zwischen zwei Polen abzustufen. Dies führt oft zu besseren Ergebnissen als eine harte Alternativfrage. Die Skala beinhaltet eine Reihe von Antwortalternativen. Diese sind in einer geordneten und wertigen Reihenfolge.“¹⁴⁸ Im vorliegenden Fall wird mit einer fünf-stufigen Skala gearbeitet, die mit den Begriffen „immer“, „meist“, „teils, teils“, „selten“ und „niemals“ benannt sind. Bei Frage neun wird nach der Zusammenarbeit als Frau mit den übrigen Fraktionsmitgliedern gefragt; dabei sind sieben Aussagen sowie die Kategorie „Sonstiges“ vorgegeben. Frage zehn erfasst die Erfahrungen als Frau bei der Besetzung von Positionen und Ämtern in der Fraktion; hier gibt es fünf Statements sowie auch die Möglichkeit, weitere Aussagen unter „Sonstiges“ zu machen. Die letzte Frage (13) ist als offene Frage angelegt; hier haben die befragten Frauen in freier Form die Gelegenheit, zu weiteren Aspekten, Ereignissen und Entwicklungen Stellung zu nehmen.

4.3 Einzelergebnisse

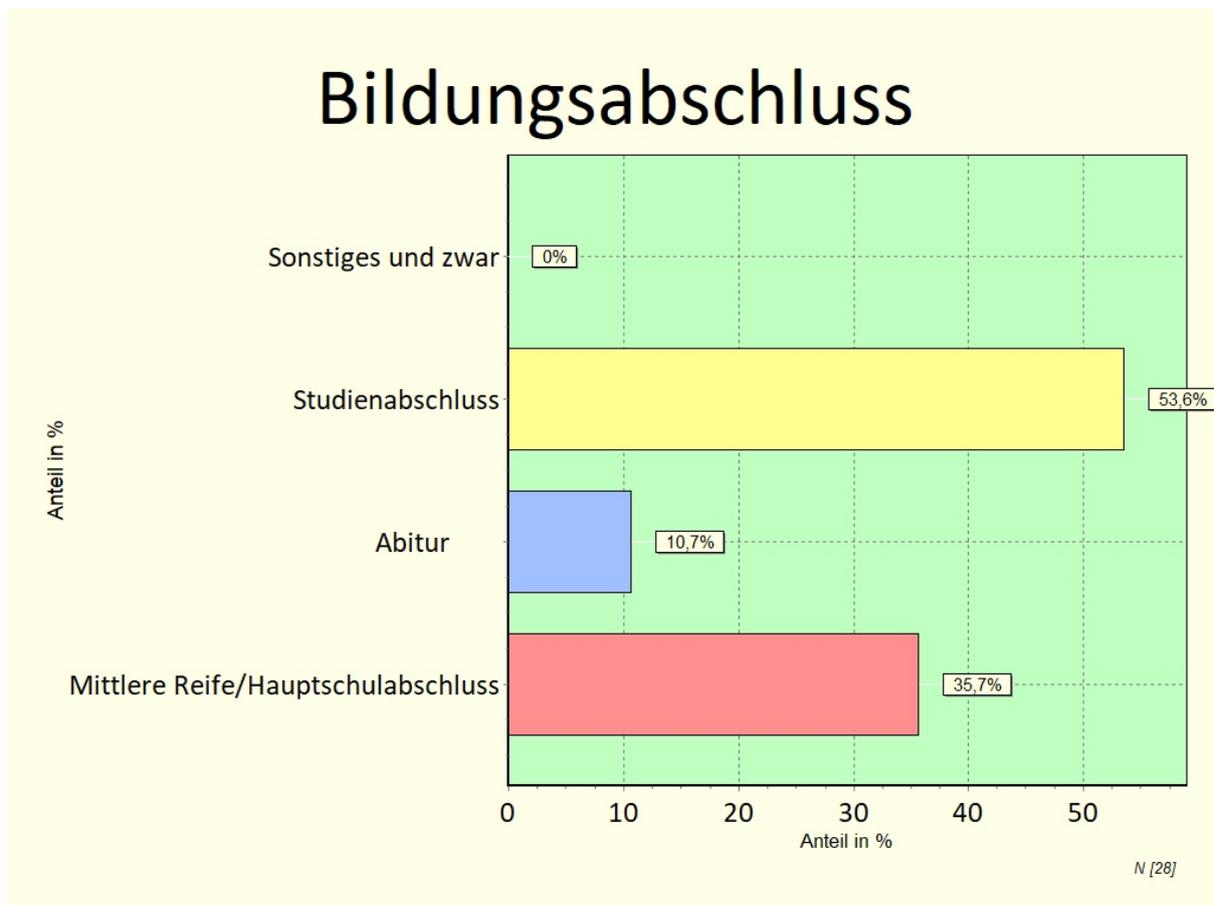
Von den insgesamt 43 Ratsfrauen, die es seit Kriegsende in Lengerich gegeben hat, konnten 31 durch einen Fragebogen erreicht werden¹⁴⁹ – 28 von ihnen haben den Fragebogen bearbeitet und abgegeben; dies entspricht einer Rücklaufquote von 90,3 Prozent. Interessant ist, dass zehn – fast ausschließlich – ehemalige Ratsfrauen die Antworten unter voller Nennung ihres Namens gaben, während die übrigen von der Möglichkeit der anonymen Abgabe des Fragebogens Gebrauch gemacht haben. Im Folgenden sollen zunächst die Antworten zu den dreizehn Fragen im Überblick¹⁵⁰ dargestellt werden, bevor im nächsten Unterkapitel einige Aspekte näher analysiert und problematisiert werden.

¹⁴⁸ <https://www.wirtschaftswiki.fh-aachen.de/index.php?title=Skalenfrage> (Zugriff: 9.9.2018).

¹⁴⁹ Die übrigen zwölf Damen sind entweder verstorben oder unbekannt verzogen.

¹⁵⁰ Vgl. Anhang 4.

Frage 1: Bildungsabschluss



Von den Befragten gaben 53,6 Prozent¹⁵¹ an, einen Studienabschluss zu haben, während die übrigen entweder einen Abschluss nach der zehnten Klasse (35,7 Prozent) oder das Abitur (10,7 Prozent) besitzen. Ergänzend kann festgestellt werden, dass die Anzahl der Ratsfrauen mit einem Studienabschluss in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen hat. Dies wird auch deutlich, wenn man die Ergebnisse der zweiten Frage betrachtet.

Frage 2: Berufliche Tätigkeit

Die Antworten zu dieser Frage ergeben ein breit gefächertes Bild. Die befragten Frauen kommen aus sehr unterschiedlichen Berufen; zwar bilden die Hausfrauen eine kleine Mehrheit, aber auch Lehrerinnen, Erzieherinnen, Angestellte und Sozialpädagoginnen sind mehrfach vertreten. Seltener werden hingegen Berufe wie selbständige Unternehmerin, Handwerkerin, Juristin oder Schülerinnen und Studentinnen genannt – der letzte Aspekt hängt eng mit der Altersstruktur zusammen.¹⁵²

¹⁵¹ Bei den nachfolgenden Auswertungen werden die Prozentzahlen – mit Rücksicht auf eine bessere Lesbarkeit - nur bis zur ersten Stelle nach dem Komma angegeben.

¹⁵² Eine Betrachtung der Berufe aller 43 Ratsfrauen verändert dieses Bild allerdings; Näheres dazu im folgenden Unterkapitel 4.4.

Frage 3: Alter

Bei dieser Frage reicht die Altersspanne von 18 bis 57 Jahren. Interessant ist dabei der Blick auf die einzelnen Altersgruppen: Die Hälfte derjenigen, die den Fragebogen abgegeben haben, stammen allein aus der Gruppe der 40-49-Jährigen; 21,4 Prozent der Ratsfrauen waren zwischen 18 und 27 Jahren bei Eintritt in den Stadtrat. Jeweils mit 14,2 Prozent sind die 30-39-Jährigen und die 50-57-Jährigen vertreten. Ein Blick auf die Gesamtheit aller 43 Ratsfrauen¹⁵³ verändert dieses Ergebnis nicht signifikant; nur eine Ratsfrau war, als sie 1994 in den Stadtrat kam, bereits 64 Jahre alt.

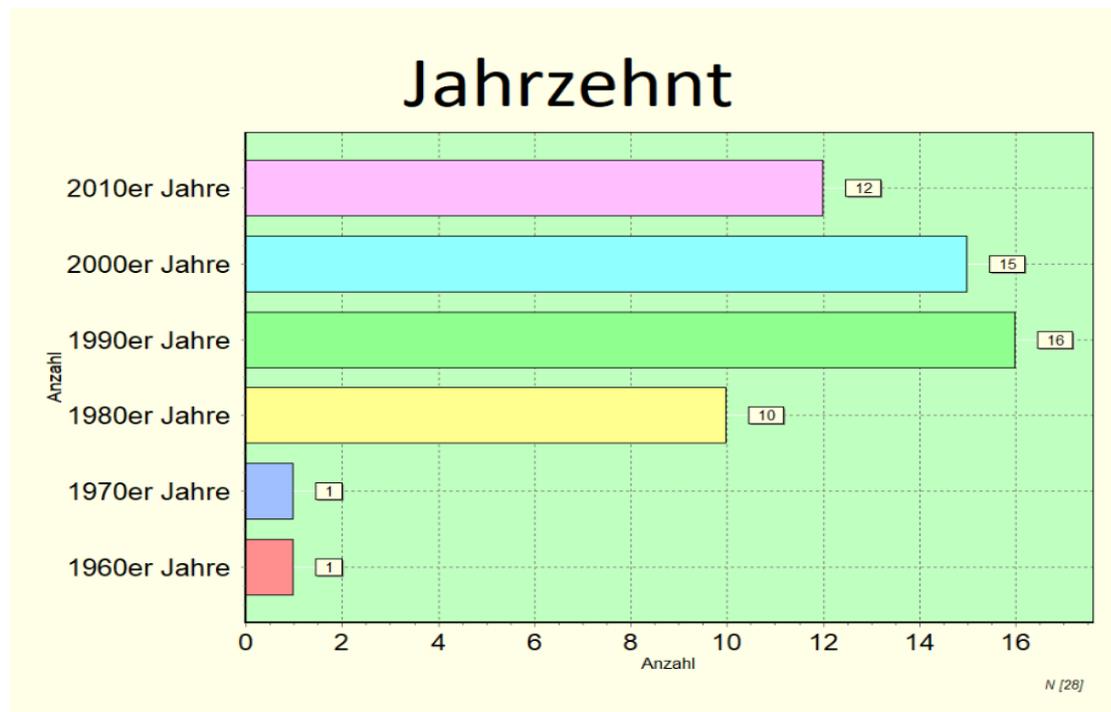
Frage 4: Ehrenamtliche Tätigkeiten

Bei 19 der abgegebenen Fragebögen wurde die Frage nach einer ehrenamtlichen Tätigkeit vor Eintritt in den Stadtrat bejaht. Dabei waren Kindergarten bzw. Schule (42,1 Prozent) und die Vereine (36,8 Prozent) die am häufigsten genannten Betätigungsfelder; aber die Frauen hatten sich auch in kirchlichen Organisationen, bei der AWO oder in Jugendorganisationen der Parteien engagiert.

Frage 5: Parteizugehörigkeit

Von den Fragebögen kamen acht von CDU-Frauen, vierzehn von SPD-Frauen, zwei von FDP-Frauen und vier von Frauen der Grünen. Diese Zahlen spiegeln eine sehr hohe Rücklaufquote wider, denn nur drei Fragebögen – verschickt an Ratsfrauen der Grünen und der SPD – blieben unbeantwortet.

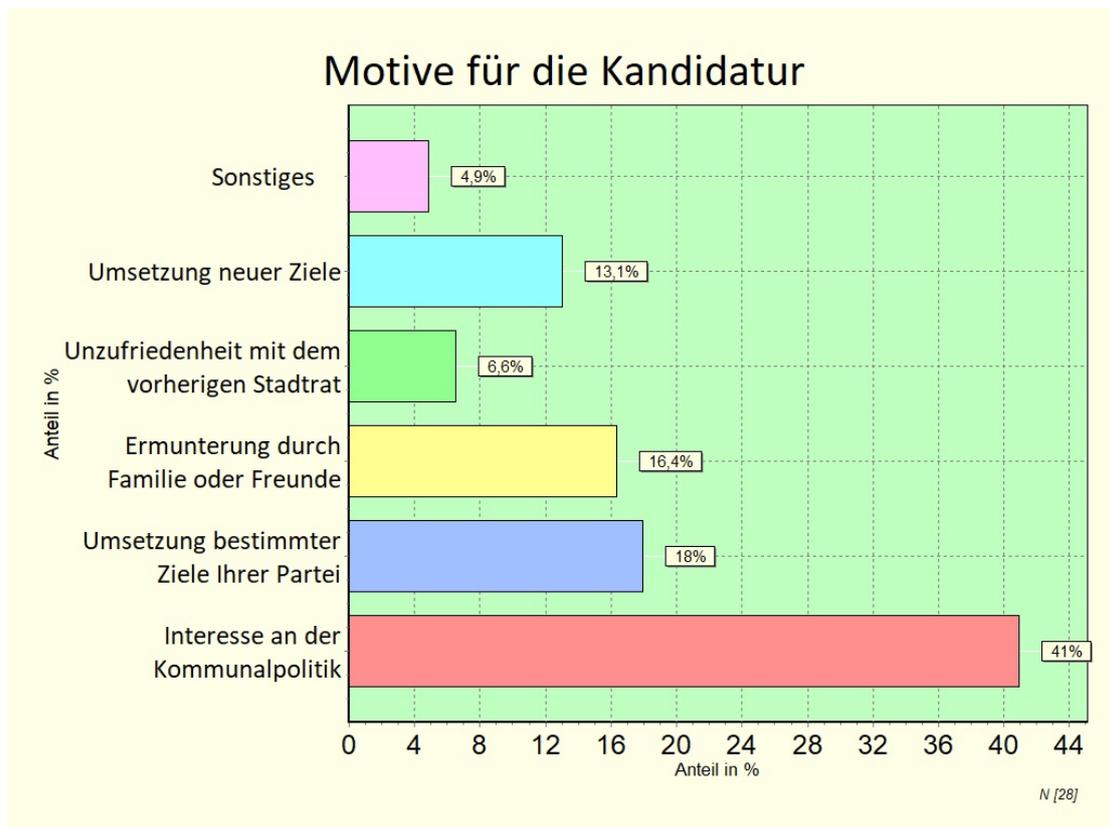
Frage 6: Jahrzehnt der Ratstätigkeit



¹⁵³ Bei zwei Ratsfrauen der Vergangenheit ist mir das Alter bei Eintritt in den Rat nicht bekannt.

Der Zeitraum, in dem die 28 Ratsfrauen tätig waren, umfasst beinahe die gesamten letzten 50 Jahre – frühere Ratsfrauen sind leider inzwischen verstorben. Erfreulich und wichtig für diese Studie ist, dass nicht nur aktuelle, sondern auch frühere Ratsfrauen – aus den 1980er und 1990er Jahren geantwortet haben, so dass im Ansatz eine historische Entwicklung untersucht werden kann.

Frage 7: Motive für eine Kandidatur



Bei der überwiegenden Mehrheit der Fragebögen wurde das Interesse an der Kommunalpolitik als Motiv für eine Ratskandidatur angegeben; einige Frauen (11) traten an, um bestimmte Ziele ihrer Partei umzusetzen, und für einige (10) war die Unterstützung durch ihr Umfeld wichtig. Eine Minderheit (4) kandidierte, weil sie mit der Arbeit des vorherigen Stadtrats unzufrieden war – drei Frauen von ihnen wollten sich, wie fünf weitere Ratsfrauen, für neue Ziele in der Politik einsetzen. Näheren Aufschluss zu diesem letzten Aspekt geben die freien Antworten: Während eine Ratsfrau mehr Bürgerbeteiligung anstrebte, wollten die beiden anderen sich stärker für Umweltbelange einsetzen.

Frage 8: Dauer der Parteimitgliedschaft

59,3 Prozent der Befragten waren bei Einzug in den Stadtrat erst seit wenigen Jahren in ihrer Partei, während ein Drittel bereits eine Mitgliedschaft von 6-10 Jahren hatte. Lediglich zwei

Mitgliedschaft

Nennung	Anzahl
1-5 Jahre	16
6-10 Jahre	9
11-20 Jahre	2
mehr als 20 Jahre	0
Summe	27

N (27)

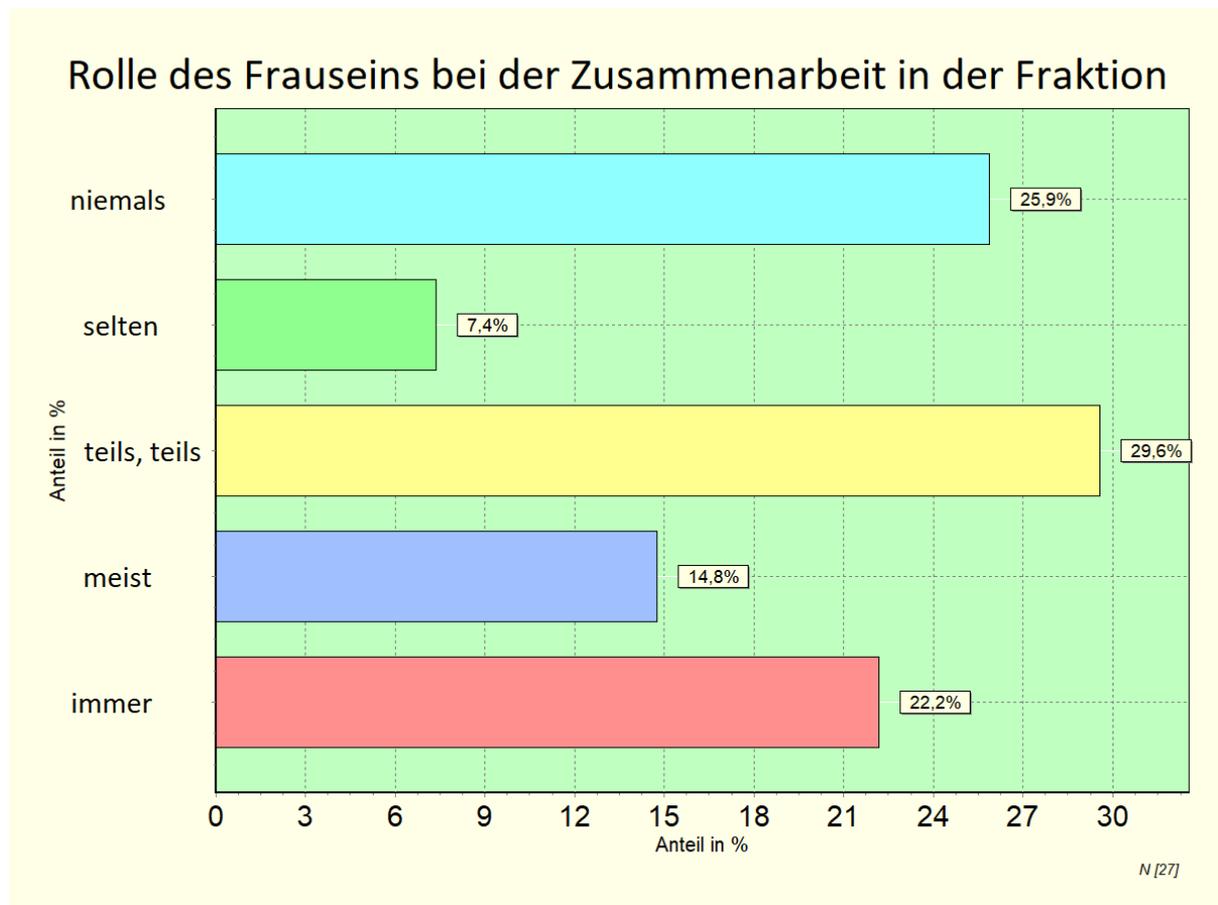
Frauen (7,4 Prozent) engagierten sich schon seit mehr als zehn Jahren in der Partei, bevor sie ein Ratsmandat errangen.

Frage 9: Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit der Fraktion

Die Antworten auf diese Frage ergeben – auf den ersten Blick – ein relativ einheitliches, überwiegend positives Bild. Die Mehrheit der Frauen empfindet die Zusammenarbeit als kooperativ und fühlt(e) sich unterstützt (59,26 Prozent).¹⁵⁴ Rivalität wird überwiegend nicht als Problem empfunden (69,23 Prozent) und die Mehrheit (59,25 Prozent) fühlt(e) sich in ihrer Arbeit wertgeschätzt. Bei der Frage nach der Diskussionskultur innerhalb der eigenen Fraktion gibt es zwar auch eine Mehrheit (55,55 Prozent), die diese in der Regel als angemessen empfinden, aber auch eine größere Minderheit (25,93 Prozent), die selten damit zufrieden sind. Ähnlich sieht es aus bei dem Aspekt „Ernstgenommen werden“: Die Mehrheit (65,38 Prozent) bejaht das überwiegend, aber immerhin 19,23 Prozent sagen, dass sie sich meist nicht ernstgenommen fühl(t)en. Die Aussagen zur Rolle als Frau innerhalb der Fraktion ergeben ein etwas breiter gefächertes Bild und sollen nachfolgend auch grafisch dargestellt werden. Die Einschätzungen der 27 Ratsfrauen beziehen sich auf den Satz „Dass ich eine Frau bin, spielt(e) hier [gemeint ist bei der Zusammenarbeit in der Fraktion] keine Rolle.“¹⁵⁵

¹⁵⁴ Bei den Prozentzahlen zu dieser Frage ist zu beachten, dass nicht alle Aussagen von sämtlichen Frauen bewertet wurden.

¹⁵⁵ An dieser Stelle muss selbstkritisch angemerkt werden, dass die Verneinung in diesem Satz besser hätte vermieden werden sollen, denn bei einigen Fragebögen scheinen die Konsequenzen der doppelten Verneinung „keine – niemals“ – verglichen mit den übrigen Antworten zu Frage neun – nicht völlig bewusst gewesen zu sein.



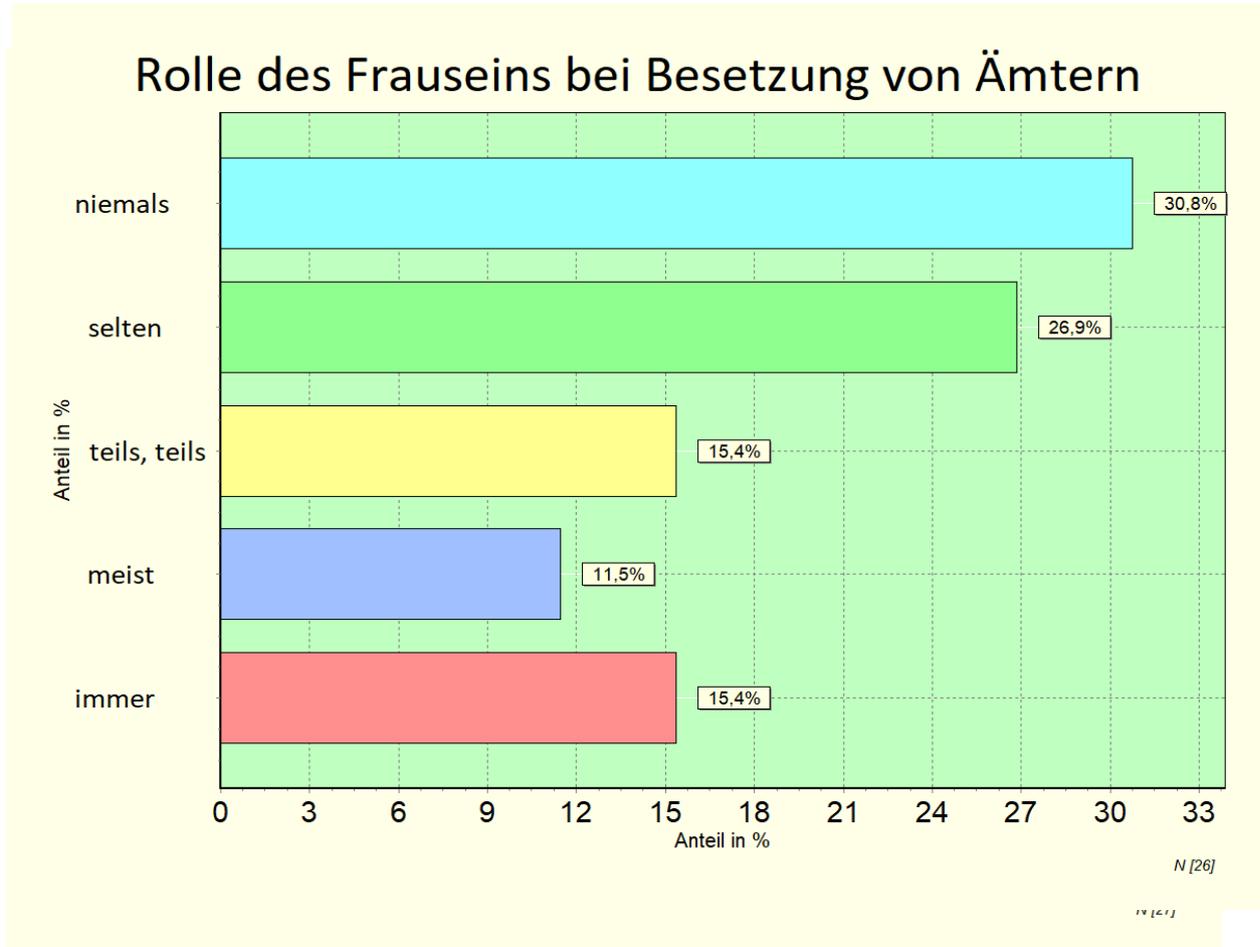
Dieses heterogene Bild zeigt sich auch in den vier freien Antworten zu dieser Frage. Während eine Ratsfrau ausdrücklich betont, dass in ihrer Fraktion weder das Alter noch das Geschlecht eine Rolle spielen, werden genau diese Aspekte von Frauen einer anderen Fraktion problematisiert. Bestimmte Gremien seien nur „alten Hasen“ vorbehalten; eine Ratsfrau sah sich als Mutter – auch von weiblichen Fraktionsmitgliedern - im Stadtrat diskriminiert.

Frage 10: Besetzung von Ämtern und Positionen

Auch hier fühlt(e) sich eine Mehrheit der Ratsfrauen (55,56 Prozent)¹⁵⁶ durch die übrigen Fraktionsmitglieder unterstützt, wobei Rivalität durchaus eine Rolle spielt(e), wie die folgende Grafik demonstriert. Nur eine kleine Minderheit (9,52 Prozent) erklärt, dass sie an Ämtern in der Fraktion und im Stadtrat kein Interesse hat(te). Das gilt auch für die Wahrnehmung als „Quotenfrau“ – nur zwei Frauen (7,69 Prozent) empfanden sich in dieser Rolle, während eine breite Mehrheit (61,54 Prozent) diese Aussage ablehnt. Ähnlich wie bei Frage 9 gibt es auch hier zu der Aussage „Dass ich eine Frau bin, hat hier [bei der Besetzung von Ämtern und Positionen] keine Rolle gespielt“¹⁵⁷ recht heterogene Antworten, wie die zweite nachfolgende Grafik zeigt.

¹⁵⁶ Auch bei Frage 10 ist zu beachten, dass nicht alle Aussagen von sämtlichen Frauen bewertet wurden.

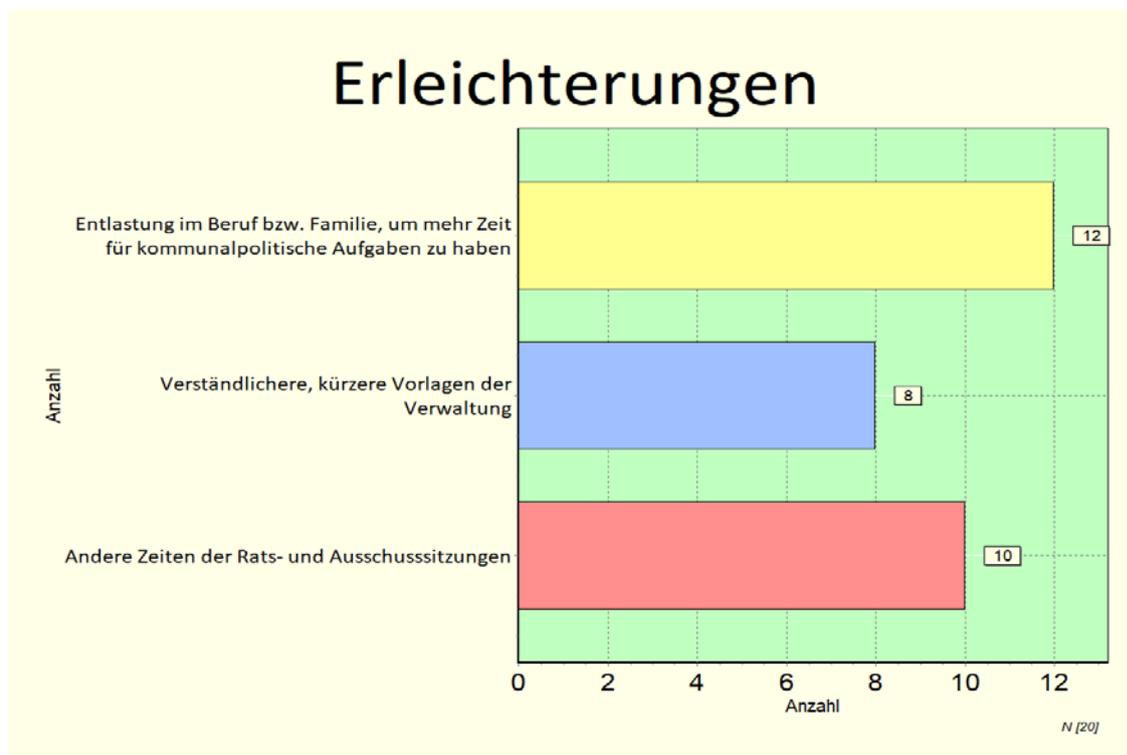
¹⁵⁷ Hier ist ebenfalls selbstkritisch zu fragen, ob die Aussage „Dass ich eine Frau bin, hat hier eine Rolle gespielt“ nicht verständlicher gewesen wäre.



Bei der Frage 10 wurde nur zweimal von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, in freier Form ergänzende Aspekte einzubringen. Dabei verweisen beide Aussagen auf das bereits erwähnte Altersproblem und führen aus, dass Ämter und Positionen nur nach längerer „Bewährung“ vergeben wurden.

Frage 11: Mögliche Veränderungen der Ratsarbeit

Diese Frage wurde von 20 (von 28) Ratsfrauen beantwortet; interessant ist, dass alle vorgestellten Ideen zur Erleichterung der Mitarbeit im Stadtrat mehrfach ausgewählt wurden.



Bei den acht ergänzenden Kommentaren fällt auf, dass die Dauer der Sitzungen ein zentrales Anliegen ist – sowohl von Fraktions- als auch von Ratssitzungen. Dies könne dadurch erreicht werden, dass insgesamt zielgerichteter diskutiert werde; außerdem sollten bei einer längeren Tagesordnung lieber zwei Termine anberaumt werden, so dass keine Sitzungen bis abends 22 Uhr notwendig sind.

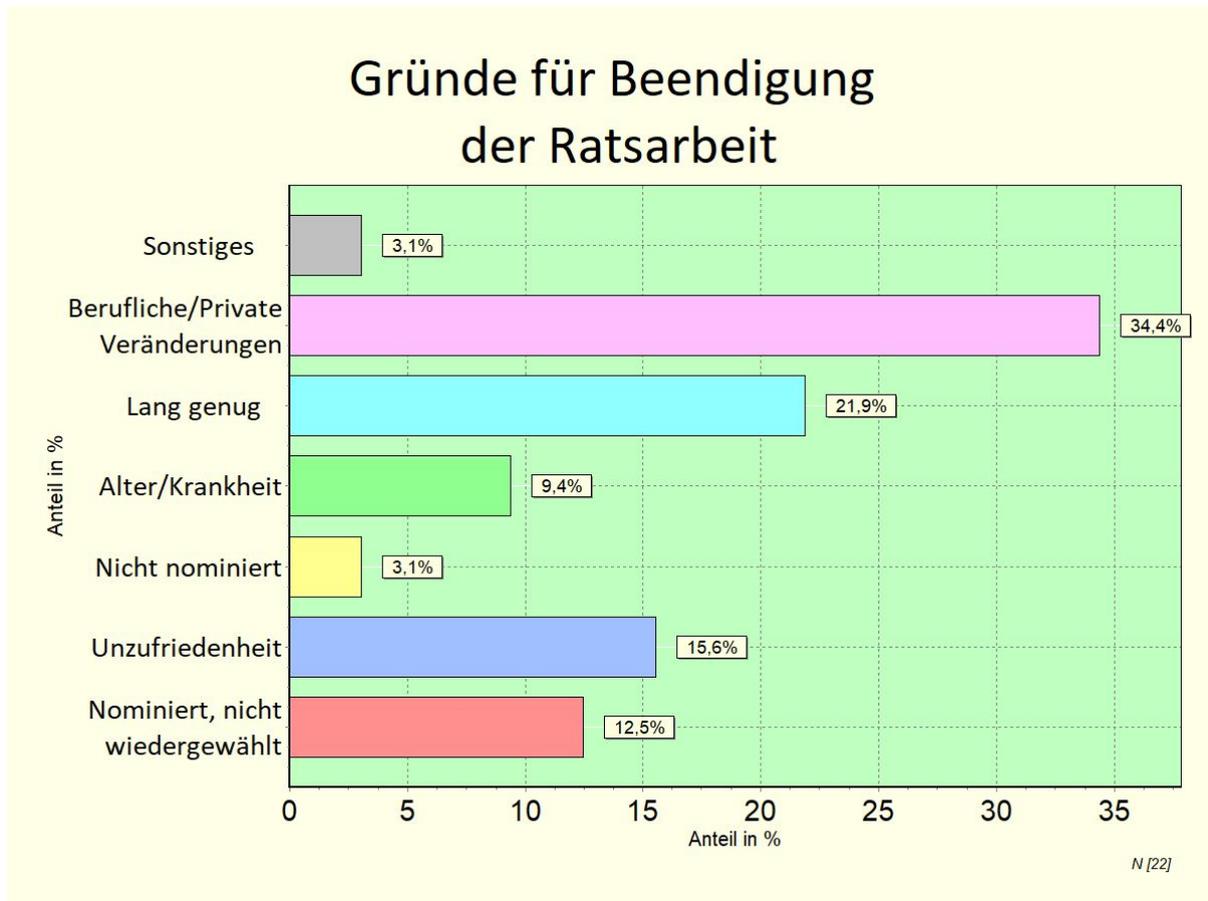
Frage 12: Gründe für das Ausscheiden aus dem Stadtrat

Diese Frage, die sich an ehemalige Ratsfrauen richtet, hätten eigentlich nur 19 Frauen¹⁵⁸ bearbeiten sollen, tatsächlich haben aber 22 Ratsfrauen geantwortet – dabei waren Mehrfachnennungen möglich.¹⁵⁹ Der Hauptgrund für die Beendigung der Ratstätigkeit waren berufliche oder familiäre Gründe (11 mal genannt), Alter oder Krankheit (3 mal genannt) oder der Eindruck, „es lange genug gemacht“ zu haben (7 mal genannt). Andere waren nominiert, wurden aber nicht wiedergewählt (4 mal genannt); einige sind aus dem Rat ausgeschieden, weil sie mit der Arbeit im Rat unzufrieden waren (5 mal genannt).¹⁶⁰

¹⁵⁸ Zwölf der angesprochenen Ratsfrauen sind Mitglieder des aktuellen Stadtrates.

¹⁵⁹ Dadurch kam es zu insgesamt 32 Nennungen.

¹⁶⁰ Bei der folgenden Grafik beziehen sich die Prozentwerte immer auf die zu dieser Frage ausgefüllten 22 Fragebögen



Frage 13: Ergänzende Kommentare

Aus Gründen des Datenschutzes und um die zugesagte Vertraulichkeit zu wahren, können die zehn abgegebenen Kommentare an dieser Stelle weder detailliert wiedergegeben noch auszugsweise abgedruckt werden. Soviel kann aber wohl festgehalten werden: Die meisten Beiträge kreisen um die Frage, wie die Ratsarbeit in Zukunft für Frauen – insbesondere für die jüngeren – attraktiver gemacht werden kann. Dabei werden Gesichtspunkte wie das Verhältnis von Alt und Jung im Rat, eine bessere Vernetzung der Frauen, die Aufhebung des Fraktionszwanges oder gesellschaftliche Maßnahmen zur Ermöglichung einer stärkeren politischen Partizipation von Frauen thematisiert. Auf all diese Themen wird im folgenden Kapitel noch näher einzugehen sein.

An dieser Stelle soll die doppelte Zielsetzung des kollektivbiografischen Ansatzes aufgegriffen werden, den besonders Wilhelm Heinz Schröder vertritt.¹⁶¹ Einerseits kann man anhand der Umfrageergebnisse ein idealtypisches Bild einer Kommunalpolitikerin in Lengerich seit den 1980er Jahren gewinnen: Sie ist gut gebildet, berufstätig, stammt aus der Altersgruppe der 40-49-Jährigen, hat vor ihrer Ratstätigkeit bereits ein Ehrenamt bekleidet und gehört der SPD

¹⁶¹ Vgl. dazu Kapitel 4.1, S. 28.

an. Sie hat ein starkes Interesse an der Kommunalpolitik und beendet ihre Ratstätigkeit, wenn es berufliche oder familiäre Veränderungen gibt.

Dieses Bild einer „typischen“ Ratsfrau in Lengerich korrespondiert in mehreren Bereichen mit dem Bild, das die eingangs erwähnte Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2014¹⁶² entwirft: Auch hier ist die Rede von Frauen in der zweiten Lebenshälfte, die gut ausgebildet sind und sich vorher ehrenamtlich engagiert haben. Die Mehrheit von ihnen ist berufstätig und hat bereits seit Jahrzehnten in der Stadt gelebt, in der sie im Rat tätig ist.¹⁶³

Andererseits schärft dieser kollektivbiografische Ansatz auch den Blick für „das Untypische, das Abweichende, das Individuelle.“¹⁶⁴ Zugleich werden wichtige Fragen im Hinblick auf mögliche neue Ratsfrauen aufgeworfen: Welche Chancen der Mitarbeit haben junge Frauen, die im Ort noch nicht sehr bekannt sind? Wie sieht es aus mit Frauen, die keinen Hochschulabschluss haben oder keiner bezahlten Berufstätigkeit nachgehen? Ist der lokale Politikbetrieb, in dem die Männer nach wie vor dominant sind, bereit zur Veränderung oder werden solche „untypischen“ Frauen von dieser Form der politischen Partizipation ausgeschlossen?

4.4 Auswertung und Analyse

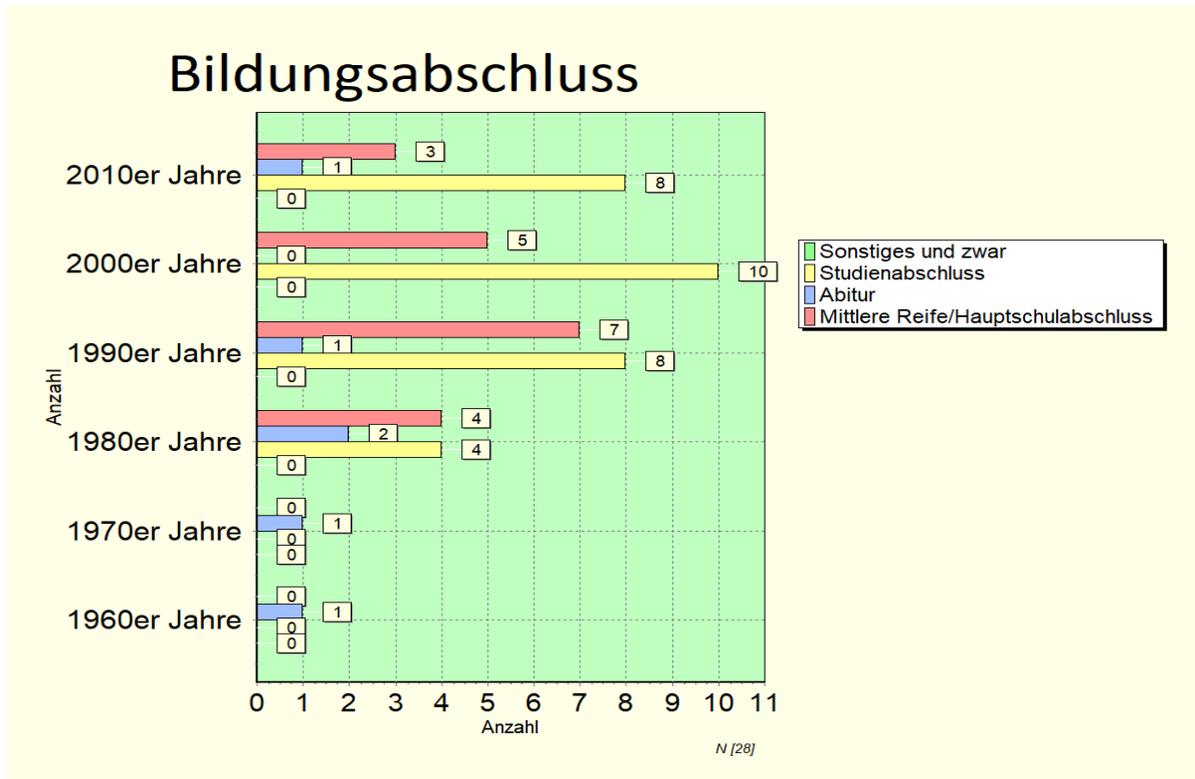
Eine genauere Analyse der Umfrageergebnisse muss natürlich immer berücksichtigen, dass die Datenbasis mit 28 Fragebögen sehr begrenzt ist und allzu generalisierende Ergebnisse nicht gefunden werden können. Dennoch lassen sich an einigen Stellen interessante Tendenzen erkennen, die im Folgenden dargestellt werden sollen.

¹⁶² Vgl. Kletzing, Uta, Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort, a.a.O., S. 13-17.

¹⁶³ Der letztere Aspekt ist in der vorliegenden Studie nicht erfragt worden.

¹⁶⁴ Schröder: Kollektive Biographien, S. 9.

Aufschlussreich ist der Blick auf den Bildungsabschluss und den Beruf der Ratsfrauen in den unterschiedlichen Nachkriegs-Zeiträumen. Auffallend ist dabei in den letzten 25 Jahren die



starke Zunahme der Anzahl von Ratsfrauen, die einen Studienabschluss besitzen. Dies korrespondiert mit den Angaben zum ausgeübten Beruf bei Eintritt in den Stadtrat; während bis Ende der 1970er Jahre die weit überwiegende Mehrheit der Ratsfrauen als Hausfrauen in den Rat kamen¹⁶⁵ - in einem Fall wurde bei Anna Dunkel als Berufsangabe die Bezeichnung „Ehefrau“(!) angegeben¹⁶⁶ -, gibt es im gegenwärtigen Stadtrat nur Frauen, die einer bezahlten beruflichen Tätigkeit nachgehen. Dies reflektiert natürlich die bundesdeutsche Entwicklung der Berufstätigkeit der Frauen in den letzten Jahrzehnten; andererseits kann man sich auch einige Fragen stellen: Ist die Arbeit im Rat inzwischen so kompliziert, dass im Beruf erworbene Fertigkeiten beinahe unerlässlich sind? Können nur solche Frauen im Stadtrat mitarbeiten, die in ihrem Beruf Durchsetzungsfähigkeit „trainiert“ haben?

Besonders in den freien Kommentaren, die die Befragten am Ende des Fragebogens abgeben konnten, wird die Thematik von Jung und Alt im Stadtrat häufig thematisiert. Deshalb soll dieser Aspekt hier besonders in den Blick genommen werden. Eine Auswertung der Frage nach der Anzahl von Ratsfrauen, die am Anfang ihrer Ratstätigkeit jünger als 30 Jahre waren, ergibt für die verschiedenen Parteien folgendes Bild:

¹⁶⁵ Vgl. dazu den Überblick, Anhang 3.

¹⁶⁶ Ratsprotokoll vom 2.11.1948, Stadt Lengerich, Bürgermeisteramt.

CDU	SPD	FDP	Grüne
1	4	---	1

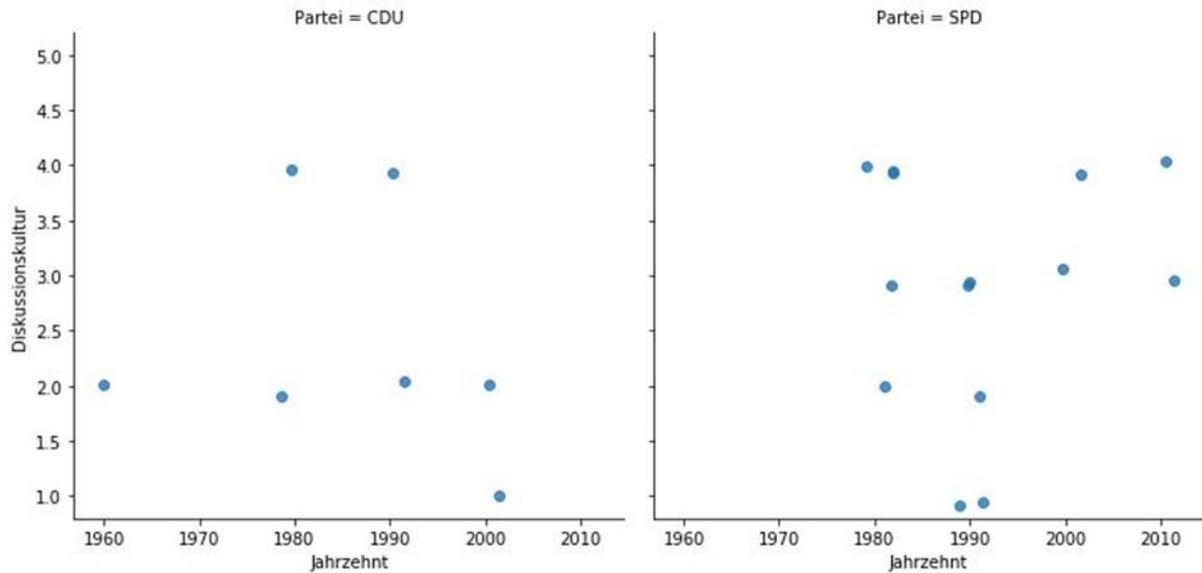
Dieses Ergebnis korrespondiert ungefähr mit der Verteilung der Ratsfrauen auf die einzelnen Parteien.¹⁶⁷ Interessanter ist es, den Zusammenhang zwischen den Altersgruppen und der Einschätzung der Arbeit im Rat (Fragen neun und zehn des Fragebogens) zu betrachten. Leider unterscheidet das verwendete Statistikprogramm¹⁶⁸ nur zwischen Frauen bis einschließlich 37 Jahren (im Folgenden als jüngere Frauen bezeichnet) und den Frauen, die älter sind. Dennoch lassen die Daten einige wichtige Erkenntnisse zu; während bei der Einschätzung der Aussage „Die anderen Fraktionsmitglieder unterstütz(t)en mich“ nur geringe Unterschiede zwischen den beiden Altersgruppen festzustellen sind, verändert sich das Bild bei anderen Thesen in bemerkenswerter Weise. Sowohl bei den Aspekten „Wertgeschätzt werden“, „Diskussionskultur in der eigenen Partei“ und „Ernstgenommen werden“ (Frage 9) als auch bei der „Rivalität bei der Besetzung von Ämtern“ (Frage 10) ist eine eindeutige Divergenz zwischen den jüngeren und älteren Frauen zu ermitteln. Bei allen Aspekten kommen die jüngeren Frauen zu deutlich negativeren Urteilen, und zwar quer durch alle Parteien. Angesichts dieses Befundes stellen sich auch hier Fragen: Ist es für Jüngere schwer, gegen die „Mauer“ der „alten Hasen“ anzukommen, wie eine Befragte äußerte? Kann es sein, dass verdiente Lokalpolitiker ihre erworbene Position und den damit verbundenen Einfluss verteidigen wollen, ohne den Jüngeren eine faire Chance zu geben? Oder beginnen jüngere Menschen ihre Ratsarbeit mit Erwartungen, die sich im Rahmen der Lokalpolitik nicht umsetzen lassen? Wie will der Stadtrat, wie wollen die Parteien jüngere Menschen – Frauen und Männer - gewinnen, die sich in der Ratspolitik engagieren?

Eine weitere Frage, die sich bei der Analyse des Datenmaterials stellt, lautet: Hat sich die weibliche Wahrnehmung der Ratsarbeit im Laufe der Zeit verändert? Angesichts der schmalen Datenlage kann man an dieser Stelle keine validen Aussagen über die Ratsfrauen der FDP und der Grünen treffen; bezogen auf die CDU und die SPD soll eine Antwort an zwei Beispielen versucht werden.

¹⁶⁷ Vgl. Abschnitt 4.3 dieser Arbeit.

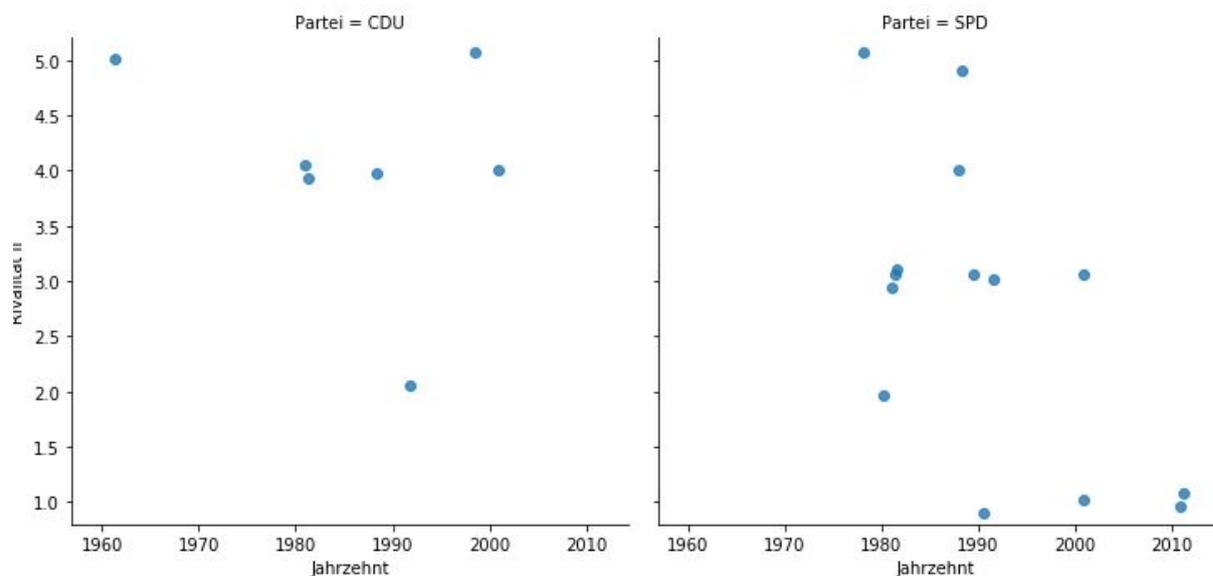
¹⁶⁸ GrafStat V. 4.448, 2018.

Eine Einschätzungsfrage im Fragebogen lautete: „Die Diskussionskultur und die Umgangsformen in meiner Fraktion kommen/kamen meiner Art entgegen.“ Bei den Antworten steht die Ziffer 1 für immer und 5 für niemals.



Eine erste Einschätzung der (zahlenmäßig begrenzten) Antworten zeigt, dass sich die Ratsfrauen der CDU überwiegend wohlfühlen bzw. wohlgeföhlt haben, während bei der SPD eine größere Bandbreite vorliegt – immerhin 25 Prozent der sozialdemokratischen Ratsfrauen haben angegeben, sich selten wohlgeföhlt zu haben.

Dieser Befund kann an einem zweiten Beispiel bestätigt werden; hinsichtlich der Besetzung von Positionen und Ämtern in der Fraktion gab es diese These: „Rivalität spielt(e) hier eine Rolle.“ Auch diesmal steht die Ziffer 1 für immer und 5 für niemals.



Auch hier zeigt sich, dass bei der CDU die positive Einschätzung überwiegt, während bei der SPD fünf von 14 Antworten auf eine starke Rivalität verweisen; nur drei Frauen haben die Ämtervergabe offensichtlich als (überwiegend) harmonisch erlebt. Auf diese stichprobenartigen Befunde wird später noch einmal einzugehen sein.

5. Kritische Zusammenfassung und Perspektiven für die Zukunft

Diente das vorherige Kapitel primär der Bestandsaufnahme der Situation im Lengericher Stadtrat, so soll in diesem Schlusskapitel der ermittelte Befund im Kontext des allgemeinen politischen Diskurses analysiert werden; zudem wird es um die perspektivische Frage gehen, wie in Zukunft eine Veränderung der nach wie vor unbefriedigenden politischen Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zu erreichen ist. Um diese Thematik mit Blick auf die lokalen Gegebenheiten vertiefen zu können, habe ich nach Auswertung der 28 Fragebögen mit je einer Vertreterin der vier Ratsfraktionen ein – weitgehend identisches – Interview geführt. Nach einer Eingangsfrage, die auf die jeweilige parteipolitische Situation zugeschnitten war, ging es im Folgenden um diese Themen: Frauenquote, Gewinnung von Frauen für die eigene Fraktion, mögliche Gründe für eine Ablehnung, Ideen zur Werbung von jungen Menschen für die Lokalpolitik, die Rolle einer ehrenamtlichen Tätigkeit, mögliche Optionen zur Erleichterung für die Mitarbeit im Rat.

5.1 Gründe der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik

Zur Einordnung der Ergebnisse aus Lengerich soll im Folgenden besonders auf zwei Arbeiten zurückgegriffen werden: zum einen auf die Studie „Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen“, die 2014 von Uta Kletzing und Helga Lukoschat von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt worden ist. Zum anderen sind hier die Arbeiten der Soziologin Beate Hoecker zu nennen.

In einem 2007 veröffentlichten Aufsatz benennt Beate Hoecker besonders drei Gründe, warum Frauen auf kommunaler Ebene nicht „für ein politisches Mandat aufgestellt“ werden: ein fehlender „lokaler Bekanntheitsgrad“, geringe „zeitliche Abkömmlichkeit“ und ein Mangel an Sachkompetenz.¹⁶⁹ Da bei den Kommunalwahlen der individuelle Bekanntheitsgrad eine relativ große Rolle spielt, ist dies sicherlich ein wichtiges Kriterium. Dazu passt, dass bei meiner Umfrage immerhin 19 (von 28) Frauen angegeben haben, vor Eintritt in den Stadtrat eine

¹⁶⁹ Hoecker, Beate: Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?, in: Holtz-Bacha, Christina, König-Reiling, Nina: Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen, Wiesbaden 2007, S. 59. Die beiden erstgenannten Gründe führt auch die Studie von Kletzing und Lukoschat auf; vgl. Engagiert vor Ort, a.a.O., S. 8f.

ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt zu haben – viele haben dadurch wichtige Erfahrungen gesammelt und ein bestimmtes Maß an Bekanntheit erlangt. Die Vertreterinnen der vier Ratsfraktionen haben zwar alle verneint, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit eine notwendige Voraussetzung für die Lokalpolitik sei, andererseits aber erklärte die Mehrzahl von ihnen, dass sie bei der Suche nach neuen weiblichen Parteimitgliedern darauf achten, ob und wie eine Frau sich bisher im lokalen Raum positioniert hat.

Ein zentraler Aspekt bei der Suche nach Gründen ist der Zeitfaktor; „Kommunalpolitik ist zeitaufwendig.“¹⁷⁰ Ein erfolgreiches Mitwirken im Stadtrat beinhaltet eine Vielzahl von Terminen (Fraktions-, Ausschuss- und Ratssitzungen), die häufig bis spät in den Abend gehen; zudem finden häufig auch informelle Treffen statt, in denen manche Entscheidungen vorbereitet werden. Für viele Frauen bedeutet dies, dass „Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und politische[s] Mandat [...] vorwiegend nur im zeitlichen Nacheinander möglich“ sind.¹⁷¹ Die Ergebnisse meiner Umfrage stützen diese These: Während die Zahl der Frauen, die bei Eintritt in den Stadtrat unter 30 Jahre alt waren, sehr überschaubar ist, stammt allein die Hälfte der befragten Frauen aus der Gruppe derjenigen, die im Alter zwischen 40 und 49 Jahren die Ratsarbeit begonnen haben¹⁷² – also eine Lebensphase, in der die Kinder „aus dem Größten“ heraus sind.

An dieser Stelle wird deutlich, dass die Frage einer politischen Partizipation von Frauen sehr eng mit tradierten Rollenvorstellungen verbunden ist. Auch wenn sich der gesellschaftliche Status der Frauen in den letzten Jahrzehnten gewandelt hat – in Lengerich z.B. daran zu erkennen, dass derzeit nur berufstätige Frauen im Stadtrat vertreten sind -, so kann man dennoch mit Sonia Mikich festhalten, dass die alten Rollenvorstellungen nach wie vor tief verwurzelt sind.¹⁷³ Solange Frauen keine PartnerInnen haben, die sie bei der Familienarbeit in einer über das Übliche hinausgehenden Form entlasten, bleibt ihnen der Zugang zum „politisch-administrativem System“ verwehrt.¹⁷⁴ Allerdings streben viele Frauen auch kein Engagement in diesem System an; die früher häufig geäußerte These, „dass sich Frauen nun einmal weniger für Politik interessieren“¹⁷⁵, greift hier eindeutig zu kurz. Erwiesenermaßen sind viele Frauen durchaus zu einem bürgerschaftlichen Engagement bereit.¹⁷⁶ Nach Meinung vieler BeobachterInnen – auch in Lengerich – sind nach wie vor „politische Institutionen und Parteien

¹⁷⁰ Engagiert vor Ort, S. 8.

¹⁷¹ Engagiert vor Ort, S.8; ähnlich Sanyal, Mithu: Die erste Kanzlerin- Ist nun Gleichberechtigung?, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/frauenwahlrecht/279361/ist-nun-gleichberechtigung> (Zugriff: 9.12.2018).

¹⁷² Vgl. Abschnitt 4.3 dieser Arbeit, S. 31.

¹⁷³ Mikich, Sonia, in: Von wegen gerecht – Männer und Frauen im Rundfunk, NDR 21.11.2018, <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Vonwegen-gerecht-Maenner-und-Frauen-im-Rundfunk,proquote142.html> (Zugriff: 9.12.2018).

¹⁷⁴ Cornelissen: Politische Partizipation, a.a.O., S. 101.

¹⁷⁵ Sanyal, Mithu: Kanzlerin.

¹⁷⁶ Engagiert vor Ort, S. 8f.

männlich geprägt.“¹⁷⁷ Dies lässt sich vor Ort an verschiedenen Details festmachen: Sitzungen werden durch eine ausufernde Diskussionskultur häufig in die Länge gezogen;¹⁷⁸ Beiträge von Frauen werden teilweise gelangweilt oder spöttisch verfolgt; informelle Treffen – z.B. „das Bier danach“ – passen häufig nicht zu den zeitlichen Ressourcen der Frauen. Letzteres bedeutet dann aber auch, dass Frauen von „informelle[n] Entscheidungs- und Machtstrukturen“ ausgeschlossen bleiben.¹⁷⁹

Dies könnte ein Grund sein, warum Frauen in der Lengericher Ratspolitik in der Regel „nur“ die Funktion einer Stellvertreterin ausüben.¹⁸⁰ Die Journalistin Sonia Mikich formulierte kürzlich: „Frauen sind führungsscheu.“¹⁸¹ Meine Gespräche mit den Lengericher Kommunalpolitikerinnen haben allerdings gezeigt, dass diese Erklärung allein nicht zureichend ist. Abgesehen von der größeren zeitlichen Belastung, die etwa das Amt eines/einer Fraktionsvorsitzenden mit sich bringt, gaben mehrere Frauen an, keine Lust auf die Teilnahme an „Hahnenkämpfen“ zu haben.¹⁸² Hier schimmert der Wunsch nach einer stärker weiblich geprägten Diskussionskultur durch, die stärker an der Sache und weniger am eigenen Profil ausgerichtet sein sollte. Dahinter steht die grundsätzliche Frage, ob Emanzipation dadurch gelingen kann, dass Frauen sich auf männliche Spielregeln einlassen oder – gemeinsam mit den Männern – eine neue Form des politischen Miteinander finden.¹⁸³

Ein letzter Punkt, den Beate Hoecker bei der Suche nach Gründen der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik benennt, betrifft die Medien.¹⁸⁴ Am 12. März 2001 druckten die Westfälischen Nachrichten einen Leserbrief der heutigen Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Anne Engelhardt, ab. Sie äußerte sich zur schmalen Berichterstattung über den ersten Lengericher Frauentag und stellte die Frage, „was wir Frauen noch alles tun müssen, um den Raum und die öffentliche Anerkennung zu bekommen, die uns zustehen?“¹⁸⁵ Im Gespräch stellte sie nun fest, dass die lokale Pressearbeit inzwischen besser geworden sei, aber sie sah dennoch

¹⁷⁷ Horstkötter, Marianne: Frauen in der Kommunalpolitik, Frankfurt 1990, S. 28. Ähnlich: Engagiert vor Ort, a.a.O., S. 9f. Ebenfalls Hoecker, Beate: Ist die Politik, a.a.O., S. 60.

¹⁷⁸ Vgl. auch die Auswertung zur Frage nach der Diskussionskultur, Abschnitt 4.4, S. 41. Dass Lengerich keinesfalls ein Einzelfall ist, belegt u.a. ein Interview mit der CSU Politikerin Christine Haderthauer in DIE ZEIT, 17.1.2019. Sie erklärte: „Wenn eine Frau anfängt zu reden, sinkt die Konzentration der Männer. Du kannst drauf wetten, dass der Geräuschpegel im Raum immer hochgeht, wenn eine Frau an die Reihe kommt.“

¹⁷⁹ Hoecker, Beate: Ist die Politik, a.a.O., S. 61.

¹⁸⁰ Vgl. Kapitel 2.

¹⁸¹ Mikich, Sonia: Von wegen gerecht.

¹⁸² Ähnlich bei Bölts, Rosemarie: Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen, Deutschlandfunk Kultur, 1.6.2015, https://www.deutschlandfunkkultur.de/frauen-in-der-kommunalpolitik-alltagsheldinnen-und.976.de.html?dram:article_id=316471 (Zugriff: 20.12.2018).

¹⁸³ Diese Position wird auch von Annette Große-Heitmeyer, Bürgermeisterin von Westerkappeln und Sprecherin des Gleichstellungsausschusses des Städte- und Gemeindetages NRW, vertreten. Vgl. StGRat_10-2018.pdf, S. 6-7; https://www.kommunen.nrw/informationen/staedte-und-gemeinderat/ausgaben/dljahr/2018.html?no_cache=1&cHash=d6dfa673708dd6584116628906656038 (Zugriff: 28.2.2019).

¹⁸⁴ Hoecker, Beate: Ist die Politik, S. 61.

¹⁸⁵ Engelhardt, Anne: Engagement findet an der Basis schwaches Echo, WN 12.3.2001.

Verbesserungsmöglichkeiten.¹⁸⁶ An dieser Stelle muss allerdings nochmals auf die erwähnten Strukturen innerhalb des Stadtrates verwiesen werden; solange etwa der Fraktionsvorsitz überwiegend in männlicher Hand liegt, kann der Berichterstatter naturgemäß weniger über Beiträge der Ratsfrauen schreiben; dies gilt analog für die Ratsprotokolle.

5.2 Perspektiven

Nach dem bisher Gesagten dürfte es einleuchten, dass eine Förderung der Partizipation von Frauen im kommunalpolitischen Raum nicht durch eine Maßnahme allein erreicht werden kann. „Vielmehr bedarf es eines übergreifenden Ansatzes, der sowohl die Parteikulturen und kommunalpolitischen Strukturen als auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick nimmt.“¹⁸⁷

Eine Forderung, die immer wieder diskutiert wird, ist die nach einer gesetzlichen Quotierung zur Steigerung des Frauenanteils in deutschen Parlamenten. Festzuhalten ist zunächst, dass – sowohl in Lengerich als auch im Bundestag – diejenigen Parteien einen höheren Anteil an Parlamentarierinnen haben, die bereits eine verbindliche Quotenregelung beschlossen haben – also die Grünen und die SPD. Dennoch zeigte sich bei meinen Gesprächen mit den Parteivertreterinnen, dass Zustimmung und Ablehnung der Quote genau entsprechend der in Kapitel 3.3 dargestellten parteipolitischen Debatten ausfielen; auch die vorgetragenen Begründungen entsprachen den jeweiligen Parteibeschlüssen.

Allerdings verlaufen in der nationalen Debatte die Grenzen zwischen den Parteien nicht mehr so eindeutig wie bisher. Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März 2018 sprachen sich sowohl Katarina Barley (SPD) als auch Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU)¹⁸⁸ für eine Frauenquote in deutschen Parlamenten aus.¹⁸⁹ Einige Monate später, beim Festakt „100 Jahre Frauenwahlrecht“ am 12. November 2018 in Berlin, hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Rede, in der sie den „Frauenanteil in den Parlamenten eine elementare Frage unserer Demokratie“ nannte und den Rückgang an Frauen im deutschen Bundestag beklagte.¹⁹⁰ Daraus resultierte ihre Aussage: „Man darf doch nicht darum herumreden: Die Quoten waren wichtig, doch das Ziel muss die Parität sein.“ Diesen Standpunkt bekräftigte sie Ende Januar 2019, als

¹⁸⁶ Hier sei auch verwiesen auf den Beitrag von Christina Holtz-Bacha im Sammelband über den Umgang der Medien mit den Frauen; auch sie sieht Fortschritte, verweist aber dennoch auf geschlechterspezifische Unterschiede, die bei der Berichterstattung über Politikerinnen und Politiker gemacht werden. Holtz-Bacha, Christina: Zur Einführung: Politikerinnen in den Medien, in: Holtz-Bacha, Cristina, König-Reiling, Nina: Warum nicht gleich, a.a.O., S. 7-16.

¹⁸⁷ Engagiert vor Ort, S. 55.

¹⁸⁸ Frau Barley war damals Bundesfamilienministerin und ist heute (März 2018) Bundesjustizministerin; Frau Kramp-Karrenbauer war damals Generalsekretärin der CDU und ist heute Vorsitzende der Partei.

¹⁸⁹ Vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/gleichberechtigung-frauenquote-parlamente-katarina-barley-annegret-kramp-karrenbauer?print> (Zugriff: 21.12.2018).

¹⁹⁰ Merkel, Angela: Rede zum 12.11.2018 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 123-3 vom 13.11.2018.

sie in einem Interview ausführte, „Parität in allen Bereichen erscheint mir einfach logisch.“¹⁹¹ Während also bei der CDU eine Diskussion eingesetzt hat, auf deren Ausgang man gespannt sein darf, bleibt die FDP nach wie vor skeptisch gegenüber einer Quote. „Die Quote ist nicht das, was die Partei attraktiv macht“, so vor kurzem die FDP-Generalsekretärin Nicola Beer.¹⁹²

Eine gesetzliche Quote – das muss an dieser Stelle betont werden – reicht jedoch allein nicht aus, um das Ziel einer stärkeren Beteiligung von Frauen an parlamentarischen Prozessen zu erreichen. Wie andere vor ihr fordert Nicola Beer die Frauen zu mehr Selbstbewusstsein auf: „Wenn eine Tür zu einem Amt offen steht, marschiert der Mann durch – und eine Frau klopft oft noch mal zaghaft an.“¹⁹³ Nun weiß man, dass es dabei mit reinen Appellen nicht getan ist. Wenn es sich hier, wie früher bereits festgestellt, um tief verwurzelt Rollenverhalten handelt, so sind die Erziehung in Familie und Schule gefragt, um allmählich zu einem partnerschaftlichen Miteinander zu gelangen. Dabei können auch gesetzliche Regelungen hilfreich sein, die es den Männern erlauben, eine veränderte Rolle zwischen Beruf und Familie einzunehmen. Die Kulturwissenschaftlerin Mithu Sanyal beklagt in diesem Zusammenhang, dass in der nationalen Politik „unter Gleichstellung nahezu nur Frauenförderung verstanden wird.“¹⁹⁴ Sie fordert: „Wenn mehr Frauen in die Politik gehen sollen, müssen gleichzeitig die Hürden beseitigt werden, die es für Männer bedeutet, sich um die Kinder zu kümmern. Dazu bedarf es [...] auch einer emanzipatorischen Männerpolitik.“¹⁹⁵

Neben den notwendigen gesellschaftlichen und gesetzlichen Änderungen gibt es auch eine Reihe von praktischen Überlegungen, wie das Ziel der paritätischen Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen erreicht werden kann. So forderte Beate Hoecker schon vor über zehn Jahren, „Frauen verstärkt für die Politik zu professionalisieren“,¹⁹⁶ ihnen also den Einstieg und die Mitarbeit im Kommunalparlament zu erleichtern. Hierbei sollten die „Aneignung kommunalpolitischer Fachkenntnisse [...] zu Beginn des Mandates“ und die Stärkung der „öffentliche[n] Selbstpräsentation“ im Mittelpunkt stehen.¹⁹⁷ Ein solches Angebot macht derzeit die Familienbildungsstätte Ibbenbüren; an sieben Abenden und einem Wochenende geht es u.a. um Aufklärung über Frauenrechte, um rhetorische Schulungen und eine Einführung in das Verwaltungsrecht.¹⁹⁸

Die Bildung von innerparteilichen und parteiübergreifenden Netzwerken „von Frauen in der Kommunalpolitik“ ist in diesem Kontext ebenfalls ein Thema; bei meinen Gesprächen mit den

¹⁹¹ DIE ZEIT, 24.1.2019, S. 4.

¹⁹² Peter, Tobias: FDP-Frauen sehen Quote skeptisch, Frankfurter Rundschau, 8.11.2018.

¹⁹³ Peter: FDP-Frauen.

¹⁹⁴ Sanyal, Mithu: Kanzlerin. Als Beleg führt sie den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2017 an.

¹⁹⁵ Ähnliches fordert auch Beate Hoecker; vgl. Hoecker, Beate: Ist die Politik, S. 62f.

¹⁹⁶ Hoecker, Beate: Ist die Politik, a.a.O., S. 63.

¹⁹⁷ Engagiert vor Ort, S. 62f.

¹⁹⁸ Vgl. <https://wirin.de/lokal-nachrichten/20-ibbenbueren/17678-wie-sich-frauen-in-politik-einmischen-koennen> (Zugriff: 28.2.2019); <https://www.fabi-ibbenbueren.de/> (Zugriff: 28.2.2019).

Parteienvertreterinnen konnte ich feststellen, dass es für weibliche Netzwerke über die Parteigrenzen hinweg schon einige Ansätze gibt. Daneben wünschen sich einige der befragten Frauen, dass häufiger Abstimmungen im Stadtrat ohne Fraktionszwang durchgeführt werden.

Eine weitere Maßnahme, um Frauen den Spagat zwischen Familie und kommunalpolitischer Betätigung zu erleichtern, wäre eine Übernahme von Kinderbetreuungskosten während kommunalpolitischer Termine. „Dieses ist nicht in allen Kommunen gegeben, könnte aber die Streßsituation, die sich in Folge der Mehrfachbelastung für Frauen ergibt, erheblich entschärfen“, so Marianne Horstkötter in ihrem 1990 erschienenen Buch.¹⁹⁹ Auch die Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums empfiehlt diesen Schritt;²⁰⁰ in Lengerich gibt es aber, soweit mir bekannt, noch keine konkreten Überlegungen in dieser Richtung.²⁰¹

Dagegen ist hier die Länge der Sitzungen ein stark diskutiertes Thema; viele Frauen sind sich einig, dass überlange Sitzungen – auch bedingt durch eine (männlich geprägte) ausufernde Diskussionskultur – vermieden werden sollten. Allerdings gehen die Meinungen auseinander, ob man mit Blick auf die Sitzungsdauer die Zahl der Sitzungen erhöhen sollte; vorstellbar wäre auch eine verbindliche Festlegung der Sitzungsdauer, um die kommunalpolitische Tätigkeit besser planen zu können.²⁰² Dazu wären Absprachen zwischen den Parteien und der Verwaltung erforderlich. Nach Aussagen vieler Befragten könnten dabei auch verbesserte Vorlagen der Stadtverwaltung hilfreich sein;²⁰³ allerdings gehen auch hier die Vorstellungen inhaltlich auseinander. Eine Ratsfrau wünscht sich die deutlichere Herausarbeitung der entscheidungsrelevanten Fakten, eine andere moniert, dass die Vorlagen häufig einseitig gehalten sind und zu wenig Entscheidungsalternativen enthalten, so dass eigene Recherchen zur Sitzungsvorbereitung hinzukommen. Insgesamt geht der Appell an die Stadtverwaltung, bei den Sitzungsvorlagen immer wieder auf eine verständliche Sprache zu achten, um zeitaufwändige Nachfragen zu minimieren.

Ein letzter praktischer Aspekt, der bei meiner Umfrage ebenfalls angesprochen wurde, betrifft die Uhrzeit, zu der Sitzungen beginnen. Mehrere Frauen wünschen sich veränderte Anfangszeiten, doch bei diesem Thema gehen die Meinungen auseinander. Einige plädieren für die Abendstunden, weil dann die Ehepartner zuhause sind und die Kinderbetreuung übernehmen können. Andere votieren für Sitzungen während der üblichen Arbeitszeiten der Verwaltungsmitarbeiter_innen; dadurch könnten Überstunden für diesen Personenkreis vermieden werden. Bei diesem Modell wäre nicht nur eine Entschädigung für die eventuell notwendige Kinderbetreuung erforderlich, sondern Berufstätige müssten von ihrem Arbeitgeber für die Dauer der Ratssitzung freigestellt werden.

¹⁹⁹ Horstkötter, Marianne: Frauen, S. 277.

²⁰⁰ Engagiert vor Ort, S. 59.

²⁰¹ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass immerhin 12 der 28 befragten Ratsfrauen Entlastung in Familie bzw. Beruf begrüßen würden, um mehr Zeit für die Kommunalpolitik zu haben.

²⁰² Vgl. Engagiert vor Ort, S. 58.

²⁰³ Vgl. Kapitel 4.3 dieser Arbeit.

An dieser Stelle wird deutlich, dass Maßnahmen vor Ort und allgemein-gesellschaftliche Regelungen miteinander verknüpft sind. In einigen Kommunen gibt es schon erste nachahmenswerte Schritte und die Studie des Bundesfamilienministeriums empfiehlt den Netzwerken, sich über solche Maßnahmen auszutauschen.²⁰⁴ Diese Maßnahmen müssen aber durch entsprechende Rahmenbedingungen ergänzt werden – dies ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

²⁰⁴ Vgl. Engagiert vor Ort, a.a.O., S. 57, 60.

Quellen-, Literatur- und Abbildungsverzeichnis

1. Primärquellen

Archivalien:

Archiv des Liberalismus Gummersbach

- Frauenförderplan der F.D.P., in: fdk – freie demokratische korrespondenz, Bonn, 6.4.1987.
- Brauchen wir in der FDP eine Frauenquote – pro und contra, elde liberale depesche 2/2011.

Archiv der Sozialen Demokratie Bonn

- Jahrbuch der SPD 1988-1990.
- Sozialdemokratischer Pressedienst, 23.12.1987, S. 4f.

Archiv Grünes Gedächtnis Berlin

- Satzung der Bundespartei Die Grünen, Januar 1980, Grün 051-2.
- Die Hälfte der Macht den Frauen – Meilensteine der Frauenbewegung, Gend 780-78.
- Satzung der Bundespartei Die Grünen, September 1986, Grün 051-8.
- Satzung der Bundespartei Die Grünen, November 1994, Grün 051-8 (1994-11).

Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung St. Augustin

- CDU: Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, KAS/ACDP_07-001-9566.
- 8. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, 21./22.10.1996, Niederschrift, o. Sig.

Zeitungs- und Pressearchiv Münster (ZPA)

- Westfälische Nachrichten, Tecklenburger Landbote, Sig.: Ztg Fol 75.
- CDU-Monatsblätter, 15.12.1946, Sig.: Ztg Fol 84.

Stadt Lengerich, Bürgermeisteramt

- Ausgewählte Ratsprotokolle aus den Jahren 1946 – 2018.

Quellen im Internet

- <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf> (Zugriff: 25.2.2018).
- <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1949bremerplattform.pdf> (Zugriff: 25.2.2018).
- https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Satzung/Satzung_Bundesverband.pdf (Zugriff: 8.3.2018).
- https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf (Zugriff: 28.5.2018).

- https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundespartei-tag/2003_bpt_bochum_protokoll.pdf (Zugriff: 31.5.2018).
- http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/marx_manifestws_1848?p=3 (Zugriff: 13.11.2018).
- 1 BvR 205/58; BVerfGE [= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts] Bd. 10, S. 59-89; <https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Entscheidungen/Entscheidungen/Amtliche%20Sammlung%20BVerfGE.html> (Zugriff: 27.2.2019).

2. Sekundärliteratur

Gedruckte Literatur

- 70 Jahre Frauen Union der CDU, in: Frau & Politik, Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands, Ausgabe 3/2018.
- ASF-Bundesvorstand: Die Frauen im Programm der SPD – von Godesberg bis Bremen, in: ASF-Bundesvorstand: Materialien „Frauen brauchen mehr!“, Beiträge zur sozialdemokratischen Programmdiskussion, Bonn 1989, S.35-39.
- Berghahn, Sabine: Frauen, Recht und langer Atem – Bilanz nach über 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland, in: Helwig, Gisela, Nickel, Hildegard Maria: Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993, S. 71-138.
- Beucker, Pascal, Krüger, Anja: Die verlogene Politik, München 2010.
- Cornelissen, Waltraud: Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Helwig, Gisela, Nickel, Hildegard Maria: Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993, S. 321-349.
- DIE ZEIT, 17.1.2019.
- DIE ZEIT, 24.1.2019, S. 4-5.
- Gerhard, Ute: 50 Jahre Gleichberechtigung – eine Springprozeession, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2.6.2008, S. 3-10.
- Haller, Barbie: Die heutige Situation von Frauen in der FDP – Ein kritisches Wort, in: Schwaetzer, Irmgard: Die liberale Frauenbewegung – Lebensbilder, Berlin 2007.
- Heinemann, Sylvia: „Frauenfragen sind Menschheitsfragen“, Zur Frauenpolitik der Freien Demokratinnen von 1949 bis 1963, Sulzbach 2012.
- Helwig, Gisela, Ausgestaltung des Gleichberechtigungsgebotes, in: Informationen zur politischen Bildung 254/1997, S. 16-26.
- Hippel, Ernst von, Rehborn, Helmut (Hg.): Erstes Gesetz zur Neuordnung und Vereinfachung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, München 1958.
- Hoecker, Beate: 50 Jahre Frauen in der Politik: späte Erfolge, aber nicht am Ziel, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 24-25/2008, S. 10-18.
- Hoecker, Beate: Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?, in: Holtz-Bacha, Christina, König-Reiling, Nina: Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen, Wiesbaden 2007, S. 62-65.
- Hoecker, Beate: Lern- und Arbeitsbuch Frauen, Männer und die Politik, Bonn 1998.
- Horstkötter, Marianne: Frauen in der Kommunalpolitik, Frankfurt 1990.

- Huber, Antje: Mehr Frauen in der Politik gebraucht – eine Bilanz harter Jahre, in: Huber, Antje (Hg.): Verdient die Nachtigall Lob, wenn sie singt? Stuttgart 1984, S. 17-23.
- Hoffmann, Jürgen: Die doppelte Vereinigung, Wiesbaden 1998.
- Kaack, Heino: Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei, Meisenheim am Glan 1976.
- Kinzig, Silke: Auf dem Weg zur Macht?, Wiesbaden 2007.
- Kletzing, Uta, Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, Kurzfassung, hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2014.
- Lovenduski, Joni: Introduction: the Dynamics of Gender and Party, in: Lovenduski, Joni, Norris, Pippa (Hg.): Gender and Party Politics, London 1993, S. 1-15.
- Merkel, Angela: Rede zum 12.11.2018 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 123-3 vom 13.11.2018.
- Paulus, Julia: Einleitung, in: Gilhaus, Ulrike, Paulus, Julia, Kugler-Mühlhofer, Anne: Wie wir wurden, was wir nicht werden sollten, Essen 2010, S. 101-105.
- Peter, Tobias: FDP-Frauen sehen Quote skeptisch, Frankfurter Rundschau, 8.11.2018.
- Reichart-Dreyer, Ingrid: Partizipation von Frauen in der CDU, in: Maleck-Lewy, Eva, Penrose, Virginia: Gefährtinnen der Macht – politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland, eine Zwischenbilanz, Berlin 1995, S. 37-63.
- Schröder, Wilhelm Heinz: Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung, in: Schröder, Wilhelm Heinz (Hg.): Lebenslauf und Gesellschaft, Stuttgart 1985, S. 7-17.
- Schüller, Elke: Politik- und Karriereverläufe von Kommunalpolitikerinnen, Eine Kollektive Biografie am Beispiel der Frankfurter Nachkriegsministerinnen, in: Gilhaus, Ulrike, Paulus, Julia, Kugler-Mühlhofer, Anne: Wie wir wurden, was wir nicht werden sollten, Essen 2010, S. 137-146.
- Vom Hofe, Ina: Die Frauenpolitik der CDU, Traditionen – Entwicklungen – Einflüsse 1945 bis 2013, Sankt Augustin 2017.
- Weis, Petra: Hürdenlauf an die Macht? Politische Partizipation von Frauen in der SPD und die Quote, in: Maleck-Lewy, Eva, Penrose, Virginia: Gefährtinnen der Macht – politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland, eine Zwischenbilanz, Berlin 1995, S. 65-82.
- Wettig-Danielmeier, Inge: Die Quote. Eine ‚Erfolgsstory‘ auf dem Prüfstand, in: Leif, Thomas: Die politische Klasse in Deutschland, Bonn 1992, S. 423-428.

Internet

- <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Politik-bleibt-Maennersache,frauenanteil100.html> (Zugriff: 4.1.2017).
- <http://www.liberales-frauen.de/> (Zugriff: 25.2.2018).
- https://www.fdp.de/files/653/Offensive_fuer_mehr_Frauen_in_die_FDP_070403.pdf (Zugriff: 25.2.2018).
- <https://www.fdp.de/files/408/BuVo-Frauenfoerderung.pdf> (Zugriff: 25.2.2018).
- <https://www.liberales.de/content/beschluss-des-fdp-bundesvorstands-neue-chancen-fuer-frauen-potenziale-erschliessen-fairness> (Zugriff: 25.2.2018).
- https://www.fdp.de/arbeits_fuer-bildung-und-neue-arbeitskulturen-statt-quoten (Zugriff: 26.2.2018).

- <http://fdp-kreis-steinfurt.de/content/frauenquote-der-privatwirtschaft> (Zugriff: 25.2.2018).
- <https://www.fdp.de/wp-modul/btw17-wp-a-86> (Zugriff: 11.2.2018).
- <http://www.taz.de/!5127019/> (Zugriff: 16.2.2018).
- <https://www.gruene.de/ueber-uns/1977-1979.html> (Zugriff: 8.3.2018).
- <http://bettina-jarasch.de/frauen-und-macht-und-gruene-quoten/> (Zugriff: 8.3.2018).
- Briatte-Peters, Anne-Laurie: Die Grünen auf die Probe gestellt – die Geschlechterparität zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Jahrbuch Grünes Gedächtnis 2014/2015, S. 55, https://www.boell.de/sites/default/files/boell-stiftung_gruenes-gedaechtnis-2015_v01_kommentierbar.pdf (Zugriff: 8.3.2018).
- https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/text.xav?SID=&tf=xaver.component.Text_0&toctf=&qmf=&hlf=xaver.component.Hitlist_0&bk=bgbl&start=%2F%2F*%5B%40node_id%3D%27217797%27%5D&skin=pdf&tlevel=-2&nohist=1 (Zugriff: 11.3.2018).
- <https://lexetius.com/GG/3,2> (Zugriff: 11.3.2018).
- <https://www.uni-.de/gendertexte/chronik.html> (Zugriff: 11.3.2018).
- http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/gleichstellung/Der_Ritt_auf_der_Schnecke/Ritt-Schnecke-Vollstaendig.pdf (Zugriff: 11.3.2018).
- <https://www.juracademy.de/kommunalrecht-nrw/ausschuesse.html> (Zugriff: 20.4.2018).
- https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=6784&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=400251 (Zugriff: 20.4.2018).
- Hoecker, Beate: Frauen in der Politik, <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49362/frauen-in-der-politik> (Zugriff: 7.5.2018).
- <https://www.frauenrat.de/> (Zugriff: 13.5.2018).
- <https://www.kfd-bundesverband.de/> (Zugriff: 13.5.2018).
- <https://www.zeit.de/online/2009/20/grundgesetz-selbert/komplettansicht> (Zugriff: 28.5.2018).
- <https://asf.spd.de/> (Zugriff: 30.5.2018).
- <https://www.heise.de/tp/features/Eine-bittere-Bilanz-25-Jahre-Frauenquote-in-der-SPD-3400363.html> (Zugriff: 31.5.2018).
- <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/14/14052.pdf> (Zugriff: 2.6.2018).
- Schröder, Wilhelm Heinz: Kollektivbiographie: Spurensuche, Gegenstand, Forschungsstrategie, in: Historical Social Research, Supplement 23, 2011, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-337699> (Zugriff: 2.7.2018).
- Gallus, Alexander: Biographik und Zeitgeschichte, in: APuZ 2005, <http://www.bpb.de/apuz/29309/biographik-und-zeitgeschichte?p=all> (Zugriff: 2.7.2018).
- <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/liberale-von-der-f-d-p-zur-fdp-a-132276.html> (Zugriff: 10.7.2018).
- https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/111109_MDGG_Flyer_klein_f_mailing.pdf (Zugriff: 10.8.2018).
- https://www.frauenunion.de/images/stories/docs/Resolution_BuVo_Politische_Teilhabe_5.5.2018.pdf (Zugriff: 21.8.2018).

- https://de.wikipedia.org/wiki/Frauenanteil_im_Deutschen_Bundestag_seit_1949#Tabelle_2:_Frauenanteil_des_Deutschen_Bundestags_seit_1949_nach_Fraktionen/Gruppen (Zugriff: 21.8.2018).
- https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner/529508 (Zugriff: 21.8.2018).
- <https://kpv-nrw.de/component/k2/item/1939-kommunale-spitzenverbaende-fuer-mehr-frauen-in-kommunalraeten.html> (Zugriff: 24.8.2018).
- <https://www.wirtschaftswiki.fh-aachen.de/index.php?title=Skalenfrage> (Zugriff: 9.9.2018).
- Große-Heitmeyer, Annette: „Frauen führen Kommunen“ in NRW, StGRat_10-2018.pdf, S. 6-7; https://www.kommunen.nrw/informationen/staedte-und-gemeinderat/ausgaben/dljahr/2018.html?no_cache=1&cHash=d6dfa673708dd6584116628906656038 (Zugriff: 28.2.2019).
- Sanyal, Mithu: Die erste Kanzlerin- Ist nun Gleichberechtigung?, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/frauenwahlrecht/279361/ist-nun-gleichberechtigung> (Zugriff: 9.12.2018).
- Mikich, Sonia, in: Von wegen gerecht – Männer und Frauen im Rundfunk, NDR 21.11.2018, <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Vonwegen-gerecht-Maenner-und-Frauen-im-Rundfunk,proquote142.html> (Zugriff: 9.12.2018).
- Bölts, Rosemarie: Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen, Deutschlandfunk Kultur, 1.6.2015, https://www.deutschlandfunkkultur.de/frauen-in-der-kommunalpolitik-alltagsheldinnen-und.976.de.html?dram:article_id=316471 (Zugriff: 20.12.2018).
- <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/gleichberechtigung-frauenquote-parlamente-katarina-barley-annegret-kramp-karrenbauer?print> (Zugriff: 21.12.2018).
- <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/21898/beamte> (Zugriff: 6.1.2019)
- <https://wirin.de/lokal-nachrichten/20-ibbenbueren/17678-wie-sich-frauen-in-politik-einmischen-koennen> (Zugriff: 28.2.2019).
- <https://www.fabi-ibbenbueren.de/> (Zugriff: 28.2.2019).

3. **Abbildungsverzeichnis**

- Abb. 1: Die Frau als Hüterin der christlichen Familie wählt CDU Christlich Demokratische Union, Kommunalwahlkampf NRW 1946, ACDP, Plakatsammlung, 10-017-3, CC-BY-SA 3.0 DE .
- Abb. 2: Gleiches Recht für Mann und Frau – SPD, Bundestagswahl 1949, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Bildrechte SPD/AdsD.

Anhang

Anhang 1

Bevölkerung in der Gemeinde Lengerich nach Geschlecht		
Stichtag	Insgesamt	Anteil Frauen
29.10.1946	17.835	55,6%
13.09.1950	19.667	53,05%
30.09.1960	20.867	53,45%
31.12.1970	21.638	52,45%
31.12.1980	20.589	52,27%
31.12.1990	21.045	51,87%
31.12.2000	22.052	51,37%
31.12.2010	22.234	50,84%
31.12.2017	23.058	50,66%

Quelle: Information und Technik NRW, Mail vom 26.1.2018.

Anhang 2: Zahl der Ratssitze nach Parteien 1946 - 2014

	SPD	CDU	FDP	BHE	Grüne	WfL
15.09.1946	16	3	2			
17.10.1948	11	5	3			
09.11.1952	10	5	6	3		
28.10.1956	12	6	4	2		
19.03.1961	15	8	5	2		
27.09.1964	17	9	5			
09.11.1969	16	13	4			
04.05.1975	21	14	4			
30.09.1979	20	15	4			
30.09.1984	18	14	2		5	
01.10.1989	20	12	3		4	

16.10.1994	18	15	2		4	
12.09.1999	13	16	1		2	
26.09.2004	10	15	3		3	
30.08.2009	10	14	3		4	1
25.05.2014	13	11	3		5	

Anhang 3: Überblick: Die gewählten Lengericher Ratsfrauen zwischen 1946 und 2014
(gewählte Frauen; Ratsfrauen in besonderen Funktionen)

Wahl 15.09.1946

Anna Dunkel, SPD, Hausfrau
Alwine Burghardt, SPD

Wahl 17.10.1948

Anna Dunkel, SPD, Hausfrau

Wahl 09.11.1952

Anna Dunkel, SPD, Hausfrau

Wahl 28.10.1956

Anna Dunkel, SPD, Hausfrau

Hauptausschuss: Anna Dunkel

Wahl 19.03.1961

Erna Lüker, SPD, Hausfrau
Ilse Staffa, BHE, Hausfrau

Hauptausschuss: Ilse Staffa

Wahl 27.09.1964

Erna Lüker, SPD, Hausfrau

Wahl 09.11.1969

Erna Lüker, SPD, Hausfrau
Ingrid Steinbeck, CDU, Hausfrau

Wahl 04.05.1975

Erna Lüker, SPD, Hausfrau
Lieselotte Kröner, SPD, Kauffrau
Margarete Jasper, SPD, Hausfrau
Ingrid Steinbeck, CDU, Hausfrau

Hauptausschuss: Erna Lüker
Ingrid Steinbeck

Wahl 30.09.1979

Erna Lüker, SPD, Hausfrau
Lieselotte Kröner, SPD, Kauffrau
Margarete Jasper, SPD, Hausfrau
Ingrid Steinbeck, CDU, Hausfrau
Ingeburg Neumann, CDU, Hausfrau
Helga Schultebeyring, CDU, Hausfrau (ab 1980)

Hauptausschuss: Erna Lüker
Ingrid Steinbeck

Wahl 30.09.1984

Erna Lüker, SPD, Hausfrau
Lieselotte Kröner, SPD, Kauffrau
Edelgard Körner, SPD, Rechtsanwältin
Ingrid Steinbeck, CDU, Hausfrau
Ingeburg Neumann, CDU, Hausfrau
Veronika Wagner-Weiser, Grüne, Kauffrau

Hauptausschuss: Erna Lüker
Ingrid Steinbeck

Wahl 01.10.1989

Erna Lüker, SPD, Hausfrau
Ursula Podewin, SPD, Lehrerin
Edelgard Körner, SPD, Rechtsanwältin
Gudrun Schimmelpfennig, SPD, Hausfrau
Doris von Düllen, SPD, Erzieherin
Ilse Seiffert, SPD, Hausfrau
Ingrid Steinbeck, CDU, Hausfrau
Ingeburg Neumann, CDU, Hausfrau
Veronika Wagner-Weiser, Grüne, Kauffrau
Gabriela Gottwald, Grüne, Hausfrau
Helga Schliek, FDP, Hausfrau

Stellv. Bürgermeisterin: Erna Lüker
Hauptausschuss: Edelgard Körner

Wahl 16.10.1994

Irmgard Peters, SPD, Hausfrau
Agnes Budke, SPD, Altenpflegerin
Renate Hüttemann, SPD, Arbeitsvermittlerin
Rosemarie Wittler, SPD, Kaufm. Angestellte
Ilse Seiffert, SPD, Hausfrau

Ingrid Christoph, CDU, Lehrerin
Ulrike Höhenberger-Henze, CDU, Dipl. Bibliothekarin
Heike Weiß, CDU, Politikwissenschaftlerin
Doris Brandt-Kieserling, Grüne, Sozialpädagogin
Gabriela Gottwald, Grüne, Hausfrau

Hauptausschuss: Ingrid Christoph

Wahl 12.09.1999

Agnes Budke, SPD, Altenpflegerin
Renate Hüttemann, SPD, Arbeitsvermittlerin
Rosemarie Wittler, SPD, Kaufm. Angestellte
Gerda Stiller, SPD, Kauffrau
Heike Volz, SPD, Immobilienberaterin
Gisa Roemert, SPD, Lehrerin
Marie-Luise Hindemith, SPD, Sachbearbeiterin
Ingrid Christoph, CDU, Lehrerin
Ulrike Höhenberger-Henze, CDU, Dipl. Bibliothekarin
Heike Weiß, CDU, Politikwissenschaftlerin
Sigrid Leugermann, CDU, Lehrerin
Sandra Kätker, Grüne, Krankenpflegerin

Stellv. Bürgermeisterin: Renate Hüttemann
Ulrike Höhenberger-Henze
Hauptausschuss: Ingrid Christoph
Renate Hüttemann
Heike Volz

Wahl 26.09.2004

Renate Hüttemann, SPD, Arbeitsvermittlerin
Gerda Stiller, SPD, Kauffrau
Gisa Roemert, SPD, Lehrerin
Marie-Luise Hindemith, SPD, Sachbearbeiterin
Ingrid Christoph, CDU, Lehrerin
Ulrike Höhenberger-Henze, CDU, Dipl. Bibliothekarin
Elke Roggenland, CDU, Qualitätsingenieurin
Sandra Kätker, Grüne, Krankenpflegerin
Annegret Engelhard, Grüne, Bewegungstherapeutin

Stellv. Bürgermeisterin: Ulrike Höhenberger-Henze
Renate Hüttemann
Hauptausschuss: Ingrid Christoph
Ulrike Höhenberger-Henze

Wahl 30.08.2009

Renate Hüttemann, SPD, Arbeitsvermittlerin
Gerda Stiller, SPD, Kauffrau

Simone Telljohann, SPD, Architektin
Stephanie Wiegand, SPD, Studentin
Ulrike Höhenberger-Henze, CDU, Dipl. Bibliothekarin
Elke Roggenland, CDU, Qualitätsingenieurin
Marion Albermann, CDU, Verkäuferin
Sandra Kätker, Grüne, Krankenpflegerin
Annegret Engelhard, Grüne, Bewegungstherapeutin
Bärbel Brengelmann-Teepe, Grüne, Dipl. Sozialpädagogin
Sandra Großholtmann, WfL, Büroangestellte

Stellv. Bürgermeisterin: Ulrike Höhenberger-Henze
Gerda Stiller
Hauptausschuss: Ulrike Höhenberger-Henze

Wahl 25.05.2014

Renate Hüttemann, SPD, Arbeitsvermittlerin
Gerda Stiller, SPD, Kauffrau
Simone Telljohann, SPD, Architektin
Viola Puschkarski, SPD, Schülerin
Eugenie Löwen, SPD, Studentin (bis 2016)
Christiane Unland-Kröner, SPD, Physiotherapeutin (ab 2016)
Elke Roggenland, CDU, Qualitätsingenieurin
Marion Albermann, CDU, Verkäuferin
Sandra Kätker, Grüne, Krankenpflegerin
Annegret Engelhard, Grüne, Bewegungstherapeutin
Bärbel Brengelmann-Teepe, Grüne, Dipl. Sozialpädagogin
Britta Hollinderbäumer, Grüne, Dipl. Biologin
Kerstin Glindmeyer, FDP, Dipl. Kauffrau

Stellv. Bürgermeisterin: Renate Hüttemann
Fraktionsvorsitzende: Annegret Engelhard
Hauptausschuss: Simone Telljohann
Elke Roggenland
Bärbel Brengelmann-Teepe
Annegret Engelhard

Anhang 4: Fragebogen

Bernd Hammerschmidt

Hölderlinstr. 35

49525 Lengerich

Fon: 05481-3983

Mail: b_hamm05@uni-muenster.de

Sehr geehrte Frau

Auf diesem Wege bitte ich Sie um Unterstützung für mein Projekt – eine Untersuchung des Lengericher Stadtrats zwischen 1946 und heute. Ich bin pensionierter Lehrer, wohne seit über 40 Jahren in Lengerich und bin sowohl Mitglied im Arbeitskreis Stadtgeschichte im Heimatverein als auch Altersstudent an der Universität Münster.

Meine Untersuchung, die im kommenden Jahr im Rahmen eines von der Kontaktstelle Studium im Alter der Universität Münster herausgegebenen Sammelbandes veröffentlicht werden soll, bezieht sich auf die Frauen im Lengericher Stadtrat: Obwohl in Lengerich die Mehrheit der Bevölkerung weiblich ist, beträgt der Anteil der Ratsfrauen aktuell nur etwa 36%. Welches sind die Gründe dafür, welche Maßnahmen könnten die politische Partizipation von Frauen verbessern?

Um diese Fragen beantworten zu können, benötige ich Ihre Hilfe und bitte Sie, den folgenden Fragebogen auszufüllen. Der Fragebogen ist so gestaltet, dass Sie in der Regel lediglich eine passende Auswahlantwort anzukreuzen brauchen. Sie dürfen den Fragebogen gerne anonym ausfüllen; ich bitte Sie nur um die Angabe der Partei, für die Sie im Stadtrat sind bzw. waren. Falls Sie eine Frage nicht beantworten können oder wollen, ist das selbstverständlich in Ordnung – auch nicht ganz vollständig ausgefüllte Fragebögen helfen mir weiter.

Ich darf Sie bitten, den Fragebogen innerhalb der nächsten zwei Wochen auszufüllen und wenn möglich bei Frau Rieser im Tourist-Informationsbüro am Rathausplatz 1 abgeben. Sollte das nicht möglich sein, bitte ich um eine kurze Nachricht. Auch bei Nachfragen dürfen Sie mich gerne anrufen oder anmailen.

Für Ihre Mühe und Ihre Unterstützung sage ich ganz herzlichen Dank!

Bernd Hammerschmidt

Öffnungszeiten des Tourist-Informationsbüros:

Dienstag: 9.30 – 13.00 Uhr; 13.30 – 17.00 Uhr

Mittwoch: 9.30 – 13.00 Uhr; 13.30 – 17.00 Uhr

Donnerstag: 9.30 – 13.00 Uhr; 13.30 – 17.00 Uhr

Freitag: 9.30 – 13.00 Uhr Samstag: 10.00 – 12.00 Uhr

1 Bitte nennen Sie ihren höchsten erreichten Bildungsabschluss:

Mittlere Reife / Hauptschulabschluss	
Abitur	
Studienabschluss	
Sonstiges und zwar	

2 Ihre berufliche Tätigkeit bei Eintritt in den Stadtrat

Erzieherin, Lehrerin	
Gesundheitswesen	
Geschäftsfrau, Unternehmerin	
Sozialpädagogin	
Kaufmännischer Beruf	
Hausfrau	
Juristin	
Schülerin, Studentin	
Sonstiges und zwar	

3 Ihr Alter bei Eintritt in den Stadtrat

4 Ehrenamtliche Tätigkeiten vor Eintritt in den Stadtrat

Kindergarten/Schule	
Kirche	
Verein	
AWO	
Sonstiges und zwar	

5 Die Partei, die Sie im Rat vertraten bzw. vertreten

CDU		SPD		FDP		Grüne	
-----	--	-----	--	-----	--	-------	--

6 In welchem Jahrzehnt sind/waren Sie im Lengericher Rat? (Mehrfach-Unterstreichungen möglich)

1960er Jahre

1970er Jahre

1980er Jahre

1990er Jahre

2000er Jahre

2010er Jahre

7 Ihre Motive für Ihre Kandidatur für den Stadtrat (Mehrfachnennungen möglich)

Interesse an der Kommunalpolitik	
Umsetzung bestimmter Ziele Ihrer Partei	
Ermunterung durch Familie oder Freunde	
Unzufriedenheit mit dem vorherigen Stadtrat	
Umsetzung neuer Ziele, die die Politik bislang nicht im Blick hatte	
Sonstiges und zwar	

8 Dauer Ihrer Parteimitgliedschaft vor Eintritt in den Stadtrat

1 – 5 Jahre	
6 – 10 Jahre	
11 – 20 Jahre	
mehr als 20 Jahre	

9 Ihre Erfahrungen als Frau bei der Zusammenarbeit mit den übrigen Fraktionsmitgliedern (bitte alle Kategorien beantworten)

	im- mer	meist	teils, teils	selten	nie- mals
Die Zusammenarbeit ist/war kooperativ.					
Die anderen Fraktionsmitglieder unterstütz(t)en mich.					
Rivalität spielt(e) hier eine Rolle.					
Ich fühlt(e) mich in meiner politischen Arbeit wertgeschätzt.					
Die Diskussionskultur und die Umgangsformen in meiner Fraktion kommen/kamen meiner Art entgegen.					
Ich werde/wurde nicht so ganz ernst genommen.					
Dass ich eine Frau bin, spielt(e) hier keine Rolle.					
Sonstiges, und zwar					

10 Ihre Erfahrungen als Frau bei der Besetzung von Positionen und Ämtern in der Fraktion und im Stadtrat (bitte alle Kategorien beantworten)

	im- mer	meist	teils, teils	sel- ten	nie- mals
Die anderen Fraktionsmitglieder unterstütz(t)en mich.					
Rivalität spielt(e) hier eine Rolle.					
An solchen Ämtern haben/hatten ich und andere Frauen meiner Fraktion kein Interesse.					
Ich gelte/ galt als „Quotenfrau.“					
Dass ich eine Frau bin, hat hier keine Rolle gespielt.					
Sonstiges, und zwar					

11 Veränderungen, die Ihnen als Frau die Mitarbeit im Lengericher Stadtrat erleichtert hätten bzw. erleichtern würden.

Andere Zeiten der Rats- und Ausschusssitzungen	
Verständlichere, kürzere Vorlagen der Verwaltung	
Entlastung in Beruf bzw. Familie, um mehr Zeit für kommunalpolitische Aufgaben zu haben	
Sonstiges, und zwar	

12 Falls Sie nicht mehr im Lengericher Stadtrat sind – Gründe für Ihr Ausscheiden (Mehrfachnennungen möglich).

Nominiert, aber nicht wiedergewählt	
Ich war unzufrieden mit der Arbeit im Rat	
Von der Partei nicht mehr nominiert	
Alter / Krankheit	
Ich habe es lang genug gemacht.	
Berufliche oder familiäre Veränderungen	
Sonstiges und zwar	

13 Kommentar zu weiteren Aspekten/Ereignissen/Entwicklungen, die Ihnen wichtig erscheinen:

HERZLICHEN DANK!

Anhang 5: Grundauswertung der Befragung

1) Bildungsabschluss

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Mittlere Reife/Hauptschulabschluss	10	35,71%
Abitur	3	10,71 %
Studienabschluss	15	53,57%
Sonstiges und zwar	0	0,00 %
Summe	28	

2) Bildungsabschluss

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Erzieherin, Lehrerin	4	14,29
Gesundheitswesen	2	7,14
Unternehmerin, Geschäftsfrau	1	3,57
Sozialpädagogin	3	10,71
Kaufmännischer Beruf	4	14,29
Hausfrau	6	21,43
Juristin	1	3,57
Schülerin, Studentin	4	14,29
Sonstiges und zwar	3	10,71
Summe	28	

3) Alter

Antworten	25
Ohne Antwort	3
Minimum	18
Maximum	57
Mittelwert	38,7

4) Ehrenamt

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Kindergarten/Schule	8	42,11
Kirche	5	26,32
Verein	7	36,84
AWO	4	21,05
Nennungen (Mehrfachwahl möglich)	24	
Geantwortet haben	19	
Ohne Antwort	9	

6) Partei

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
CDU	8	28,57
SPD	14	50,00
FDP	2	7,14
Grüne	4	14,29
Summe	28	

7) Jahrzehnt

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
1960er Jahre	1	3,57
1970er Jahre	1	3,57
1980er Jahre	10	35,71
1990er Jahre	16	57,14
2000er Jahre	15	53,57
2010er Jahre	12	42,86
Nennungen (Mehrfachwahl möglich)	55	
Geantwortet haben	28	

8) Motive

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Interesse an der Kommunalpolitik	25	89,29
Umsetzung bestimmter Ziele Ihrer Partei	11	39,29
Ermunterung durch Familie oder Freunde	10	35,71
Unzufriedenheit mit dem vorherigen Stadtrat	4	14,29
Umsetzung neuer Ziele	8	28,57
Sonstiges	3	10,71
Nennungen (Mehrfachwahl möglich)	61	
Geantwortet haben	28	

9) Mitgliedschaft

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
1-5 Jahre	16	
6-10 Jahre	9	
11-20 Jahre	2	
Mehr als 20 Jahre	0	
Summe	27	
Ohne Antwort	1	

10) Zusammenarbeit

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Ist/war immer kooperativ	5	18,52
Ist/war meist kooperativ	11	40,74
Ist/war kooperativ – teils, teils	10	37,40
Ist/war selten kooperativ	1	3,70
Ist/war niemals kooperativ	0	0,00
Geantwortet haben	27	
Ohne Antwort	1	

11) Unterstützung

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Erfolgte immer	5	18,52
Erfolgte meist	11	40,74
Erfolgte teils, teils	8	29,63
Erfolgte selten	3	11,11
Erfolgte niemals	0	0,00
Geantwortet haben	27	
Ohne Antwort	1	

12) Rivalität

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Spielte immer eine Rolle	2	7,69
Spielte meist eine Rolle	2	7,69
Spielte teils, teils eine Rolle	4	15,38
Spielte selten eine Rolle	11	42,31
Spielte niemals eine Rolle	7	26,92
Geantwortet haben	26	
Ohne Antwort	2	

13) Wertschätzung

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Ich fühlte mich immer wertgeschätzt.	4	14,81
Ich fühlte mich meist wertgeschätzt	12	44,44
Ich fühlte mich wertgeschätzt – teils, teils	9	33,33
Ich fühlte mich selten wertgeschätzt	2	7,41
Ich fühlte mich niemals wertgeschätzt	0	0,00
Geantwortet haben	27	
Ohne Antwort	1	

14) Diskussionskultur

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Kommt/kam meiner Art immer entgegen.	6	22,22
Kommt/kam meiner Art meist entgegen.	9	33,33
Kommt/kam meiner Art entgegen – teils, teils.	5	18,52
Kommt/kam meiner Art selten entgegen.	7	25,93
Kommt/kam meiner Art niemals entgegen.	0	0,00
Geantwortet haben	27	
Ohne Antwort	1	

15) Ernstnehmen

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Wurde nicht ganz ernstgenommen - immer	0	0,00
Wurde nicht ganz ernstgenommen – meist	5	19,23
Wurde nicht ganz ernstgenommen – teils, teils	4	15,38
Wurde nicht ganz ernstgenommen - selten	7	26,92
Wurde nicht ganz ernstgenommen - niemals	10	38,46
Geantwortet haben	26	
Ohne Antwort	2	

16) Frausein

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle - immer	6	22,22
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle - meist	4	14,81
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle – teils, teils	8	29,63
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle - selten	2	7,41
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle - niemals	7	25,93
Geantwortet haben	27	
Ohne Antwort	1	

18) Unterstützung II

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Erfolgte immer	8	29,63
Erfolgte meist	7	25,93
Erfolgte teils, teils	8	29,63
Erfolgte selten	4	14,81
Erfolgte niemals	0	0,00
Geantwortet haben	27	
Ohne Antwort	1	

19) Rivalität II

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Spielte immer eine Rolle	4	14,81
Spielte meist eine Rolle	3	11,11
Spielte teils, teils eine Rolle	7	25,93
Spielte selten eine Rolle	9	33,33
Spielte niemals eine Rolle	4	14,81
Geantwortet haben	27	
Ohne Antwort	1	

20) Interesse an Ämtern

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Ich hatte immer kein Interesse	1	4,76
Ich hatte meist kein Interesse	1	4,76
Ich hatte kein Interesse – teils, teils	6	28,57
Ich hatte selten kein Interesse	6	28,57
Ich hatte niemals kein Interesse	7	33,33
Geantwortet haben	21	
Ohne Antwort	7	

21) Quotenfrau

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Ich galt immer als „Quotenfrau“	2	7,69
Ich galt meist als „Quotenfrau“	0	0,00
Ich galt als „Quotenfrau“ – teils, teils	8	30,77
Ich galt selten als „Quotenfrau“	3	11,54
Ich galt niemals als „Quotenfrau“	13	50,00
Geantwortet haben	26	
Ohne Antwort	2	

22) Frausein II

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle - immer	4	15,38
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle - meist	3	11,54
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle – teils, teils	4	15,38
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle - selten	7	26,92
Mein Frausein spielt(e) keine Rolle - niemals	8	30,77
Geantwortet haben	26	
Ohne Antwort	2	

24) Erleichterungen

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Andere Zeiten der Sitzungen	10	50,00
Verständlichere Vorlagen der Verwaltung	8	40,00
Entlastung in Beruf bzw. Familie	12	60,00
Nennungen (Mehrfachwahl möglich)	30	
Geantwortet haben	20	
Ohne Antwort	8	

26) Ausscheiden aus dem Rat

<i>Auswahlantworten</i>	<i>Abs. Zahlen</i>	<i>Prozent</i>
Nominiert, aber nicht wiedergewählt	4	18,18
Unzufrieden mit der Arbeit im Rat	5	22,73
Von der Partei nicht mehr nominiert	1	4,55
Alter/Krankheit	3	13,64
Habe es lang genug gemacht	7	31,82
Berufliche oder familiäre Veränderungen	11	50,00
Sonstiges	1	4,55
Nennungen (Mehrfachwahl möglich)	32	
Geantwortet haben	22	
Ohne Antwort	6	

27) Freie Kommentare²⁰⁵

²⁰⁵ Aus Gründen des Datenschutzes und um die zugesagte Vertraulichkeit zu wahren, muss an dieser Stelle auf den Abdruck der abgegebenen Kommentare verzichtet werden.